



universität
wien

MASTERARBEIT / MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Die Geschichte der Familie Tinti als Herren der
Schallaburg von der Mitte des 19. bis zur Mitte des
20. Jahrhunderts

verfasst von / submitted by

Barbara Eder, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of
Master of Arts (MA)

Wien, 2018 / Vienna 2018

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 066 804

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Masterstudium Geschichtsforschung, Historische
Hilfswissenschaften und Archivwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

Ao. Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Scheutz

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung und Fragestellung	5
1.1	<i>Vorgehensweise und Quellenlage</i>	7
2	Die Position des Adels im 19. und frühen 20. Jahrhundert	8
2.1	<i>Adelige Betätigungsfelder</i>	11
2.2	<i>Das Bürgerliche Zeitalter</i>	14
3	Die Familie Tinti	16
4	Karl Wilhelm Freiherr von Tinti	20
4.1	<i>Porträt</i>	20
4.2	<i>Der landwirtschaftliche Unternehmer</i>	22
4.2.1	Der Adel als landwirtschaftlicher Unternehmer	22
4.2.2	Die Güter Schallaburg und Plankenstein	22
4.2.3	Karl Wilhelm und das landwirtschaftliche Vereinswesen	24
4.2.4	Die k.k. Landwirtschaftsgesellschaft	25
4.2.5	Karl Wilhelms Veröffentlichungen in den 1850er Jahren	26
4.2.6	Die Landwirtschaftlichen Bezirksvereine	32
4.2.7	Vorstand der Bezirksvereine St. Pölten und Melk	34
4.2.8	Karl Wilhelms Arbeit für die Landwirtschaftsgesellschaft in den 1860er Jahren	36
4.2.9	Landwirtschaftliche Ausstellungen	38
4.2.10	Rückzug aus dem landwirtschaftlichen Vereinsgeschehen	40
4.3	<i>Der Patriot und Menschenfreund</i>	44
4.3.1	Die Anfänge der Rotkreuz-Bewegung	44
4.3.2	Der Österreichische Patriotische Hilfsverein	45
4.3.3	Die Gründung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz	49
4.3.4	Der Patriot und Menschenfreund	51
4.4	<i>Der Politiker</i>	54
4.4.1	Das konstitutionelle Zeitalter	54
4.4.2	Politische Einordnung	55
4.4.2.1	Adel und Liberalismus	56
4.4.2.2	Der Verfassungstreue Großgrundbesitz	56
4.4.2.3	Karl Wilhelms Standpunkt	57
4.4.3	Arbeit im Landtag und Reichsrat	59
4.4.4	Politischer Werdegang	61
4.4.5	Die Liberale Ära	62
4.4.6	Das Bild Karl Wilhelms in den Zeitungen	64
4.4.7	Die Debatte um die Gemeindegeseztgebung	67
4.4.8	Karl Wilhelms Standpunkt als Großgrundbesitzer	70
4.4.9	Rede gegen die klerikalen Tiroler Abgeordneten	75
4.4.10	Die Konkordatsfrage	78

4.5	<i>Der Unternehmer</i>	79
4.5.1	Adelige als Unternehmer im Zeitalter der Industrialisierung.....	79
4.5.2	Anteil des Adels an der Industrialisierung.....	80
4.5.3	Adeliges Selbstverständnis.....	81
4.5.4	Karl Wilhelm als Unternehmer.....	82
4.5.5	Karl Wilhelm im Bankgeschäft.....	83
4.5.6	Weitere Unternehmen.....	85
4.5.7	Fazit.....	86
5	Karl Gustav Freiherr von Tinti	87
5.1	<i>Porträt</i>	87
5.2	<i>Der gescheiterte Politiker</i>	89
5.3	<i>Die Renovierung des großen Arkadenhofs der Schallaburg</i>	89
5.4	<i>Das Leben auf der Schallaburg</i>	94
6	Der Anfang vom Ende und Ausblick	95
7	Zusammenfassung	98
8	Resümee	100
9	Quellen- und Literaturverzeichnis	106
9.1	<i>Ungedruckte Quellen</i>	106
9.2	<i>Gedruckte Quellen</i>	108
9.3	<i>Literatur</i>	110
9.4	<i>Abbildungen</i>	114
10	Abstracts	117
10.1	<i>Abstract (Deutsch)</i>	117
10.2	<i>Abstract (English)</i>	118

1 Einleitung und Fragestellung

Wer war die Familie Tinti, die das Renaissanceschloss Schallaburg für fast zwei Jahrhunderte ihr Eigen nannte? Bisher wurde ihr kein eigenständiges Werk gewidmet. Meine Arbeit soll den Versuch darstellen, dieses Versäumnis nachzuholen.

Im Hinblick auf den Umfang einer Masterarbeit beschränkt sich der Zeitraum meiner Untersuchung auf zwei Generationen der Hauptlinie der Familie. Somit stehen Karl Wilhelm Freiherr von Tinti (1829–1884) und dessen Sohn Karl Gustav (1859–1914) im Mittelpunkt des Interesses, wobei auch ein kurzer Blick auf die Vorfahren und die letzte Generation auf der Schallaburg mit Karl Ferdinand (1891–1936) und Hugo Hermann (1894–1954) geworfen werden soll. Die Geschichte dieser Persönlichkeiten, ihr Werdegang und Wirken soll in meiner Arbeit vorgestellt werden.

Dabei möchte ich mit meiner Arbeit aber auch exemplarisch zeigen, welche Lebenswege ein Adelliger in dieser Zeit einschlagen konnte, welche Herausforderungen er meistern musste und welche Chancen er wahrnehmen konnte. Laut Hannes Stekl, einem der besten Kenner der österreichischen Adelsgeschichte der Moderne, fehlt es nicht nur an einer kontinuierlichen Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Adelforschung, sondern auch an gezielten Fallstudien.¹ Tatsächlich gibt es viele österreichische Adelsgeschlechter außerhalb des Fürsten- und Grafenstandes, deren Geschichte noch nicht umfassend aufgezeichnet wurde. Oft muss man sich mit Einträgen in genealogischen Werken begnügen.

Das Geschlecht der Tinti ist erstmalig in der Lombardei im späten 14. Jahrhundert fassbar.² Es war Bartholomäus (II.) Tinti, der in der Zeit um 1700 den Weg nach Wien fand und 1755 das Fideikommiss der Familie stiftete. Unter seinem Enkel Bartholomäus IV. kam 1761 die Herrschaft Schallaburg samt dem zugehörigen Schloss in den Besitz der Familie.³ Die Schallaburg war seitdem Sitz der Hauptlinie der Familie. Daneben besaßen die Tinti die Herrschaften Sichtenberg und Plankenstein. Alle drei Herrschaften, und damit der Lebensmittelpunkt der Familie Tinti, waren im (heutigen) Bezirk Melk, Niederösterreich, gelegen. Nebenlinien der Familie bestanden in Pöchlarn und Innernstein.⁴

Die Mitglieder der Familie Tinti, denen diese Arbeit gewidmet ist, waren die Erben des Fideikommiss und Herren der Schallaburg. Karl Wilhelm war der wohl Bekannteste unter ihnen. 1852 übernahm er

¹ Hannes Stekl, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung. Österreichs Hocharistokratie vom 18. bis ins 20. Jahrhundert. In: Hans-Ulrich Wehler (Hg.), *Europäischer Adel 1750–1950* (Göttingen 1990), S. 14.

² Tinti. In: Walter von Hueck, *Genealogisches Handbuch des Adels, Freiherrliche Häuser*. Bd. 102, *Freiherrliche Häuser XVI* (Limburg an der Lahn 1992), S. 525.

³ Herbert Schnehen, Beiträge zur Geschichte der Fideikommissherrschaft Schallaburg und zur Genealogie der Freiherrn von Tinti. In: *Adler. Zeitschrift für Genealogie und Heraldik* 10/24 (1974), S. 65 f.

⁴ Tinti. In: Johann Baptist Witting (Hg.), *Die Wappen des Adels in Niederösterreich 2. (S–Z)* (Siebmachers großes Wappenbuch 26, Neustadt an der Aisch 1983), S. 362 f.

den Besitz der Familie und widmete sich der Verbesserung der landwirtschaftlichen Methoden auf seinen Gütern, trat mit seinen Ideen auch an die Öffentlichkeit und engagierte sich in Landwirtschaftsgesellschaften. Er sprang aber auch auf den Zug der Industrialisierung auf und investierte in verschiedene Unternehmen. Besonders bekannt war er in der Öffentlichkeit wegen seiner politischen und sozialen Tätigkeiten. Mit dem Umschwung Österreichs zur konstitutionellen Monarchie betätigte Karl Wilhelm sich als liberal eingestellter Politiker im Landtag und im Abgeordneten- wie auch im Herrenhaus des Reichsrates. Dort setzte er sich für die Interessen seines Standes – des adeligen Großgrundbesitzes – ein. Gleichzeitig engagierte er sich aber auch für die Vorgänger des Österreichischen Roten Kreuzes, die Patriotischen Hilfsvereine, und damit für eine bessere Versorgung von Kriegsopfern.

Sein Sohn Karl Gustav dagegen trat wenig an die Öffentlichkeit. Auch er versuchte sich als Politiker, schaffte aber den Sprung in den Landtag nicht. Karl Gustav hat weniger Spuren in der Geschichte hinterlassen als sein Vater; es sind also wenige Quellen, die über sein Leben zählen, erhalten. Einzig über ein Unternehmen Karl Gustavs lassen sich viele Informationen finden: über die Renovierung der Schallaburg zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Hier soll daher der Schwerpunkt in den Kapiteln über Karl Gustav gesetzt werden.

Die Zeit der letzten beiden Besitzer der Schallaburg, Karl Ferdinand und Hugo Hermann, war vom Kampf um ihr finanzielles Bestehen und gegen die zunehmende Überschuldung geprägt, was auch familiäre Streitigkeiten nach sich zog. Karl Ferdinand setzte Ende der 1920er Jahre die Idee, die Schallaburg als Schauplatz für Ausstellungen und Veranstaltungen zu nutzen, in die Tat um (und war damit ein Vordenker der heutigen Ausstellungstätigkeit auf der Schallaburg). Er verfolgte zuletzt das unkonventionelle Projekt, die Schallaburg zum Sitz eines internationalen Instituts zur Förderung des Weltfriedens und der Verständigung der Nationen zu machen.

Der Adel als privilegierter Stand sah sich den sozialen, politischen und ökonomischen Wandlungsprozessen seiner Zeit gegenübergestellt, die nicht ohne Folgen für seinen Status bleiben sollten. Gerade das Jahr 1848 bedeutet einen tiefen Einschnitt und den Verlust fast aller Privilegien des Adels. Otto Brunner hat daraus seine These vom „Untergang der Adelswelt“ entwickelt.⁵ Diese Interpretation des Positionswandels des Adels blieb in der österreichischen Historiographie über Jahrzehnte bestimmend.⁶ Die jüngere Forschung dagegen sieht den Prozess differenzierter und

⁵ Otto Brunner, *Adeliges Landleben und europäischer Geist. Leben und Werk Helmhards von Hohberg 1612–1688* (Salzburg 1949), S. 313–339.

⁶ Hannes Stekl, *Der Erbländische Adel*. In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg.), *Soziale Strukturen 1/1 (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 9*, Wien 2010), S. 953.

interpretiert den Wandel eher als „erfolgreiche Selbstbehauptung“ des Adels als Elite.⁷ Gerne wird der von Werner Sombart geprägte Begriff des „Obenbleibens“ zitiert⁸ – und damit der Kampf des Adels um die Bewahrung seiner Position gemeint, bei dem es Gewinner und Verlierer gab.

Tatsächlich lassen sich für beide Interpretationsmuster – für „Niedergang“ und „Obenbleiben“-Argumente finden. Eine ausschließlich in eine der beiden Richtungen gehende Interpretation wäre jedoch einseitig, da sie die Vielschichtigkeit des Wandlungsprozesses außer Acht lassen würde und da es durchaus unterschiedliche Erfolgsgeschichten von Adeligen gegen Ende der Monarchie gibt, und darüber hinaus der Adel eine in sich weiter untergliederte gesellschaftliche Gruppe war. Bedeutend für die erfolgreiche Selbstbehauptung des Adels war letztlich, welche Strategien gefunden wurden, um sich den sich verändernden Gegebenheiten der Zeit anzupassen.

Diese Perspektive wähle auch ich als Zugang in meiner Arbeit. Ihr Ziel soll es sein, aufzuzeigen, welche Wege die Freiherren Karl Wilhelm und Karl Gustav von Tinti eingeschlagen haben, um sich zu behaupten, um ihren gesellschaftlichen Status und den ihrer Familie zu erhalten und zu verbessern. Es soll gezeigt werden, welche Berufe und Berufungen sie verfolgt haben, um sich ihr finanzielles Bestehen, aber auch ihr gesellschaftliches Ansehen zu sichern, und ob diese Bestrebungen erfolgreich waren. Es wird sich zeigen, dass diese Wege, diese Strategien ganz unterschiedliche waren und auch verschieden von Erfolg gekrönt waren. Auch die Umstände der jeweiligen Zeit spielen hierbei eine Rolle und bieten nicht die gleichen Chancen.

Meine Arbeit soll zuerst einen kurzen Überblick über die Position des österreichischen Adels im 19. und frühen 20. Jahrhundert geben. Dies soll einen Rahmen für die Einordnung und Interpretation der „Strategien“ der einzelnen Familienmitglieder bilden. Anschließend wird die Familie Tinti kurz in ihren frühesten (heute) rekonstruierten Anfängen und ihrer Herkunft skizziert, um danach Karl Wilhelm und Karl Gustav in ihrem Wirken vorzustellen. Auch wird ein Ausblick über die letzte Generation auf der Schallaburg mit Karl Ferdinand und Hugo Hermann gegeben.

1.1 Vorgehensweise und Quellenlage

Eine leider lückenhafte Quellenlage erschwert die Erforschung dieses Adelsgeschlechts. Das Familienarchiv ist im Zweiten Weltkrieg zerstört worden. Dass wertvolle Quellen unwiederbringlich

⁷ Reinhard Stauber, Der europäische Adel am Übergang von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft. In: Gerhard Ammerer, Elisabeth Lobenwein, Martin Scheutz (Hg.), Adel im 18. Jahrhundert. Umrisse einer sozialen Gruppe in der Krise (Querschnitte 28, Innsbruck/Wien 2015), S. 39.

⁸ Ebd., S. 38.

verloren sind, ist ein Umstand, der akzeptiert werden muss, ebenso die Tatsache, dass dies Auswirkungen haben wird auf das Bild, das von der Familie Tinti gezeichnet werden kann.

Dennoch lohnt sich der Versuch. Informationen über die Familie ließen sich an unterschiedlichsten Orten finden. Es gibt nicht gleich viel Material über alle Familienmitglieder, auch sind anhand dessen teilweise nur bestimmte Aspekte rekonstruierbar – es ist daher notwendig, bei der Darstellung Karl Wilhelms und Karl Gustavs jeweils Schwerpunkte zu setzen. Über die einzelnen Familienmitglieder sind teilweise ganz bestimmte Arten von Informationen erhalten. Daher richte ich mich bei meiner Arbeit nach den vorhandenen Quellen und danach, was mit ihnen zu rekonstruieren möglich ist. Dabei habe ich alle Informationen berücksichtigt, die für mich auffindbar waren.

Genealogische Werke über den Adel und biographische Lexika gaben für meine Arbeit einige grundlegende Hinweise. Sehr wertvoll waren darüber hinaus die Erkenntnisse, die ich durch Hilfe der Gesellschaft „Adler“ in Wien erlangt habe.

Von großem Nutzen war mir das Projekt ANNO (Austrian Newspapers Online) der Österreichischen Nationalbibliothek, welches eine Volltextsuche in digitalisierten historischen Zeitungen ermöglicht. Die gezielte Suche und Sammlung von Zeitungsausschnitten brachte mir einen großen Quellenfundus – freilich nur darüber, was der Presse berichtenswert schien. Vor allem über Karl Wilhelm fand ich so eine Fülle von Informationen. Es wurden alle auffindbaren Zeitungsartikel, in denen sein Name erwähnt ist, berücksichtigt.

An Archiven wurde ich neben dem Österreichischen Staatsarchiv und dem Wiener Stadt- und Landesarchiv vor allem im Niederösterreichischen Landesarchiv fündig (insbesondere aber über die letzte Generation der Familie auf der Schallaburg). Akten des Bundesdenkmalamtes hingegen lieferten Material für den Schwerpunkt der Renovierung der Schallaburg unter Karl Gustav. Die Bibliothek des Österreichischen Roten Kreuzes wiederum (auch dessen Archiv wurde im Zweiten Weltkrieg vernichtet) nutzte ich für die Darstellung des sozialen Engagements Karl Wilhelms. Besonders dankbar bin ich Herrn Dr. Gerhard Floßmann dafür, dass er mir einige nützliche Materialien, insbesondere für die Kapitel über Karl Gustav und seine Söhne, zur Verfügung stellte.

2 Die Position des Adels im 19. und frühen 20. Jahrhundert

Will man sich mit dem österreichischen Adel im 19. und frühen 20. Jahrhundert beschäftigen, so muss man feststellen, dass auf diesem Gebiet noch einige Forschungslücken bestehen. Es gibt wenige Überblickswerke, die sich dem Adel als Gruppe widmen und eine umfassende, diachronische Einordnung in die Gesellschaft versuchen. Hannes Stekl weist auf das Fehlen einer koordinierten,

systematischen Forschungstätigkeit hin, unter anderem auch über den Positionswandel des Adels am Übergang vom Ancien Regime zur Moderne.⁹ Im Folgenden soll dennoch ein kurzer Überblick über die Position und den Positionswandel des Adels in der Moderne und vor allem seit 1848 gegeben werden. In den beiden weiteren Kapiteln wird auf verschiedene Tätigkeitsfelder, in denen sich der Adel engagieren konnte, und auf den tendenziellen Rückzug des Adels aus denselben eingegangen.

Der Adel des 19. Jahrhunderts ist nicht als homogene Einheit zu betrachten, vielmehr sollte man von einer vielfältig gegliederten gesellschaftlichen Formation sprechen, die sich aus nach rechtlichem, politischem und gesellschaftlichem Status variierenden Gruppen zusammensetzte.¹⁰ Der erbliche Adel umfasste fünf Adelsstufen: einfacher Adel, Ritter, Freiherren, Grafen und Fürsten. Die Freiherren wurden seit 1877 formal zum hohen Adel gezählt.¹¹ Auch das Alter eines Geschlechts spielte eine große Rolle. Dem alten Adel standen die neu nobilitierten Aufsteiger gegenüber, die gemeinsam mit wohlhabenden und gebildeten Teilen des Bürgertums die „zweite Gesellschaft“ bildeten. Von dieser trachtete sich die „erste Gesellschaft“ abzugrenzen.¹² Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde diese Grenze etwas durchlässiger.¹³

Die gesellschaftliche und politische Position des Adels in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war eine ganz andere als im ständisch geprägten 18. Jahrhundert. Zwar mag die bewusstseinsmäßige Verankerung des Adels als politisch-soziale Elite noch weitgehend vorhanden gewesen sein,¹⁴ doch der Wandel von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft hatte für seinen Status verheerende Folgen. Die Transformationsprozesse des 19. Jahrhunderts beschnitten seine traditionelle Machtposition auf unterschiedlichen Ebenen.¹⁵

Die Revolution von 1848 beseitigte fast alle Vorrechte des Adels in Österreich. Der privilegierte Gerichtsstand des Adels wurde abgeschafft, die gerichtlichen Ehrenvorzüge und die Befreiung von der Militärpflicht aufgehoben.¹⁶ Der Verlust der patrimonialen Rechte und die Aufhebung der Grundherrschaft bedeuteten den Verlust der letzten Hoheits- und Gerichtsrechte. Die einzigen Rechte,

⁹ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 14.

¹⁰ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 951 f.

¹¹ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 16.

¹² *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 953.

¹³ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 26.

¹⁴ Moritz *Csaky*, Adel in Österreich. In: Harry *Kühnel* (Hg.), Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs. Niederösterreichische Landesausstellung Schloß Grafenegg, Bd. 1 (Wien 1984), S. 212.

¹⁵ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 1009.

¹⁶ Berthold *Waldstein-Wartenberg*, Aus dem Adelsrecht 1804 bis 1918. In: Reinhard *Binder-Kriegelstein*, Österreichisches Adelsrecht 1868–1918/19. Von der Ausgestaltung des Adelsrechts der cisleithanischen Reichshälfte bis zum Adelsaufhebungsgesetz der Republik unter besonderer Berücksichtigung des adeligen Namensrechts (Rechtshistorische Reihe 216, Frankfurt am Main/Wien 2000), S. 360 f.

die dem Adel erhalten blieben, waren das Recht auf Führung von adeligen Titeln und Wappen sowie auf die Erlangung bestimmter Hofwürden.¹⁷

Mit dem Fall der Krone 1918 sah sich der Adel schließlich seines letzten Rückhalts beraubt. Am 3. April 1919 beschloss die konstituierende Nationalversammlung der Republik Deutschösterreich das „Gesetz über die Aufhebung des Adels, der weltlichen Ritter- und Damenorden und gewisser Titel und Würden“.¹⁸

Die lokale Machtstellung des Adels nach 1848 wurde unterschiedlich bewertet. Einerseits kann das provisorische Gemeindegesetz von 1849 als Schlag gegen die Vorherrschaft des Adels in der Dorfverwaltung interpretiert werden. Das Zensuswahlrecht wiederum räumte dem (adeligen) Großgrundbesitz eine einflussreiche Stellung auf dem Land ein. Der Neoabsolutismus jedenfalls beseitigte die institutionellen Einflussmöglichkeiten auf lokaler Ebene.¹⁹ Im konstitutionellen Zeitalter ab 1861 war dem Adel durch die Kurie des Großgrundbesitzes in den Landtagen und im Abgeordnetenhaus des Reichsrats bis zur Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts die Vertretung seiner Interessen gesichert. Das Herrenhaus sollte dem Adel nach englischem Vorbild neues politisches Gewicht verleihen, letztlich blieb dieses aber beschränkt.²⁰

Die Aufhebung der Grundherrschaft nahm den adeligen Grundherren einen großen Teil ihres Besitzes und die Abgaben der zugehörigen Bauern. Die Entschädigungszahlungen, die ihnen dafür zustanden (zwei Drittel des Schätzwertes), konnten aber immerhin neue Chancen bedeuten: Die ehemaligen Grundherren verfügten so auf einen Schlag über eine deutlich verbesserte Kapitalausstattung.²¹ Viele nutzten diese Gelegenheit zur Arrondierung ihrer Besitzungen oder zur Intensivierung der agrarischen Produktion.²² Die Entschädigungszahlungen boten sogar die Möglichkeit, diese in Industrieunternehmungen oder Bankgründungen zu investieren und sich so an der Industrialisierung zu beteiligen.

Solche Unternehmungen waren aber auch von der allgemeinen finanziellen Lage der jeweiligen Familien abhängig. Auch in dieser Hinsicht unterscheiden sich adelige Familien erheblich voneinander. Die meisten Familien des (hohen) Adels führten ein materiell sorgenfreies, aber nicht verschwenderisches Leben. Doch nicht immer fanden Adelige mit ihrem Gutsbesitz allein das Auslangen. Eine unrentable Betriebsführung, aber auch die Kosten für Repräsentation und einen aufwändigen Lebensstil oder eine großzügige Bautätigkeit und in Folge mehrfache Kreditaufnahmen

¹⁷ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 953.

¹⁸ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 33.

¹⁹ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 27.

²⁰ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 28.

²¹ *Stauber*, Der europäische Adel am Übergang von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft, S. 39.

²² *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 973.

fürten dazu, dass manche Familien über Generationen hinweg um ihre finanzielle Konsolidierung ringen mussten.²³

2.1 Adelige Betätigungsfelder

Bei den meisten Adelligen bildete der Grundbesitz die wichtigste Einkommens- und Vermögensgrundlage.²⁴ Mit dem Besitz von Boden waren bis zur Aufhebung der Grundherrschaft 1848 lokale, grundherrliche Rechte und Privilegien verbunden, die für den Adel die Basis seiner Macht darstellten.²⁵ Frei nach der alten Maxime „Ein Adliger tut nichts, er ist etwas“²⁶ entsprach es auch dem Selbstverständnis des Adels, seine Position und seinen Wohlstand nicht erst erarbeiten zu müssen. Für wohlhabende Adelige war somit ein standesgemäßes Leben ohne jede Erwerbstätigkeit möglich. Am anderen Ende des Spektrums gab es aber auch arme Adelige, die nur über geringen Landbesitz verfügten und deren Lebensumstände sich kaum von denen der Bauern unterschieden.²⁷

Neben dem Dasein als Gutsbesitzer boten sich dem Adel noch weitere, traditionelle Betätigungsfelder, die im Folgenden vorgestellt werden sollen. Sie stellen „standesgemäße“ Möglichkeiten für Adelige dar, neben der Geldbeschaffung auch in der Öffentlichkeit präsent zu sein. In all diesen Berufsfeldern zeigt sich der Anteil des Adels im 19. Jahrhundert jedoch fast ausnahmslos rückläufig.

Für viele Adelige bildete bis ins 19. Jahrhundert der Hof die bevorzugte Domäne. Der österreichische Adel definierte einen Teil seiner Identität über seine Bindung an den Thron.²⁸ Voraussetzung für den Eintritt in die Hofgesellschaft war die „Hoffähigkeit“, für die der Nachweis 16 adeliger Vorfahren notwendig war. Somit standen die (hohen) Hofämter nur alten adeligen Familien offen.

Auch die Diplomatie zählte zu den standesgemäßen Berufsfeldern. Repräsentative Aufgaben und die unbedingte Loyalität gegenüber dem Herrscher kamen der Einstellung vieler Aristokraten durchaus entgegen. Die bedeutendsten Posten waren meist mit Hochadeligen besetzt, die auch die nötigen finanziellen Mittel für einen standesgemäßen Repräsentationsaufwand – jenseits des Gehaltes – aufbringen konnten. Nach einer Studie von N. von Preradovic sank der Anteil der Adelligen in den Spitzenrängen der Diplomatie zwischen 1804 und 1918 von 68 auf 56 %.²⁹

²³ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 975.

²⁴ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 32.

²⁵ Gerhard *Ammerer*, Elisabeth *Lobenwein*, Martin *Scheutz* (Hg.), Adel im 18. Jahrhundert. Umriss einer sozialen Gruppe in der Krise (Querschnitte 28, Innsbruck/Wien 2015), S. 12.

²⁶ *Stauber*, Der europäische Adel am Übergang von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft, S. 20.

²⁷ *Ammerer*, *Lobenwein*, *Scheutz*, Adel im 18. Jahrhundert, S. 12.

²⁸ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 980.

²⁹ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 985 f.

Auch der Anteil von Angehörigen großer Adelsgeschlechter in den hohen Kirchenämtern ging seit der Aufklärung und den Kirchenreformen Kaiser Josephs II. zurück. Säkularisierungstendenzen der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ließen auch den demonstrativ katholischen Adel Österreichs nicht unberührt. Nicht alle katholischen Adeligen verstanden sich als „klerikal“, es gab durchaus auch liberale Tendenzen.³⁰

Ein weiteres traditionelles Betätigungsfeld des Adels war die Politik. Im Verfassungsstaat seit 1861 hatte der Hochadel durch die Kurie des Großgrundbesitzes eine bevorzugte Sonderstellung, die ihm jedoch keineswegs seine politische Dominanz sicherte.³¹ Eigentlich war diese Kurie nicht dem Adel allein vorbehalten – sie richtete sich nach einem Zensus von 250 Gulden direktem Steueraufkommen, womit auch bürgerliche Großgrundbesitzer erfasst wurden, die aber freilich noch in der Minderheit waren. Auch das Herrenhaus sollte dem Adel wieder mehr politischen Einfluss gewähren. Staatsminister Schmerling dagegen sah diese Kammer eher als Mittel, dem Adel das neue zentralistische System schmackhaft zu machen.³²

Auch der engste Kreis von Aristokraten um den Herrscher, die „Hofpartei“, konnte neben und außerhalb der konstitutionellen Möglichkeiten noch immer Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Die grundsätzlichen Weichenstellungen fielen aber bereits auf der parlamentarischen Ebene.³³

Die demokratischen Tendenzen in den letzten Jahrzehnten der Monarchie nahmen dem Adel politisch mehr und mehr seine privilegierte Stellung. Das (Männer-)Wahlrecht wurde in mehreren Schritten ausgeweitet. Bis 1907 bestand ein ungleiches Wahlrecht nach Kurien, das die Wohlhabenden, also in erster Linie den Adel, bevorzugte. Nach Herabsetzung der notwendigen Steuerleistung für die unteren Kurien wurde schließlich eine allgemeine Wählerklasse geschaffen. 1907 wurde das allgemeine, gleiche Männerwahlrecht eingeführt. Mit der Ausweitung des aktiven wie passiven Wahlrechts kam es ab Ende des 19. Jahrhunderts zur Bildung der modernen Massenparteien, deren Zielsetzungen den Wertvorstellungen und Interessen des Adels wenig entsprachen.³⁴ In den Bereich der Politik, der lange größtenteils dem Adel vorbehalten gewesen war, waren nun Bürger und Arbeiterschaft eingedrungen und verlangten nach ihrem Recht der Mitbestimmung. Die Adeligen wiederum zeigten wenig Interesse, sich der Organisationsprinzipien moderner Massenparteien zu bedienen oder sich einem harten Wahlkampf auszusetzen. Sie versuchten meist weiterhin, im Stil von Honoratioren zu agieren und

³⁰ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 992.

³¹ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 997.

³² *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 28.

³³ *Csaky*, Adel in Österreich, S. 216.

³⁴ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 30.

betrachteten ihren politischen Einsatz oft nur als eine Tätigkeit unter vielen.³⁵ Mehr als Professionalität und Fachkenntnisse zählten für den Adel ein glanzvoller Name, die Einschätzung als Ehrenmann und ein weltgewandtes Auftreten.³⁶ Diese Eigenschaften verloren jedoch zunehmend an Bedeutung. Weniger als dass die Aristokratie aus der Politik gedrängt wurde, zog sie sich selbst aus ihr zurück. Der bereits erwähnten Studie von Preradovic nach sank zwischen 1866 und 1918 der Anteil von Adeligen unter den Parlamentariern von 23% auf 6%.³⁷

Ebenfalls ging der Anteil des Adels in der Hochbürokratie zurück. Mit der Aufhebung der ständischen Berufsbeschränkungen und der Ausformung von rechtsstaatlichen Prinzipien seit der Mitte des 19. Jahrhunderts gewannen Fachausbildung und Leistungsqualifikation an großer Bedeutung für die Aufnahme im öffentlichen Dienst. Auch hier wurden die oft geburtsständisch legitimierte Ansprüche des Adels auf hohe Verwaltungsstellen infrage gestellt, und Beschwerden über dessen Bevorzugung wurden immer häufiger. Zwischen 1840 und 1870 gehörte in der Hochbürokratie nur noch ein Viertel dem Hoch- und Altadel an, bei den höchsten Ämtern war er aber immer noch stark vertreten.³⁸ Gerade die Spitzenpositionen der Regierungsgremien und in der Diplomatie waren weiterhin in der Hand des Adels.³⁹

Das Militär bildete einen weiteren traditionellen Wirkungsbereich. Der Anteil des Hochadels am Offizierskorps des österreichisch-ungarischen Heeres ging jedoch im 19. Jahrhundert kontinuierlich zurück.⁴⁰ Nach Preradovic sank der Anteil des Adels in den hohen Militärrängen zwischen 1804 und 1918 von 92 auf 25 %.⁴¹ Die Studie von Antonio Schmidt-Brentano kann ebenfalls einen deutlichen Rückgang verzeichnen: In den Chargen zwischen Generalmajor und Feldmarschall sank der Anteil des Hoch- und Altadels (als Grenzlinie für die Zugehörigkeit einer Familie zum alten Adel wurde das Jahr 1750 gewählt) zwischen 1848 und 1914 von 56 auf 14 %.⁴² Diese Entwicklung wird unter anderem mit dem Ausbildungswesen erklärt, das seit der maria-theresianischen Zeit zunehmend reglementiert und formalisiert wurde. Theoretische Schulung, das Erfordernis spezialisierter fachlicher Qualifikation und die wachsende Konkurrenz durch bürgerliche Kollegen riefen vielfach Abneigung hervor. Für Individualität und vergleichsweise Unabhängigkeit bestand immer weniger Raum.⁴³ Erzherzog Karl sagte über den Adel im Heer, der hier trotz rückläufiger Zahlen natürlich weiterhin vertreten war: „Der

³⁵ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 30.

³⁶ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 1005 f.

³⁷ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 30.

³⁸ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 1006.

³⁹ *Stauber*, Der Adel am Übergang von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft, S. 27.

⁴⁰ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 988.

⁴¹ Hannes *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 30, zit. nach Nikolaus von *Preradovich*, Die Führungsschichten in Österreich und Preußen 1804–1918 (Wiesbaden 1955).

⁴² Hannes *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 31, zit. nach Antonio *Schmidt-Brentano*, Die Armee in Österreich. Militär, Staat und Gesellschaft 1848–1867 (Boppard 1975), S. 450 f.

⁴³ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 989 f.

Adel fühlt sich nicht mehr geehrt mit der Erfüllung seiner Berufspflichten: er dient nicht mehr, und wenn er dient, so dient er selten gut“.⁴⁴

Diese rückläufigen Tendenzen sollen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Adel im 19. Jahrhundert immer noch einen herausragenden Status in der Gesellschaft einnahm. Am Hof besaß er weiterhin eine unangetastete Monopolstellung. Auch bei sinkender Tendenz nahmen zahlreiche Adelige Schlüsselpositionen in Politik, Verwaltung, Militär und Kirche ein; immer noch brachte ein großer Teil der Bevölkerung Bewunderung für die Welt des Adels auf. Was den Adel als Statussymbol auszeichnete, war auch die Tatsache, dass die Verfügung über ihn auch dann noch einen elitären Status signalisierte, wenn der Träger oder sogar der Adelsstand insgesamt keine reale Elitenposition mehr einnahm.⁴⁵ Aber der tiefgreifende politische und gesellschaftliche Wandel der Zeit nahm dem Adel langsam seine Legitimität und auch seinen realen Einfluss. Die politischen Gegebenheiten beschnitten immer seine Rechte, nicht mehr nur zugunsten des Monarchen, sondern auch zugunsten der unteren Schichten.

2.2 Das Bürgerliche Zeitalter

Das Bürgertum, der vierte Stand, hatte sich vor allem seit dem 18. Jahrhundert in seiner gesellschaftlichen Position nach oben gearbeitet. Das 19. Jahrhundert wird auch das „Bürgerliche Zeitalter“ genannt. Diese neue aufstrebende Schicht verdankte ihren Status nicht einer privilegierten Geburt, sondern eigener Leistung, und drohte dem Adel seinen Rang abzulaufen. Das liberale Bürgertum schaffte den sozialen, politischen und ökonomischen Aufstieg und war die treibende Kraft hinter der Industrialisierung. Der alte Adel beziehungsweise die Hocharistokratie, die „Erste Gesellschaft“, reagierte auf die wachsende Zahl von (nobilisierten) bürgerlichen Aufsteigern, der „Zweiten Gesellschaft“, mit sozialer Abschließung. Kontakte zwischen diesen beiden Gruppen blieben beschränkt. Gerade auch durch diese Distanzierung von den bürgerlichen Aufsteigern gelang es dem Adel, seine Exklusivität zu wahren.⁴⁶

Vor allem der niedere Landadel hatte nicht das nötige Kapital für groß angelegte Investitionen und beschränkte sich oft noch am Beginn des 20. Jahrhunderts auf eine personalintensive und wenig mechanisierte Bewirtschaftung seiner Güter. Dennoch verstanden es auch durchaus viele Adelige, die Chancen zu ergreifen, die die sich wandelnde Gesellschaft bot. Sie nutzen die neuen industrie-

⁴⁴ Stekl, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 22.

⁴⁵ Klaus Margreiter, Nobilitierungen und neuer Adel im 18. Jahrhundert. In: Gerhard Ammerer, Elisabeth Lobenwein, Martin Scheutz (Hg.), Adel im 18. Jahrhundert. Umrisse einer sozialen Gruppe in der Krise (Querschnitte 28, Innsbruck/Wien 2015), S. 52.

⁴⁶ Stekl, Der erbländische Adel, S. 953.

handels- und finanzkapitalistischen Einkommenschancen und investierten beispielsweise in die Gründung von Eisenbahnlinien und Fabriken. Die wohlhabendsten Adeligen engagierten sich im Bankensektor und in Aktiengeschäften.⁴⁷ Auch in die Landwirtschaft hielt die kapitalistische Modernisierung Einzug. Dies gilt aber vor allem für die böhmischen Länder; im Herzogtum unter der Enns beziehungsweise Niederösterreich hielt sich die landwirtschaftliche Modernisierung dagegen bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts in Grenzen.⁴⁸

Solch kapitalistisches Gewinnstreben stieß bei Teilen des Adels jedoch auf Ablehnung, da es mit überkommenen Traditionen und Tugenden in Widerspruch stand. Dem Adel war dieses neue bürgerliche Konkurrenz- und Leistungsprinzip fremd. Traditionell war er in der Regel nicht auf kapitalistisches Streben angewiesen, dieses galt teilweise als nicht standesgemäß. Zur Selbsteinschätzung des Adels gehörte eine „anerzogene Nonchalance in Geldsachen und die Scheu, als Mensch zu erscheinen, der Jagd auf jeden Kreuzer macht“.⁴⁹ Ein Protzen mit Reichtum galt innerhalb der Aristokratie als verpönt, aber ein standesgemäßer Lebensstil und ein entsprechendes Auftreten, oft auch die Veranstaltung von Festlichkeiten und großzügige Förderung, was großen Prestigegewinn versprach, gehörte zum adeligen Selbstverständnis. Manche Adelige lebten aber auch über ihre Verhältnisse und gerieten in finanzielle Schwierigkeiten.⁵⁰

Im Laufe des 19. Jahrhunderts, gerade auch nach 1848, zog sich der Adel also – mit Ausnahme des Hofes, der weiterhin Domäne des Adels blieb – tendenziell aus all seinen traditionellen Funktionsbereichen zurück: dem Heer, der Kirche, der Politik und der Bürokratie. Auch im städtischen, gesellschaftlichen Leben trat er seltener auf. Immer lauter wurde vor allem in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Kritik am Adel beziehungsweise der Hocharistokratie.⁵¹ Eine mangelnde Präsenz in der und Einsatzbereitschaft für die Öffentlichkeit, ein mangelnder Wille zur Professionalisierung in allen Bereichen wurde kritisiert. Ein Leben, zurückgezogen in die Idylle seiner ländlichen Besitzungen, ersetzte oft Arbeitswillen und Berufskarriere. Auch Kronprinz Rudolf bemängelte ein geringes gesellschaftliches Engagement des Adels:

Wir sehen den begüterten Adel weder in der Civilverwaltung, noch im Heere dem Staate seinen Dienst in jenem Umfange entgegenbringen, in welchem dies in anderen Ländern, die eine Aristokratie haben,

⁴⁷ Stekl, Der erbländische Adel, S. 972 f.

⁴⁸ Stekl, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 20.

⁴⁹ Stekl, Der erbländische Adel, S. 978, zit. nach Bocek (Hg.), Z deniks Moravskeho politika 89, Eintragung vom 22. Mai 1857.

⁵⁰ Stekl, Der erbländische Adel, S. 979 f.

⁵¹ Stekl, Der erbländische Adel, S. 954.

*der Fall ist; Wir sehen den Adel weder seiner parlamentarischen Aufgabe vollends genügen, noch auch den sonstigen ihm zufallenden Pflichten irgendwie in hervorragender Weise gerecht werden.*⁵²

Trotz dieses Rückzugs aus der Öffentlichkeit beanspruchte die Aristokratie weiterhin allgemeine Anerkennung und bevorzugte Behandlung; ihm wurde und wird konstatiert, an alten, nicht mehr existenten Rechten und einer schon vergangenen Lebenswirklichkeit, in der er noch eine exklusive Herrschaftsstellung besaß, festzuhalten.⁵³ Moritz Csaky spricht in diesem Zusammenhang von einer „Zweiten Wirklichkeit“, in die sich der Adel zurückgezogen habe: das Auftreten des Adels entsprach nicht mehr seiner tatsächlichen Position, er hing einer „rückwärtsgewandten Utopie“ nach und versuchte, „die heile Welt vergangener Zeiten festzuhalten“.⁵⁴ Dennoch gab es auch gesellschaftspolitisch und ökonomisch aktive Vertreter des Adels, die sich nicht allein auf die einstige historische Bedeutung ihres Standes stützten, sondern versuchten, in einem Zeitalter der Veränderung Chancen zu ergreifen, und so, im Sinne von Werner Sombart, um das „Obenbleiben“ kämpften. Hier war Anpassungsfähigkeit an die neuen Gegebenheiten von Vorteil.

Kultureller Austausch geht, so Peter Burke, in beide Richtungen⁵⁵ – so wie das Bürgertum zum Adel auf sah und ihm nachstrebte, konnte auch der Adel Elemente der neuen, bürgerlich geprägten Mentalitäten übernehmen und Leistung im modernen Sinne erbringen. Mancher nutzte dagegen traditionelle, noch vorhandene Machtpotentiale; Mancher begnügte sich mit einem Leben zurückgezogen in der Idylle seiner Landgüter. Der Adel war also auch im Hinblick auf seine Tätigkeiten und seine Anteilnahme am gesellschaftlichen Leben eine vielfältig gegliederte gesellschaftliche Gruppe.

3 Die Familie Tinti

Der Name Tinti kommt ursprünglich aus dem Italienischen und erklärt sich aus der Herkunft seiner Träger. Ursprünglich stammt das Geschlecht aus Gandino im Val Seriana bei Bergamo in der Lombardei und trug den Namen de Tinctis. Die Stammreihe lässt sich bis in das späte 14. Jahrhundert hinein zurückverfolgen. Der älteste fassbare Vorfahre war Federico Tinti, der um 1380 in Gandino geboren wurde und dort vor 1447 starb.⁵⁶ 1507 erhielten die Brüder Franz und Joseph de Tinctis von der

⁵² *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 954, zit. nach Brigitte *Hamann*, Kronprinz Rudolf. Private und politische Schriften (Wien ³1987), S. 19–52.

⁵³ *Csaky*, Adel in Österreich, S. 213 f.

⁵⁴ *Csaky*, Adel in Österreich, S. 213 f.

⁵⁵ Peter *Burke*, Kultureller Austausch (Frankfurt am Main 2000).

⁵⁶ *Von Hueck*, Genealogisches Handbuch des Adels, S. 525.

Republik Venedig Adel und Wappen.⁵⁷ Einer anderen Quelle zufolge erlangten im selben Jahr die Brüder Francesco, Antonio und Giovanni das Bürgerrecht von Bergamo.⁵⁸ Den Grundstein für den Weg der Familie Tinti nach Niederösterreich legte Bartholomäus II. Tinti (1661–1757), der innerösterreichischer Hofkammerrat, Direktor des mährischen Salzamtes und königlich portugiesischer Gesandter in Wien war. Er erlangte in den ersten Jahren des 18. Jahrhunderts die Landstandschaft in Krain, Kärnten, der Steiermark und Tirol. 1707 wurde er in den Reichsritterstand Niederösterreichs erhoben, 1725 schließlich in den erbländisch-österreichischen Freiherrenstand.⁵⁹ 1714 erhielt er das ungarische Indigenat.⁶⁰

Bartholomäus II. besaß die Herrschaften Enzersdorf an der Fischa und Plankenstein sowie den Gundelhof, ein Haus auf der Brandstätte in Wien; 1756 erwarb er die Herrschaft Rittersfeld. Kurz vor seinem Tod stiftete er 1755 aus seinen Gütern das Fideikommiss seiner Familie. Dieses bestand aus zwei Teilen: den Herrschaften Enzersdorf an der Fischa, Plankenstein sowie dem großen Freihaus auf dem Neuen Markt in Wien, und zweitens dem Gundelhof auf der Brandstätte. Die Bildung des Fideikommiss war an bestimmte Bedingungen gebunden: So wurde die Erbfolge mit der Primogenitur sowie die Regelung für den Fall des Aussterben des Mannesstammes festgelegt und bestimmt, dass die beiden Fideikomnisse niemals „veroneriert, veralieniert oder verhypothekiert“ (verkauft, entfremdet und mit Schulden belastet)⁶¹ werden dürften.⁶² Letztere Bedingung sollten, so zeigt die Geschichte, die Nachfahren des Bartholomäus jedoch gekonnt missachten.

Bartholomäus II. war jedoch noch nicht, wie fälschlicherweise in der genealogischen Literatur oft angegeben wird, Besitzer der Schallaburg. Laut einer in den Familienpapieren überlieferten Notiz aus dem Jahr 1737 leitete sein Sohn Bartholomäus III. Ankaufverhandlungen mit dem damaligen Besitzer der Schallaburg, Josef Albert Reichard Graf Kletzl von Altenach, ein.⁶³ Grund dafür dürfte die Verarmung seiner Familie gewesen sein, die mit seinem Bruder im Mannesstamm ausstarb.⁶⁴ Zum Verkauf kam es jedoch nicht, auch wenn Bartholomäus offenbar seinen Plan weiterhin im Auge behielt. Es scheint, dass ihm sehr viel am Erwerb der Schallaburg gelegen war: Gegen Ende seines Lebens suchte er sogar beim niederösterreichischen Landrecht um die Bewilligung an, die Herrschaft

⁵⁷ Ernst Heinrich *Kneschke* (Hg.), *Neues allgemeines deutsches Adels-Lexicon*, Band 9 (Steinhaus–Zwierlein) (Leipzig 1870), S. 231.

⁵⁸ *Von Hueck*, *Genealogisches Handbuch des Adels*, S. 525.

⁵⁹ Tinti. In: *Genealogisches Jahrbuch des deutschen Adels für 1848*, 5. Jg. (Stuttgart 1848), S. 517 f.; *Von Hueck*, *Genealogisches Handbuch des Adels*, S. 525.

⁶⁰ *Witting*, *Die Wappen des Adels in Niederösterreich (Siebmachers großes Wappenbuch)*, S. 363.

⁶¹ Gerhard *Floßmann*, *Die Tinti auf der Schallaburg*. In: *Schallaburg Kulturbetriebsges.m.b.H (Hg.), Peter Aichinger-Rosenberger (Red.), Die Schallaburg. Geschichte, Archäologie, Bauforschung* (Weitra 2011), S. 89.

⁶² *Schnehen*, *Beiträge zur Geschichte der Fideikommissherrschaft Schallaburg*, S. 65.

⁶³ *Schnehen*, *Beiträge zur Geschichte der Fideikommissherrschaft Schallaburg*, S. 65.

⁶⁴ Gerhard *Floßmann*, *Besitz- und Herrschaftsgeschichte*. In: *Rupert Feuchtmüller (Hg.), Schloss Schallaburg* (St. Pölten/Wien ²1975), S. 37.

Enzersdorf trotz des im Fideikommissinstitut festgelegten Verbots zu verkaufen – offenbar mit dem Ziel, stattdessen die Schallaburg in seinen Besitz zu bringen. Der Verkauf wurde ihm gewährt, unter der Bedingung, dass der Kaufschilling „ad fundos publicos“ erlegt und mit dem Erlös baldigst eine andere Realität erkaufte werde. Kurz nach dem Verkauf der Herrschaft Enzersdorf an Karl Graf Batthyany starb er jedoch im Jahr 1761.⁶⁵

Erst Bartholomäus IV. konnte den Plan seines Vaters, die Herrschaft Schallaburg mit dem zugehörigen Sichtenberg zu erwerben, verwirklichen. Über den Kauf gibt es keine unmittelbare Überlieferung, jedoch geht aus seinem Trauschein hervor, dass er noch 1761 die Schallaburg in seinen Besitz brachte.⁶⁶

In der Zeit Bartholomäus' IV. lassen sich erstmals finanzielle Probleme erkennen – ein Problem, das fast alle der auf ihn folgenden Generationen der Familie betreffen sollte. Bartholomäus geriet zweimal in Konkurs, 1765 und 1786. Um den Ausbau des baufällig gewordenen Freihauses in Wien und den Ankauf des angrenzenden Kapuzinergrundes finanzieren zu können, erwirkte er beim niederösterreichischen Landrecht die Bewilligung, das Fideikommiss mit 79.000 Gulden zu belasten, darüber hinaus übernahm er die Bürgschaft für Wechselschulden seiner Freunde im Betrag von mehr als 300.000 Gulden. Schließlich wurde über seinen Besitz der Konkurs eröffnet und die gerichtliche Auflösung des Fideikommiss durchgesetzt (Letzteres aber von der obersten Justizstelle verweigert). Während der weiter andauernden Verhandlungen gingen das Freihaus in Wien und der Kapuzinergrund verloren.⁶⁷

Auch Bartholomäus' Sohn Johann Nepomuk I. gelang es nicht, die wirtschaftlichen Verhältnisse wieder in Ordnung zu bringen. Eine Rolle dürften die Folgen des Krieges gespielt haben – 1805 und 1809 wurde die Schallaburg von den Franzosen geplündert, dazu kam eine Kriegssteuer, welche das Fünffache der gewöhnlichen Steuer betrug –, aber auch wirtschaftliches Unvermögen. Johann Nepomuk verwendete aus der herrschaftlichen Kasse die Depositen- und Waisengelder der Untertanen zur Tilgung seiner persönlichen Schulden, er nahm Darlehen von seinen Untertanen auf, verkaufte ihnen gegen die Verfügungen des Fideikommiss Grundstücke. Die hohen Getreidepreise in den Notjahren 1816 und 1817, in denen auf der Schallaburg jedoch reiche Ernten zu verzeichnen waren, konnten die Schuldenlast nicht sonderlich verringern.⁶⁸

⁶⁵ *Schnehen*, Beiträge zur Geschichte der Fideikommissherrschaft Schallaburg, S. 65 f.

⁶⁶ *Schnehen*, Beiträge zur Geschichte der Fideikommissherrschaft Schallaburg, S. 66.

⁶⁷ *Schnehen*, Beiträge zur Geschichte der Fideikommissherrschaft Schallaburg, S. 66 f.

⁶⁸ *Floßmann*, Die Tinti auf der Schallaburg, S. 92; *Schnehen*, Beiträge zur Geschichte der Fideikommissherrschaft Schallaburg, S. 66 f.

Hilfe kam in dieser Not vom Vater des Verlobten seines Sohnes Johann Nepomuk II. Der reiche Großhändler und Direktor der Österreichischen Nationalbank, Franz Reichsfreiherr von Schloissnigg auf Ebergassing, bot an, ihn schuldenfrei zu machen – offensichtlich wollte er seiner Tochter ein standesgemäßes Familienleben sichern. Daher stellte er auch die Bedingung, dass Johann Nepomuk I. zugunsten seines Sohnes auf alle Rechte als Fideikommissbesitzer verzichten sollte. So übertrug der Vater seinem Sohn 1829 den gesamten Besitz zur Verwaltung. Johann Nepomuk I. hatte die Militärlaufbahn eingeschlagen; nun trat er wieder als Hauptmann in den Dienst des Infanterieregiments Kerpen ein und wurde schließlich dessen Kommandant.⁶⁹

Er hat seinen Sohn überlebt. Dieser starb bereits im Jahr 1834 und hinterließ selbst keine Söhne. Nun traten die Bestimmungen des Fideikommiss zum Nachteil der Witwe und der Töchter in Kraft: Auf der Schallaburg folgte sein Vetter Karl Valentin Freiherr von Tinti, der damalige Senior der jüngeren Linie der Familie.⁷⁰

Nach der Entschuldung fand Karl Valentin denkbar bessere Bedingungen bei seinem Herrschaftsantritt vor als seine Vorfahren. Die Überlieferung vermittelt für seine Ära ein idyllisches Landleben. Auch er hatte zunächst die militärische Laufbahn eingeschlagen und im 49. Infanterieregiment Kerpen bis zum Oberleutnant gedient, bis er in den Staatsdienst trat.⁷¹ Er gelangte vom Hof-Konzipisten der k.k. allgemeinen Hofkammer (1828)⁷² über den Staatsrats-Offizial (1829)⁷³ bis hin zum Staatsrats-Konzipisten (1838)⁷⁴. Sein Sohn Karl Wilhelm schreibt in einem seiner zahlreichen Artikel über die Landwirtschaft, Karl Valentin habe die Herrschaft 1834 in einem „sehr herabgekommenen Zustande“ übernommen und weist damit auf eine unrentable Wirtschaftsführung auf den Gütern bis zu dessen Übernahme hin. Karl Valentin habe nun, „obgleich er wenige Vorkenntnisse besaß, mit voller Energie und ohne Scheu vor zweckmäßigen Vorauslagen nach einem umsichtigen Plane die gänzliche Reorganisierung seines Besitzes“ vorgenommen.⁷⁵ In Karl Valentins Zeit fiel die Revolution von 1848, der er als Grundherr ablehnend gegenüberstand, aus der er und sein Nachfolger aber offenbar nicht allzu geschwächt hervorgingen.⁷⁶ Karl Valentin starb am 7. September 1852, worauf das Fideikommiss seinem Sohn Karl Wilhelm zufiel.

⁶⁹ *Floßmann*, Die Tinti auf der Schallaburg, S. 92 f.; *Schnehen*, Beiträge zur Geschichte der Fideikommissherrschaft Schallaburg, S. 68.

⁷⁰ *Floßmann*, Die Tinti auf der Schallaburg, S. 92 f; *Schnehen*, Beiträge zur Geschichte der Fideikommissherrschaft Schallaburg, S. 67.

⁷¹ *Floßmann*, Die Tinti auf der Schallaburg, S. 93.

⁷² Wiener Zeitung vom 10.6.1828, S. 1.

⁷³ Wiener Zeitung vom 24.6.1829, S. 1.

⁷⁴ Wiener Zeitung vom 26.6.1838, S. 1.

⁷⁵ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung vom 19.5.1855, S. 1.

⁷⁶ Archiv der Universität Wien, Karl I. *Freyherr von Tinti*, Nachtrag zur Geschichte unserer Familie. Abschrift eines Aktenstücks von 1848 (o.O. ca. 1995); Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung vom 19.5.1855, S. 2.

4 Karl Wilhelm Freiherr von Tinti



Abbildung 1: Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, Karl Wilhelm Freiherr von Tinti. Tinti, Karl Frh. v. Bildnis (halbe Figur, halb rechts). Harmsen – Wien. Sig. 100.635:B(2E).

4.1 Porträt

Karl Wilhelm Freiherr von Tinti wurde am 19. Mai 1829 als ältester Sohn von Karl Valentin und Maria Anna, Tochter des Reichsritters Ignaz Josef von Keeß, in Wien geboren.⁷⁷ 1855 heiratete er Mathilde, Tochter des Karl August, Freiherr von Lederer-Trattneren. Aus der Ehe gingen fünf Söhne und zwei Töchter hervor.⁷⁸ Im Laufe seines Lebens wurden ihm der Titel des Päpstlichen Geheimen Kämmerers

⁷⁷ Matricula Online, Pfarre Am Hof, Tauf-Register No. 4. Von 19. August 1822 bis 31. Dezember 1832, Sig. 01–04, Eintrag für Karl Wilhelm Freiherr von Tinti, fol. 124 v. Online bei: <http://data.matricula-online.eu/de/oesterreich/wien/01-am-hof/01-04/?pg=126>, abgerufen am 2.8.2018.

⁷⁸ *Witting*, Die Wappen des Adels in Niederösterreich (Siebmachers großes Wappenbuch), S. 364.

und vom Kaiser die Würden des Kämmerers und Geheimen Rates verliehen. Karl Wilhelm starb am 22. August 1884 im Alter von 55 Jahren in Bad Kreuth in Bayern.⁷⁹

Er engagierte sich in vier Bereichen mit großem Erfolg: zunächst in der Landwirtschaft, indem er sich intensiv selbst mit der Wirtschaftsführung und Methoden zur Ertragssteigerung auf seinem Gut Schallaburg auseinandersetzte. So fand er auch den Weg in das landwirtschaftliche Vereinswesen. Hier beschäftigte er sich als Vorstand der Bezirksverine St. Pölten und Melk wie auch als Vizepräsident der k.k. Landwirtschaftsgesellschaft öffentlichkeitswirksam mit Fragen des Fortschritts in der Landwirtschaft.

Daneben spielte er auch eine Rolle bei der Entwicklung des Hilfsvereinswesens in Österreich. Er beteiligte sich an der Gründung und Weiterentwicklung der Patriotischen Hilfsvereine, die 1859, 1864 und 1866 in Wien gegründet wurden, und übernahm repräsentative Aufgaben. Insbesondere arbeitete er auch an der Umwandlung in einen dauerhaften Verein nach dem Krieg von 1866 und an der Entwicklung einer den über die Monarchie verstreuten Hilfsvereinen übergeordneten Organisation, und spielte damit eine wichtige Rolle bei der Gründung des Österreichischen Roten Kreuzes im Jahr 1880, dessen erster Präsident er war.

Mit besonderem Engagement widmete Karl Wilhelm sich der Politik. Er gelangte bei den ersten Wahlen des konstitutionellen Zeitalters 1861 in den Landtag und in das Abgeordnetenhaus des Reichsrats. Hier war er Angehöriger des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, der dem deutsch-liberalen Lager zuzurechnen ist, und setzte sich für die Interessen seines Standes, aber auch der Gesamtmonarchie, insbesondere der österreichischen Reichshälfte, ein. 1879 wurde er auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen.

Der vierte Bereich, in dem Karl Wilhelm sich engagierte, war die Industrialisierung. Er machte sich den Wirtschaftsaufschwung der Gründerzeit zunutze und fungierte, auch nach dem Börsenkrach 1873, als Verwaltungsrat einer Vielzahl von Unternehmen, unter anderem Banken und Eisenbahngesellschaften.

Karl Wilhelms Geschichte soll anhand dieser vier Bereiche in den folgenden Kapiteln erzählt werden. Die Darstellung richtet sich nach den vorhandenen Quellen. Zwar ist kein Familienarchiv erhalten, aber einige dennoch vorhandene Quellen ermöglichen es, ein Bild dieser Persönlichkeit zu zeichnen. Es sind dies insbesondere die digitalisierten Zeitungen des Projekts ANNO der Österreichischen Nationalbibliothek. Der Umstand, dass die Zeitungen derart häufig über Karl Wilhelm berichtet haben, ist der beste Beweis für seine damalige Bekanntheit und unermüdliche Tätigkeit. Über seine Arbeit für

⁷⁹ Ebda.

die Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuz und seine Vorgänger wiederum berichten einige Quellen im – wenn auch ebenfalls größtenteils zerstörten – Archiv dieser Organisation.

4.2 Der landwirtschaftliche Unternehmer

4.2.1 Der Adel als landwirtschaftlicher Unternehmer

Der Grundbesitz bildete in der Regel die wichtigste Einnahmequelle eines Adligen. Seine Struktur gestaltete sich in den einzelnen Ländern der Monarchie sehr unterschiedlich. So bestanden etwa in den böhmischen Ländern viele große, geschlossene Gutskomplexe mit einem hohen Anteil an Dominikalland. Da der Großteil der grundherrlichen Einnahmen hier aus der Gutswirtschaft stammte, bestanden hohe Anreize zur Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion. Auch im industriell-gewerblichen Bereich entwickelten sich die böhmischen Länder schnell weiter. Im Herzogtum unter der Enns hingegen war eine starke räumliche Zersplitterung zu verzeichnen. Hier bildeten die Leistungen und Abgaben der Untertanen die wichtigste Einnahmequelle und die Eigenwirtschaft war wenig ausgeprägt. Das verhinderte bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts die landwirtschaftliche Modernisierung des Herrenlandes.⁸⁰

Auch in finanzieller Hinsicht waren die Voraussetzungen für Innovationen der Wirtschaftsführung unterschiedlich, darüber hinaus zeigten Adelige bei der Verwaltung ihrer Güter ein unterschiedliches Maß an Engagement. Vor allem der niedrige Adel verfügte nicht über ausreichendes Kapital für groß angelegte Investitionen und konnte daher aus seinen Gütern weniger Ertrag erzielen. Manch kleiner Landadeliger beschränkte sich noch am Beginn des 20. Jahrhunderts auf eine personalintensive und wenig mechanisierte Bewirtschaftung, die an einer Deckung des Eigenbedarfs orientiert war.⁸¹ Auf der anderen Seite gelang es erfolgreichen Großgrundbesitzern, durch kluge Organisation und Modernisierung den Ertrag ihrer Güter zu steigern. Viele nutzten die Ablöskapitalien aus der Grundentlastung zur Arrondierung beziehungsweise Vergrößerung ihres Grundbesitzes.⁸²

4.2.2 Die Güter Schallaburg und Plankenstein

Nach dem Tod seines Vaters im Jahr 1852 übernahm Karl Wilhelm, wie vorgesehen, die beiden Fideikommiss-Güter Schallaburg und Plankenstein. Schallaburg samt dem zugehörigen Schloss lag im Bezirk Melk im Viertel ober dem Wienerwald, Herzogtum Österreich unter der Enns (heute

⁸⁰ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 20 f.

⁸¹ *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 974.

⁸² *Stekl*, Der erbländische Adel, S. 974 f.

Mostviertel, Niederösterreich). Plankenstein, ebenfalls samt der gleichnamigen Burg, befand sich einige Kilometer südlich davon in der Ortsgemeinde Texingtal.⁸³

Aussagen über die genaue damalige Ausdehnung der Güter zu machen, ist schwierig, da nicht ausreichend Aufzeichnungen vorhanden sind. Die Plankarten des Franziszeischen Katasters bieten einen guten Überblick über die Gliederung der beiden Gemeinden Schallaburg und Plankenstein, geben allerdings die Verhältnisse der frühen 1820er Jahre wieder. Der Kataster gliedert sich allerdings nicht nach Grundherrschaften, sondern nach Katastralgemeinden. Nach der Aufhebung der Grundherrschaft im Jahr 1848 fiel das Rustikalland weg, wodurch der ursprüngliche Grundbesitz sich deutlich verkleinerte. Grundbücherliche Aufzeichnungen sind wiederum erst ab dem Jahr 1927 erhalten, da die Landtafeln, gewissermaßen die Grundbücher des Adels, dem Justizpalastbrand zum Opfer gefallen sind. Die Landtafeln wurden nach dem Brand wiederhergestellt, allerdings wurde hauptsächlich der aktuelle Stand, kaum die älteren Verhältnisse rekonstruiert. Bei der Darstellung des Besitzstandes der Familie Tinti muss also auf diese, sowie auf weitere jüngere Quellen, wie zum Beispiel die Aufzeichnungen der Fideikommissbehörde, zurückgegriffen werden.



Abbildung 2: Die Schallaburg 1894. Otto Schmidt: Schallaburg, 1894, aus: Ralph Andraschek-Holzer, Die Schallaburg im Bild. Vom Barock bis zur Gegenwart (Weitra 2013), S. 28.

⁸³ Niederösterreichisches Landesarchiv, Franziszeischer Kataster, Plankenstein OG Texingtal, VB Melk, FK Mappen OW 384, 1821; NÖLA, Franziszeischer Kataster, Schallaburg OG Schollach, VB Melk, FK Mappen OW 463, 1822.

Die Gesamtfläche des Gutes Schallaburg betrug im Jahr 1936 rund 708 ha. Der Großteil davon, nämlich 580 ha, entfielen auf Waldfläche.⁸⁴ Das Gut erstreckte sich im Jahr 1927 über die Katastralgemeinden Schallaburg, Anzendorf, Merkendorf, Rosenfels, Roggendorf, Schollach und Ritzengrub.⁸⁵ Neben dem Schloss Schallaburg gehörte auch die Ruine Sichtenberg, von der schon im 19. Jahrhundert „nichts als bloße Trümmer den forschenden Wanderer [sic] wehmuthsvoll entgegen“ starrten, dazu.⁸⁶

Das Gut Plankenstein umfasste laut einer gerichtlichen Schätzung im Jahr 1917 knapp 173 ha und erstreckte sich über die Katastralgemeinden Plankenstein und Weissenbach.⁸⁷

Die frühesten Nachrichten über Karl Wilhelm in Zeitungen beziehen sich auf seine Unternehmungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Er widmete sich zumindest in den 1850er Jahren intensiv selbst der Wirtschaftsführung auf seinem Gut Schallaburg und eignete sich ein umfangreiches Wissen über moderne landwirtschaftliche Methoden an. Offenbar unternahm er in den 1850er Jahren Reisen durch Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien und die Schweiz, um sich über die Fortschritte in der Landwirtschaft zu informieren.⁸⁸

4.2.3 Karl Wilhelm und das landwirtschaftliche Vereinswesen

Das landwirtschaftliche Vereinswesen bot Karl Wilhelm die Möglichkeit, sich öffentlichkeitswirksam für den Fortschritt auf dem Gebiet der Landwirtschaft einzusetzen. In der Überzeugung, dass „der Wohlstand Österreichs vorzugsweise von der Entwicklung der Landwirtschaft abhängt“,⁸⁹ betrachtete er es als seine Aufgabe, bei anderen Gutsbesitzern, aber auch bei der bäuerlichen Bevölkerung das Bewusstsein für die Wichtigkeit der Verbesserung landwirtschaftlicher Methoden zu wecken.

Im Jänner 1855 wurde Karl Wilhelm zum Mitglied der k.k. Landwirtschaftsgesellschaft gewählt.⁹⁰ In ständigem Austausch mit der Landwirtschaftsgesellschaft standen die Landwirtschaftlichen

⁸⁴ NÖLA, Inventur u. Schätzung des F. K. Gutes Schallaburg, S. 1, Gutachten vom 26. November 1936.

⁸⁵ NÖLA, Das Fideikommißgut Schallaburg. In: Wiederhergestelltes Grundbuch über landtäfliche Liegenschaften, Bd. 29 (Wien 1934), S. 25–30.

⁸⁶ Sichtenberg. In: Franz Xaver Joseph *Schweickhardt*, Darstellung des Erzherzogthums Oesterreich unter der Ens, Bd. 8 (Wien 1837), S. 221.

⁸⁷ NÖLA, Das Fideikommissgut Plankenstein (Karl Ferdinand Tinty), Protokoll des k.k. Bezirksgerichts Mank vom 29. Mai 1917, Hc 108/14/39; NÖLA, Das Fideikommißgut Plankenstein. In: Wiederhergestelltes Grundbuch über landtäfliche Liegenschaften, Bd. 4 (Wien 1934), S. 131–134.

⁸⁸ Neue Freie Presse vom 25.9.1879, S. 19; Wiener Salonblatt vom 24.8.1884, S. 7; Tinty, Karl Wilhelm Freiherr. In: Constant *von Wurzbach*, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Teil 45 (Wien 1882), S. 167.

⁸⁹ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1864, S. 962.

⁹⁰ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung vom 27.1.1855, S. 1.

Bezirksvereine. Karl Wilhelm war von 1859 bis 1862 Vorstand des Bezirksvereins St. Pölten und ab 1863 des Bezirksvereins Melk.

Ein Überblick über den gesamten Quellenbestand lässt es zu, das Schaffen Karl Wilhelms im Bereich der Landwirtschaft in Jahrzehnte zu unterteilen: In den 1850er Jahren widmete er sich intensiv der Verbesserung der landwirtschaftlichen Methoden auf seinem Gut Schallaburg. Darüber, wie auch über sein Eintreten für den Fortschritt in der Landwirtschaft, erfahren wir ab 1855 in mehreren Artikeln, die er für die Vereinszeitschrift der Landwirtschaftsgesellschaft schrieb. In dieser Zeit schuf er die Voraussetzungen, um 1859 zum Vorstand des Bezirksvereins St. Pölten gewählt zu werden. In den 1860er Jahren dagegen sind seine Artikel nur noch selten der Landwirtschaft im Allgemeinen oder seinem Gut gewidmet, sondern hauptsächlich dem Vereinswesen. Karl Wilhelm engagierte sich seit 1860 bis zum Beginn der 1870er Jahre verstärkt in der Landwirtschaftsgesellschaft und bis zur Mitte der 1860er Jahre intensiv in den Bezirksvereinen. Seit Anfang der 1870er Jahre schließlich finden sich nur noch sehr wenige Informationen über Unternehmungen Karl Wilhelms im Bereich der Landwirtschaft.

4.2.4 Die k.k. Landwirtschaftsgesellschaft

Ab der Mitte des 18. Jahrhunderts waren in Österreich Vereinigungen von Gutsbesitzern entstanden, um gemeinsam den Schwierigkeiten der Zeit in landwirtschaftlichen Belangen Herr zu werden. Dies geschah durchaus auch im Interesse der kaiserlichen Regierung. Aufgrund des großen Geldbedarfs wegen der Kriegsführung begann diese, ganz im Sinne der Lehren des Physiokratismus, sich nicht nur verstärkt mit der Steuerleistung der Bauern, sondern auch mit deren wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit überhaupt auseinanderzusetzen. Es begann eine Zeit, in der die Belange der Landwirtschaft in vielfältiger Weise gefördert wurden.⁹¹

Die k.k. Landwirtschaftsgesellschaft war im Jahr 1807 gegründet worden, mit dem Ziel der „Hebung aller Zweige der Landwirtschaft auf eine höhere Stufe der Vollkommenheit“.⁹² Die Gesellschaft war der Regierung verpflichtet, die bei ihr Gutachten einforderte, und erhielt, da schließlich die freiwilligen Beiträge der Mitglieder nicht mehr ausreichten, staatliche Subventionierung.⁹³ Sitz der Gesellschaft war Wien. Ihre Mitglieder stammten größtenteils aus den Reihen des adeligen Großgrundbesitzes. Die führenden Persönlichkeiten wirkten nicht nur in eigenem Interesse, sondern auch „im Streben, das Fundament des Staates tätigst zu unterstützen“, und im Bewusstsein, dass dem Vorrecht, umfassende

⁹¹ Hermann *Kallbrunner*, *Der Väter Saat. Die österreichische Landwirtschafts-Gesellschaft von 1807 bis 1938* (Wien 1963), S. 9 f.

⁹² *Kallbrunner*, *Der Väter Saat*, S. 16.

⁹³ *Kallbrunner*, *Der Väter Saat*, S. 20 f.; *Die Presse* vom 14.12.1869, S. 15.

Ländereien zu besitzen, die Pflicht entsprang, diese auch zum Vorteil der Allgemeinheit zu nützen und als Vorbild für kleinere Grundbesitzer zu wirken.⁹⁴

Die k.k. Landwirtschaftsgesellschaft hatte somit einen Anteil an der Entwicklung der Landwirtschaft in Österreich. Sie förderte die Entwicklung neuer Verfahren, etwa der Schädlingsbekämpfung oder der Düngerbeschaffung, veranlasste zu diesem Zwecke Versuche, veranstaltete Ausstellungen, Viehschauen und Wettbewerbe mit Preisausschreiben. Es wurde das landwirtschaftliche Unterrichtswesen ausgebaut durch die Schaffung landwirtschaftlicher Schulen und durch die Vergabe von Stipendien. Daneben förderte die Gesellschaft Publikationen zu unterschiedlichsten landwirtschaftlichen Themen und hatte eine eigene Zeitschrift, wodurch möglichst viele Landwirtschaftstreibende erreicht werden sollten. So war es möglich, einem möglichst großen Publikum Empfehlungen weiterzugeben und es auf dem neuesten Stand der Entwicklung zu halten.

Von 1851 bis 1867 gab die Gesellschaft die wöchentlich erscheinende „Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung“ heraus, welche die wichtigste Quelle für Karl Wilhelms Tätigkeiten auf dem Gebiet der Landwirtschaft ist. In dieser Zeitschrift wurden in der zweiten Hälfte der 1850er und in der ersten Hälfte der 1860er Jahre auch mehrere Artikel von Karl Wilhelm veröffentlicht. Ihr Nachfolger war die „Wiener Landwirtschaftliche Zeitung“, die allerdings ein anderes Konzept verfolgte und weniger Informationen über Karl Wilhelms Arbeit liefert.

4.2.5 Karl Wilhelms Veröffentlichungen in den 1850er Jahren

Durch mehrere Artikel und Briefe in dieser Zeitschrift nimmt Karl Wilhelm eine Möglichkeit wahr, ein breiteres Publikum an Landwirtschaftstreibenden zu erreichen. In diesen Veröffentlichungen spiegelt sich sein Interesse für den Fortschritt der Landwirtschaft und Möglichkeiten der Ertragssteigerung. Sie belegen – wohl nicht zuletzt auch dank der Lektüre für die „Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung“, dessen eifriger Leser er offenbar war – seine umfassenden Kenntnisse über verschiedene Themen der Land- und Forstwirtschaft sowie seine Informiertheit über die lokalen Verhältnisse. Karl Wilhelm nimmt am Diskurs über wichtige landwirtschaftliche Fragen der Zeit – etwa die Nutzung von synthetischem Dünger oder Maschinen – teil und will damit in den Kreisen der Landwirtschaftstreibenden, die ja zu weiten Teilen wie er adelige Großgrundbesitzer waren, auf sich aufmerksam machen. Er tritt als erfolgreicher Landwirt auf, der seine Erfahrungen mit den Standesgenossen teilen will und für dessen Interessen eintritt. Er gibt Empfehlungen und bringt Forderungen ein; um diese zu verdeutlichen, zieht er als Beispiel meist seine eigene Wirtschaft

⁹⁴ Kallbrunner, Der Väter Saat, S. 17.

Schallaburg heran. Da wir so einen Einblick in Karl Wilhelms Wirtschaftsführung auf dem Hof und im Forst gewinnen, soll auf diese Artikel im Folgenden genauer eingegangen werden.

Sein Vater war Karl Wilhelm ein großes Vorbild. Er stellte die Gutswirtschaft auf neue Grundlagen, auf denen der Sohn aufbauen konnte; womöglich war er es, der bei Karl Wilhelm die Begeisterung für die Landwirtschaft weckte. In einem Artikel, der im Mai 1855 in der „Allgemeinen Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung“ erschien, stellt Karl Wilhelm eine Methode vor, die landwirtschaftlichen Erträge zu steigern, und erläutert diese anhand der Erfahrungen auf seinem eigenen Gut Schallaburg.⁹⁵ Er erzählt vom Zustand der Gutswirtschaft im Jahr 1834, als sein Vater Karl Valentin die Herrschaft übernahm. Der Besitz umfasste damals, so Karl Wilhelm, neben einem bedeutenden Waldbestand, 120 Joch Äcker (gemeint ist das Dominikalland; nach 1848 betrug also das Gesamtausmaß der Äcker immer noch 120 Joch) und 50 Joch Wiesen. Die Äcker seien in der ersten Klasse katastriert gewesen, dürften also gute Bedingungen geliefert haben. Jedoch konstatiert Karl Wilhelm eine unrentable Wirtschaftsführung und beschreibt drei „Hindernisse des landwirtschaftlichen Aufschwunges“: Damals, schreibt er, wurde auf dem Gut die reine Brache gehalten, also Äcker ein ganzes Jahr liegengelassen, damit der Boden sich wieder mit Nährstoffen anreichern sollte. Dies sei aus alter Gewohnheit, aber auch aus Mangel an Dünger so gehandhabt worden. Der Dünger bestand größtenteils aus trockenem Stroh, welches „in dem Hofe unordentlich auf einen Haufen geworfen“ wurde. Auf dem Hof gab es 20 Rinder und 600 Schafe, die „zum größten Nachtheile des Forstes auf Waldweiden getrieben wurden“, und „die Besorgung des gesammten Nutzviehes geschah ohne Regelmäßigkeit und höchst nachlässig, und dessen Zustand und Ertrag war ein elender“. Der Futterbau wurde nur sehr beschränkt betrieben. Die Jauche floss ungenutzt aus den Ställen ab, „bis sie ein Bach aufnahm, der diese befruchtende Flüssigkeit, klüger als der Landwirth, fernen Wiesen zuführte“. Karl Wilhelm bedauert, dass diese unrentable Form der Wirtschaftsführung auf fast allen Bauernhöfen anzutreffen sei.

Sein Vater, so Karl Wilhelm, machte sich nun, trotzdem er nur wenige Vorkenntnisse in der Landwirtschaft besaß, an die Reorganisierung des Gutes. Karl Valentin konnte das System der reinen Brache abschaffen, indem er Menge und Qualität des gewonnenen Düngers vergrößerte. Hierzu wurden die Ställe renoviert, Jaucheburgen gegraben und Düngerstätten errichtet sowie Wirtschafts- und Hausabfälle gesammelt, um alle Möglichkeiten der Düngergewinnung auszunutzen. Gleichzeitig wurde der Futterbau ausgedehnt, wobei der Großteil zur Fütterung, der Rest zur Gründüngung verwendet wurde. Des Weiteren wurden Stickstoffsalze eingesetzt. Mit dem so gewonnenen, in seiner

⁹⁵ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1855, S. 153 f.

Qualität verbesserten Dünger konnten ein Fünftel bis ein Viertel mehr Äcker gedüngt werden als noch wenige Jahre zuvor.

Die Aufhebung des herrschaftlichen Blumensuch- und Weiderechtes 1848 zwang, so lesen wir weiter, auch seinen Vater, die Schafe mit großem Verlust zu verkaufen und stattdessen Rinder einzustellen. Karl Wilhelm betrachtet die Auswirkungen von 1848 auf seine Wirtschaft als harte Probe, aus der man sich aber bald erholt habe; 1855 sei sie wieder im „gedeihlichen Zustande“. Auf dem Hof besaß Karl Wilhelm 62 Rinder, vier Paar Pferde, zwei Züge Ochsen und über 30 Schweine.

Offenbar hat er, als er das Erbe seines Vaters antrat, von diesem im Großen und Ganzen das neue System der Wirtschaftsführung übernommen, oder vielmehr diese vorteilhafte Ausgangsposition genutzt, um selbst die Gutswirtschaft weiterzuentwickeln.

Die Mitte des 19. Jahrhunderts war eine Zeit großer Umbrüche auf dem Gebiet der Landwirtschaft. Erst 1840 hatte Justus von Liebig die bahnbrechende Entdeckung gemacht, wie synthetischer Dünger erzeugt werden konnte, wodurch massive Steigerungen der Ernte ermöglicht wurden. Auch hielt zunehmend die Mechanisierung Einzug in die Landwirtschaft – stand aber damals noch in den Anfängen und vor verschiedenen Schwierigkeiten. Beispielhaft dafür sind auch einige Artikel Karl Wilhelms, in denen er für die Effizienzsteigerung bei der Ernte durch landwirtschaftliche Maschinen eintritt, aber auch deren Mängel und Fehler in der Verarbeitung kritisiert.

In einem Artikel vom April 1857 berichtet Karl Wilhelm von seinen Erfahrungen mit einer Hensmann'schen Handdreschmaschine.⁹⁶ Er versucht so, den Lesern etwas Orientierung in einem Dschungel von unterschiedlichen Mitteilungen über diese Maschine zu geben. Er empfiehlt ihre Beschaffung, berichtigt aber auch die „illusorische[n] Angaben in den Ankündigungen der Herren Maschinenfabrikanten“⁹⁷ über ihre Leistungsfähigkeit. Zudem fehle es noch an einer Gegenüberstellung der Leistungen mittels der Handdreschmaschine und von Hand mittels Dreschflegel.

1856 also, so schreibt er, hatte er um 190 Gulden eine Hensmann'sche Handdreschmaschine erworben, um damit einen Teil der Ernte zu besorgen. Er ließ auf einem Teil des Hofes die Dreschung des Getreides unter Einsatz der Maschine vornehmen, und gleichzeitig einen zweiten Teil des Hofes von gleicher Größe mit den gleichen Fruchtgattungen von einer gleichen Anzahl an Arbeitskräften mit dem Dreschflegel bearbeiten. So konnte er beide Methoden der Ernte vergleichen. Zum Teil überwachte Karl Wilhelm die Dreschung mit der Maschine persönlich und beobachtete dabei genau Gang und Leistung der Maschine, Mängel und Ertrag. Die Ergebnisse der beiden Erntegänge

⁹⁶ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1857, S. 240–245.

⁹⁷ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1857, S. 240.

verzeichnete er detailreich in Tabellen, die er auch im Artikel veröffentlichte. In diesen Tabellen finden sich genaue Angaben über die Erntemengen bei den verschiedenen Getreidearten bei der maschinellen und der manuellen Ernte, über Schüttung, Abdrusch und Mehrertrag, über Getreidepreise, Arbeiterlöhne und Auslagen für die Maschine. Seine Berechnungen zeugen von genauesten Kenntnissen seiner eigenen Wirtschaft und in landwirtschaftlichem Unternehmensdenken allgemein.

Bei Berücksichtigung der Kosten der Maschine errechnete Karl Wilhelm, dass – wenn man die Reparaturkosten beiseiteließ – sich das Anschaffungskapital, selbst bei den relativ niedrigen Getreidepreisen in diesem Jahr, mit beinahe 125 Prozent verzinste. Er weist darauf hin, worin der Wert der Maschine bestand: nämlich weder in einer Ersparung der Handarbeit, noch in einem schnelleren Ausdrusch, sondern in einem höheren Ertrag. Karl Wilhelms Rechnungen zufolge betrug der Mehr-Ausdrusch bei den unterschiedlichen Getreidegattungen durchschnittlich zehn Prozent. Er folgert: Durch Einsatz der Handdreschmaschine könne man den Ertrag um ein Zehntel vermehren. Er empfiehlt sie vor allem für kleinere Landwirtschaften.

Dennoch weist er auf Mängel in der Verarbeitung der Maschine hin, wobei er dieses Problem allgemein zumindest bei den in Österreich hergestellten Maschinen feststellt. Sie seien wenig solide und bedürften sehr bald Reparaturen, seien aus minderwertigen Materialien gefertigt und nicht präzise genug gearbeitet. Er bedauert die Folgen dieser Misstände, dass nämlich gerade kleinere Landwirte an den Vorteilen der Mechanisierung in der Landwirtschaft durch neue Maschinen zu zweifeln beginnen würden und somit der Fortschritt behindert würde. Deswegen ist er auch von der Notwendigkeit überzeugt, auf die Mängel öffentlich, etwa in Zeitschriften, aufmerksam zu machen, weil dies der einzige Weg sei, die Fabrikanten zu Verbesserungen zu bewegen.

So greift er auch ein Jahr später zu diesem Mittel, nachdem eine weitere Handdreschmaschine bereits nach 15-stündiger Nutzung unbrauchbar geworden war.⁹⁸ Zwar nahm der Hersteller sie zurück, die Reparatur war jedoch erfolglos, und Karl Wilhelm musste die Kosten für den Transport und eine weitere Reparatur selbst tragen. Wieder lässt er ein Schreiben in der „Allgemeinen Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung“ veröffentlichen. Er klagt darüber, dass der Käufer in solchen Fällen keine Handhabe gegen die Hersteller habe und sieht es als seine Pflicht anderen Gutsbesitzern gegenüber, auf negative Erfahrungen mit Herstellern und deren Produkten aufmerksam zu machen. Auch seine Kollegen fordert er dazu auf:

Ich habe im verflossenen Jahre, der Erste, den unangenehmen Kampfplatz journalistischer Polemik im Streite für die landwirthschaftlichen Interessen gegen industrielle Nachlässigkeit und Uebervortheilung

⁹⁸ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1858, S. 122 f.

*betreten [...] Bis jetzt aber stehe ich allein, jedoch nicht etwa aus Mangel an vielseitigen gerechten Klagen von Seite der Maschinen-Abnehmer, sondern, weil viele eine unliebsame Polemik scheuen. Und doch sind Gemeinschaftlichkeit und Oeffentlichkeit unsere einzigen und sichersten Waffen in diesem Kampfe!*⁹⁹

Die beiden beschädigten Getriebe der Handdreschmaschine übergab er der Landwirtschaftsgesellschaft, wo sie als „Corpus delicti“ ausgestellt wurden.

Auch in diesem Artikel wird Karl Wilhelms persönliches Engagement in seiner Wirtschaft deutlich: „Ich stellte sie [die Maschine] selbst auf, und war von früh bis spät gegenwärtig, so daß weder ein Fehler in der Stellung noch eine Ungeschicklichkeit oder Böswilligkeit der Arbeiter stattfinden konnte“.¹⁰⁰

Ausländischen Maschinen attestiert Karl Wilhelm zwar eine bessere Qualität, allerdings fällt auch seine Beurteilung eines englischen Fabrikats, das er ebenfalls 1857 kaufte, eher nüchtern aus:¹⁰¹ Die von ihm bestellte Handhäckselmaschine, deren Lieferung bis Ende Juni erfolgen hätte sollen, kam erst Ende November an. Als nach sechs Wochen die Messer brachen, dauerte die Lieferung zweier neuer Paar vier Monate – hätte er keine Reservemesser gehabt, hätte die Maschine die ganze Saison nicht mehr genutzt werden können. Die Annahme der verspäteten Lieferung verweigerte er.

Die „Construction“ der Maschine sei zwar „die beste, welche mir noch vorgekommen“, allerdings blieb auch diesmal die Leistung weit hinter den Versprechungen der Hersteller zurück, die Maschine leistete gar, von zwei Arbeitern bedient, weniger, als diese es auf gewöhnlichen Häckselstühlen würden. Zurecht fragt er, worin denn der Vorteil in der Anschaffung einer solchen Maschine bestehe.

Die Mechanisierung der Landwirtschaft befand sich um die Mitte des 19. Jahrhundert noch am Anfang. Die gerade erst aufkommende Maschinenindustrie in der Landwirtschaft befand sich in einer Phase des Probierens. Karl Wilhelms Erfahrungen sind typisch für diese Zeit, da die Maschinen noch keine größeren Ertragssteigerungen ermöglichten und die Hersteller wie auch Nutzer vor verschiedenen Schwierigkeiten standen. Er ist sich dieser Schwierigkeiten bewusst – „Ich muß gestehen, daß der gegenwärtige Zustand der Maschinenindustrie für uns Landwirthe ein sehr entmuthigender ist“¹⁰² –, erkennt aber den Nutzen der Mechanisierung für den Fortschritt der Landwirtschaft. Daher kauft er auch mehrere Maschinen; er tut dies, wie es scheint, nicht allein aus Hoffnung auf eigenen Nutzen auf seinem Hof, sondern auch aus eben dieser fortschrittsbewussten Haltung heraus, weil er sich vom Stand der Entwicklung selbst überzeugen und an der Diskussion darüber teilnehmen will.

⁹⁹ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1858, S. 123.

¹⁰⁰ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1858, S. 122.

¹⁰¹ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1858, S. 332.

¹⁰² Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1858, S. 332.

Selbstverständlich war auch die Landwirtschaftsgesellschaft sehr an dieser Entwicklung interessiert und wandte den neuen Maschinen und Geräten ihre Aufmerksamkeit zu. Es wurden regelmäßig neue Maschinen beschafft und getestet.¹⁰³ Es ist denkbar, dass Karl Wilhelm sich als Mitglied dieser Gesellschaft dazu veranlasst sah, auch selbst solche Versuche zu unternehmen und die Ergebnisse zu veröffentlichen, oder sogar von ihr dazu beauftragt wurde. Viele Mitglieder der Gesellschaft schafften sich Maschinen an oder testeten neue Verfahren, um dann darüber zu berichten.¹⁰⁴

Den flächenmäßig bedeutendsten Teil von Karl Wilhelms Besitz machte der Wald aus. Diesen erkannte er in seinem wirtschaftlichen Nutzen, indem er kurz nach Antritt seiner Nachfolge auf dem Gut eine Methode des Waldfeldbaus einführte.¹⁰⁵

Bis in das 19. Jahrhundert hinein war die Holzgewinnung in vielen Gegenden nicht der Hauptnutzen des Waldes. Vielmehr bot er auch Nahrung für das Vieh und Dünger, oder wurde gar mittels Brandrodung und Waldfeldbau als Ackerland genutzt.¹⁰⁶ Karl Wilhelm urteilt über die forstwirtschaftlichen Bemühungen seiner Vorfahren und auch der früheren Generationen allgemein ähnlich wie über deren Bewirtschaftung des Ackerlandes: Sie hatten, so schreibt er in einem Artikel für die „Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung“ im April 1857, den Wert des Holzes wenig zu schätzen gewusst und kaum systematisch gewirtschaftet, das Vieh zum Nachteil des Forstes auf die Waldweiden getrieben,¹⁰⁷ dazu kam die Überschlägerung, wobei das Wachstum der neuen Pflanzen nur langsam voranging. Das Forstpersonal bestand „in jener glücklichen sorglosen Zeit aus vierschrötigen gläubigen Nimroden, welche im Forste nur das Jagdrevier erblickten, und sein fröhliches Gedeihen mit kindlichem Vertrauen dem Himmel anheim stellten“.¹⁰⁸

Karl Wilhelm ruft die Leser dazu auf, dem Wald mehr Beachtung zu schenken, gerade in Niederösterreich, wo das Ackerland im Vergleich zu den anderen Kronländern knapp und das Niveau der Landwirtschaft bereits hoch sei, und deren Erträge nur noch wenig gesteigert werden könnten. Zwar sei die Holzproduktion nicht besonders rentabel, weil die meisten Waldbesitzungen weit von den Abnahmeorten entfernt seien, in diesen Gegenden aber die Bauern meist über eigenen Waldbesitz verfügten, und der Transport wiederum umständlich und teuer sei (die Kaiserin-Elisabeth-Bahn, Vorgängerin der Westbahn, deren Strecke in unmittelbarer Nähe des Gutes Schallaburg verlief, befand sich damals erst im Bau).¹⁰⁹ Man könne aber durch gezielten Waldfeldbau, bei dem auf dem

¹⁰³ *Kallbrunner*, Der Väter Saat, S. 24.

¹⁰⁴ *Kallbrunner*, Der Väter Saat, S. 39, S. 55, u.a.

¹⁰⁵ *Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung*, Jg. 1857, S. 273–276.

¹⁰⁶ Joachim *Radkau*, Mensch und Wald. Die wortreiche und die stumme Geschichte. In: *Politische Ökologie*, Heft 132/2013, S. 31.

¹⁰⁷ *Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung* vom 19.5.1855, S. 1.

¹⁰⁸ *Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung* vom 25.4.1857, S. 1.

¹⁰⁹ *Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung* vom 11.4.1857, S. 11.

Waldboden auch Nutzpflanzen angebaut werden, noch eine, wenn auch kleine, Ertragssteigerung erreichen.

Er veröffentlicht seinen Artikel, weil er der Meinung ist, dass der Waldfeldbau unter den Landwirten noch nicht ausreichend gewürdigt werde. Wieder zieht er als Beispiel für seine Ausführungen seine eigene Wirtschaft Schallaburg heran. Er sei sich zwar bewusst, dass er damit nichts Neues erzähle, und dass schon viel über den Waldfeldbau geschrieben worden sei – nur werde es nicht genügend beachtet. Daher solle immer wieder daran erinnert werden, weil so zur Nachahmung angeregt werden könne. Er bezieht sich auf seinen eigenen Artikel aus 1855: „aber diesen und jenen ärgert endlich das ewige Gerede und Geschreibsel, er baut in T... Namen eine Düngerstätte, gräbt einen Jauchenbrunnen daneben, und – dankt nach Jahren dem vorlauten Schreiber, der so alte längst bekannte Geschichten ewig wiederkaute“.¹¹⁰

Karl Wilhelm beschreibt den Lesern seine Methode des Waldfeldbaus, die er vor fünf Jahren (1852) auf seinem Besitz eingeführt hat und seitdem „mit bestem Erfolge“ betreibt.¹¹¹ Auch auf diesem Gebiet besitzt er umfassende Kenntnisse, wobei er nicht nur bekanntes Wissen anwendet, sondern auch selbst experimentiert.

Laut seinem Artikel wurden nun im Forst nach der Rodung im Frühling Staudenkorn, Hafer und Fichten- oder Föhrensamen ausgesät. Der Hafer wurde im ersten Jahr (1855), das Staudenkorn im zweiten Jahr (1856) geerntet. Danach sollte der Boden wieder ganz der Holzproduktion dienen. Der Vorteil lag darin, dass eine zweimalige Getreideernte ermöglicht wurde, ohne den Wuchs der Fichten, beziehungsweise Föhren, zu behindern. Vielmehr bot das Getreide den jungen Bäumen Schutz und sorgte für einen kräftigeren Wuchs. Wie auch bei seinen Ausführungen über die Erträge bei der Ernte mittels der Hensmann'schen Handdreschmaschine belegt Karl Wilhelm den Erfolg durch Rechnungen von Ausgaben und Ertrag: während auf dem Gebiet von drei Joch und 200 Klastern aus seinem Beispiel ohne den Anbau von Nutzpflanzen die Bearbeitung des Bodens für die Fichtenaussaat rund 52 Gulden an Ausgaben erfordert hatte, betrug mit Getreideanbau der Reinertrag beider Jahre zusammen rund 181 Gulden, und auch die Fichten hatten, wie sich an ihrer kräftigen Entwicklung zeigte, profitiert.

4.2.6 Die Landwirtschaftlichen Bezirksvereine

Schon 1816 hatte die Landwirtschaftsgesellschaft Niederösterreich in 39 landwirtschaftliche Bezirke eingeteilt, um einen Überblick der landwirtschaftlichen Verhältnisse des Landes zu schaffen. Damit wurde der Grund für die späteren Bezirksvereine gelegt. Für jeden Bezirk wurde aus den dort

¹¹⁰ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung vom 25.4.1857, S. 3.

¹¹¹ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung vom 25.4.1857, S. 2.

ansässigen Gutsbesitzern ein Delegat ernannt, der mit dem Zentralausschuss der Landwirtschaftsgesellschaft in Kontakt stand und diesem Bericht zu erstatten hatte. Der Versuch im Jahr 1820, Vereine zu errichten, scheiterte jedoch an der Ablehnung durch den Kaiser.

Die Aufhebung der Grundherrschaft 1848, die die Besitzverhältnisse auf dem Land massiv veränderte, gab Anlass zu einer Neuordnung. Die Delegaten waren größtenteils Grundherren gewesen, die nun die Herrschaft über ihre Untertanen verloren hatten; die Landwirtschaftsgesellschaft verlor einen großen Teil ihrer Mitglieder und ihre Arbeit kam nahezu zum Erliegen.

1850 wurden die neuen Statuten der Gesellschaft beschlossen.¹¹² Ihre Grundlage bildete die Festlegung der Stellung der Bezirksvereine. An Stelle loser Vereinigungen traten Vereine mit eigenen Verwaltungen, die monatlich Sitzungen abhielten und dem Zentralverein Bericht zu erstatten hatten sowie Vertreter zu diesem entsandten.¹¹³ Bis Ende des Jahres 1855 entstanden in Niederösterreich 35 landwirtschaftliche Bezirksvereine – darunter jene für St. Pölten und Melk im Jahr 1853 –, von den zehn übrigen Bezirken waren die meisten bereits im Entstehen begriffen.¹¹⁴

Als Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins St. Pölten 1859–1862 und Melk ab 1863 ist Karl Wilhelm sich der Bedeutung dieser Vereine bewusst, die er unermüdlich in Vorträgen vor Versammlungen wie auch in Artikeln für die „Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung“ hervorhebt. So erfahren wir von ihm einiges über die Verfasstheit und die Aufgaben der Bezirksvereine.

Die Bezirksvereine, namentlich deren Vorstände und Ausschüsse, standen in fortwährender Korrespondenz mit dem Zentralverein, der Landwirtschaftsgesellschaft in Wien. So kamen dieser laufend Berichte und Auskünfte über die landwirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Bezirke zu. Umgekehrt waren die Bezirksvereine für die Landwirtschaftsgesellschaft das Mittel, um die ländliche Bevölkerung zu erreichen und „die Erfahrungen und Fortschritte, welche in der Central-Gesellschaft besprochen werden, auf einem weiten Gebiete zu verbreiten und in großem Maßstabe praktisch zu erproben“.¹¹⁵ Durch den Zentralverein war es den Bezirksvereinen auch möglich, sich mit ihren Anliegen an die Regierung zu wenden.¹¹⁶

Die Bezirksvereine hielten regelmäßig Versammlungen ab, bei denen Vorträge über unterschiedlichste landwirtschaftliche Themen gehalten wurden, Diskussionen geführt und Meinungen und Erfahrungen ausgetauscht wurden. Grundsätzlich konnte jeder Mitglied werden, wenn er den jährlichen

¹¹² Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1860, S. 496 f.

¹¹³ Kallbrunner, Der Väter Saat, S. 48 f.

¹¹⁴ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1860, S. 499.

¹¹⁵ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1859, S. 252.

¹¹⁶ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1860, S. 500 f.

Vereinsbeitrag bezahlte.¹¹⁷ Diese Beiträge finanzierten etwa Veranstaltungen und Vergünstigungen für die Mitglieder und förderten den Unterricht und verschiedene landwirtschaftliche Projekte. Die Vorstände, Ausschüsse und Gutsbesitzer, so Karl Wilhelm, sollten als Vorbild für die Landwirte des Bezirkes wirken, und ihre Mitwirkung ermöglichte es den Vereinen, ihren Hauptzweck zu erfüllen: Nämlich, „einen belehrenden, verbessernden Einfluß auf den kleinen Landwirth, zu erreichen, welchen nur unmittelbarer Verkehr, lebendiges volksthümliches Wort und sichtbares Beispiel erzielen können“.¹¹⁸ So sollte unter der bäuerlichen Bevölkerung das Wissen um moderne Methoden der Landwirtschaft verbreitet und verbessert werden wie auch das Bewusstsein der Bedeutung ihrer Arbeit gehoben werden.

4.2.7 Vorstand der Bezirksvereine St. Pölten und Melk

Als Bezirksvorstand gehörte es zu Karl Wilhelms Aufgaben, den Vorsitz bei den Versammlungen des Vereins zu führen, worüber er dann für die „Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung“ Berichte verfasste. Mehrmals führte er auch den Vorsitz bei der Versammlung der Bezirksvereins-Vorstände im Viertel Ober dem Wienerwald.¹¹⁹ Er hielt Ansprachen vor der Versammlung, präsentierte Rechnungsergebnisse und bemühte sich allgemein um die Repräsentation seiner Vereine. Darüber hinaus hielt er Vorträge über verschiedene landwirtschaftliche Themen. Unter anderem auch in den von ihm verfassten Ernte-Berichten, in denen er die Ernteergebnisse der Gemeinden vergleicht, spiegeln sich genaue Kenntnisse der landwirtschaftlichen Verhältnisse des Bezirks und wirtschaftliches Denken, wie es auch aus seinen Berichten über seine eigene Wirtschaft hervorgeht.¹²⁰

Im Jänner 1859 wurde Karl Wilhelm zum Vorstand des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins St. Pölten gewählt. Zu diesem Zeitpunkt hatte er bereits sieben Jahre lang Erfahrungen in der Landwirtschaft auf seinem Gut Schallaburg gesammelt und versucht, seine „eigene Wirthschaft in allen Zweigen zu verbessern“.¹²¹ Er war seit 1855 Mitglied der Landwirtschaftsgesellschaft und hatte sich mit seiner Teilnahme an den Versammlungen, seinen Artikeln für die Vereinszeitschrift wie auch mit seiner Kenntnis der landwirtschaftlichen Verhältnisse der Region einen Status in jenen Kreisen erarbeitet, der ihm wohl auch zur Wahl zum Bezirksvorsteher verhalf. Bemerkenswert ist, dass Karl Wilhelm zum Vorstand des Bezirksvereins St. Pölten gewählt wurde, obwohl er selbst mit seinen beiden Gütern im Bezirk Melk beheimatet war.

¹¹⁷ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1864, S. 1123.

¹¹⁸ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1860, S. 497.

¹¹⁹ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1863, S. 1110 f.; Jg. 1864, S. 579 f.; Jg. 1866, S. 156.

¹²⁰ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1860, S. 371 f.; Jg. 1861, S. 215 f.; Jg. 1862, S. 443 f.

¹²¹ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1859, S. 251.

Bei einer Vereinsversammlung im April 1862 verkündete Karl Wilhelm seinen Rücktritt als Vorstand des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins St. Pölten. Als Grund gab er an, dass er aufgrund seiner Stellung als Reichsrats- und Landtagsabgeordneter den Angelegenheiten des Bezirksvereines nicht mehr genügend Aufmerksamkeit schenken könne und es daher für seine Pflicht halte, das Amt des Vereinsvorstands niederzulegen. Er versicherte, sich als einfaches Mitglied stets weiterhin für das Gedeihen des Vereines einzusetzen.¹²² Umso erstaunlicher ist es, dass er bereits im Juni 1863 zum Vorstand des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Melk gewählt wurde – und an die Stelle seines Vorgängers trat, der ebenfalls aufgrund seiner gleichzeitigen Beschäftigung im Landtag und Reichsrat zurückgetreten war.¹²³ Immerhin war er nun Vorsteher des Vereines, zu dessen zugehörigem Bezirk sein eigenes Gut Schallaburg gehörte.

Karl Wilhelm machte sich sogleich daran, den Bezirksverein neu aufzustellen. Als er ihn übernahm, zählte er nur eine sehr geringe Zahl von Mitgliedern. Diese hatten auch keine Vereinsbeiträge geleistet, da der Vorgänger im Amt, der Prälat Wilhelm Eder, allfällige Auslagen selbst bestritt.¹²⁴ Laut einem Bericht aus der Vereinszeitung „siechte dieser Bezirks-Verein lange Zeit“,¹²⁵ und die Prognose für die weitere Entwicklung des Vereines war eher düster, zumal sich offenbar nicht genug Landwirte fanden, die sich für die Belange des Bezirksvereins interessierten und bereit waren, den Vereinsbeitrag zu zahlen.

Karl Wilhelm ersuchte den Zentralausschuss der Landwirtschaftsgesellschaft, den Bezirksverein Melk neu zu konstituieren. Er lud „alle durch Besitz, Intelligenz und landwirtschaftliche Thätigkeit hervorragenden Persönlichkeiten in allen Gemeinden des Bezirks“ zur Teilnahme an einer Versammlung des Vereines im November ein. Zu dieser Sitzung, bei welcher sogar der Präsident des Herrenhauses, Karl Fürst von Auersperg, anwesend war, erschienen etwa 100 Personen, die sich als Mitglieder einzeichnen ließen und ihre Jahresbeiträge einzahlten.¹²⁶ Einen Monat später konnte Karl Wilhelm der Versammlung bereits verkünden, dass der neu ins Leben gerufene Verein 171 Mitglieder zählte, deren Jahresbeiträge zusammen die bedeutende Summe von 350 Gulden erreichten. Auf die Verwendung der Vereinsmittel einigte man sich rasch: Sie sollten die für das folgende Jahr geplante landwirtschaftliche Ausstellung finanzieren, ebenso die Verteilung einer kostenlosen Zeitschrift im Bezirk, den Ankauf landwirtschaftlicher Bücher, die unter den Vereinsmitgliedern verlost werden sollten, und ein Preispflügen.¹²⁷

¹²² Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1862, S. 442 f.

¹²³ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1863, S. 1081 f.

¹²⁴ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1863, S. 1082.

¹²⁵ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1863, S. 1046.

¹²⁶ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1863, S. 1082.

¹²⁷ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1864, S. 19 f.

Innerhalb kürzester Zeit hatte Karl Wilhelm dem Verein zu neuem Leben verholfen. Nicht zuletzt seinem Engagement für den Bezirksverein war es zu danken, dass dessen Bekanntheit stieg, und dass er sich der Unterstützung der k.k. Bezirksbehörde, „der meisten Großgrundbesitzer des Bezirkes“, des Stiftes Melk und “fast sämtlicher Herren Pfarrer und Bürgermeister“ erfreuen konnte.¹²⁸ In seinem Bericht über die erwähnte Versammlung im Dezember 1863 resümiert Karl Wilhelm, der Bezirksverein Melk sei „bereits würdig in die Reihe seiner älteren Schwester-Gesellschaften eingetreten“.¹²⁹

4.2.8 Karl Wilhelms Arbeit für die Landwirtschaftsgesellschaft in den 1860er Jahren

Seit Anfang der 1860er Jahre machte Karl Wilhelm auch in der Landwirtschaftsgesellschaft in Wien immer mehr auf sich aufmerksam. Die Tageszeitungen bezeugen für das ganze Jahrzehnt Karl Wilhelms Teilnahme an den Generalversammlungen und Ausschusssitzungen. Hier repräsentiert er nicht nur seine beiden Bezirksvereine, sondern beteiligt sich auch intensiv an den allgemeinen Diskussionen.

Wie auch viele seiner Kollegen in der Landwirtschaftsgesellschaft, die ja in ständigem Kontakt mit der Regierung stand, war Karl Wilhelm gleichzeitig Landtags- und Reichsratsmitglied. Er nutzte diese Doppelstellung für seine Arbeit in den landwirtschaftlichen Organisationen, und in der Landwirtschaftsgesellschaft wie auch in den Bezirksvereinen war sein Einblick in die Verhältnisse der Agrarpolitik von großem Interesse. Auch konnte er hier seinen eigenen politischen Interessen Gehör verschaffen. Seine Bestrebungen im Landtag und Reichsrat verfolgte er auch in der Landwirtschaftsgesellschaft und den Bezirksvereinen durch Vorträge oder Artikel für die Vereinszeitschrift, etwa über den Bestiftungszwang bei den Bauernwirtschaften oder die Grundzusammenlegung.¹³⁰ Umgekehrt referierte er im Reichsrat regelmäßig über Angelegenheiten und Petitionen der Gesellschaft.

Bei der Generalversammlung im Februar 1866 wird er schließlich zum zweiten Vizepräsidenten der Landwirtschaftsgesellschaft gewählt.¹³¹ Spätestens seit dieser Zeit steht er neben dem Präsidenten Fürst Colloredo-Mannsfeld und dem ersten Vizepräsidenten Freiherr Doblhoff-Dier an der Spitze der Gesellschaft.¹³² Er wirkte als Organisator und führte, jedenfalls 1866 und 1867, auch öfters den Vorsitz

¹²⁸ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1864, S. 19.

¹²⁹ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1864, S. 20.

¹³⁰ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1864, S. 97 f.; Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1861, S. 210 f.

¹³¹ Die Presse vom 28.2.1866, S. 6.

¹³² Kallbrunner, Der Väter Saat, S. 58.

bei den Versammlungen.¹³³ Im Frühjahr 1867 wird er zum ersten Vizepräsidenten gewählt.¹³⁴ Dieses Amt bekleidete er bis zum Frühjahr 1871.¹³⁵



Abbildung 3: Karl Wilhelm in jungen Jahren. Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, Tinti, Karl Frh. v. Bildnis (ganze Figur stehend, halb links; leicht seitl. über die linke Schulter; Arme vor der Brust verschränkt). Photo Harmsen – Wien. Sig. 100.635:B(1E).

¹³³ Für die anderen Jahre aufgrund des Aufbaus der Inhaltsverzeichnisse der Allgemeinen Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung nicht zu eruieren.

¹³⁴ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1867, S. 233.

¹³⁵ Die Presse vom 4.3.1871, S. 8.

4.2.9 Landwirtschaftliche Ausstellungen

Die wichtigste Methode der Bezirksvereine, die ländliche Bevölkerung zu erreichen, waren die von ihnen veranstalteten Ausstellungen für Vieh und landwirtschaftliche Produkte und Maschinen. Diese sollten ein Bild vom Stand der landwirtschaftlichen Entwicklung eines Bezirkes geben, Leistungen anerkennen und die Landwirte zur Verbesserung und Weiterentwicklung ihrer Methoden anspornen. Karl Wilhelm wurde in der ersten Hälfte der 1860er Jahre mehrmals vom Zentralausschuss der Landwirtschaftsgesellschaft als Kommissär zu Ausstellungen nach St. Pölten, Melk und benachbarten Bezirken geschickt, um Bericht zu erstatten.¹³⁶ Bei den Ausstellungen seiner beiden Bezirksvereine war Karl Wilhelm selbst intensiv an der Organisation beteiligt und unterstützte diese auch finanziell bei der Zusammenstellung der Preise.

Er war vom Nutzen dieser Ausstellungen überzeugt, weil sie, seinen Berichten zufolge, stets die Begeisterung des ländlichen Publikums weckten und so dessen Interesse auf landwirtschaftliche Fragen lenkten. Die Landgeistlichen und Großgrundbesitzer, denen Karl Wilhelm rationelleres Wirtschaften attestiert, sollten als Vorbild für die kleinen Landwirte wirken, jedoch konnte – und sollte – sich jeder an den Ausstellungen beteiligen. Er nahm mehrmals selbst mit eigenem Vieh und landwirtschaftlichen Produkten an Ausstellungen teil. Der Wettstreit mit den anderen Ausstellern sollte die Landwirte dazu anregen, sich intensiver mit rationeller Zucht und Feldwirtschaft zu beschäftigen und die bestmöglichen Ergebnisse zu erreichen, und die Verteilung der Preise, gerade auch der Staatspreise, so schreibt er, seien eine hohe Auszeichnung, weil der Preisträger so öffentlich als einer der tüchtigsten Landwirte seines Bezirkes erklärt werde.¹³⁷ Auch ist Karl Wilhelm von der Wirkung der Ausstellungen überzeugt, weil sie den Charakter von Volksfesten trugen. Besonderes Vergnügen bereiteten dem Publikum stets die Verlosungen von Vieh und landwirtschaftlichen Geräten.

Das Hauptaugenmerk der Ausstellungen lag auf dem Hornvieh, hauptsächlich Rindern. Karl Wilhelm ließ als Preisrichter und Berichterstatter sein Wissen über die Rinderzucht einfließen, zumal er diese selbst auf seinem Gut Schallaburg betrieb. Als Kommissär der Landwirtschaftsgesellschaft war Karl Wilhelm nicht nur eine der bedeutendsten Persönlichkeiten bei diesen Ausstellungen und hielt feierliche Ansprachen, sondern war gleichzeitig immer auch der Leiter des Preisgerichtes. Allerdings kritisiert er diese doppelte Verantwortung 1864 „nach mehrfachen Erfahrungen“, weil die Tätigkeit als Preisrichter den Kommissär so sehr in Anspruch nehme, dass er sich nur schwer ein umfassendes Gesamtbild der Ausstellung machen könne.¹³⁸ Seine Informiertheit über die internationale Entwicklung

¹³⁶ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1860, S. 251; Jg. 1861; Jg. 1862; Jg. 1864.

¹³⁷ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1861, S. 60.

¹³⁸ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1864, S. 1058.

auf dem Gebiet der Viehzucht zeigt sich in seiner Forderung, die Preisgerichte sollten sich an den Vorbildern Norddeutschland, Holland oder England orientieren und ihre Bewertungen nicht nach subjektiver Anschauung, sondern nach festgelegten Richtlinien vornehmen.¹³⁹ Zwei Jahre später, bei der Ausstellung in Melk 1864, setzt er diese Forderung selbst um und gab eigens eine Instruktion für die Preisrichter heraus.¹⁴⁰

In seinen Berichten findet sich neben dem grundsätzlichen Lob für die lebhafteste Teilnahme des Publikums und für viele ausgestellte Tiere auch Kritik: Er weist mehrmals auf den Umstand hin, dass die meisten Landwirte ihre Rinder zu früh für die Zucht nutzen würden und der Ernährung der Kälber nicht genug Aufmerksamkeit widmen würden; er bringt die Empfehlung ein, die Gemeinden sollten mehr geeignete Zuchtstiere halten.

Durch seine eigene Teilnahme an mehreren Ausstellungen geht Karl Wilhelm selbst als Beispiel voran. Die Preise, die er für Vieh, aber auch für landwirtschaftliche Produkte erhielt, dürften ein Beleg für den Erfolg seiner Wirtschaftsführung sein: Bei der Hornvieh-Ausstellung in St. Pölten im Oktober 1860 erhielt er für einen Stier den vierten Preis, die kleine silberne Medaille der Landwirtschaftsgesellschaft, und den dritten Preis, eine weitere kleine silberne Medaille, für eine Kalbin.¹⁴¹ Bei der Ausstellung in St. Pölten im Oktober 1862 erhielt er eine Anerkennung in der Kategorie Kühe, den dritten Preis, einen Golddukaten, für eine Kalbin sowie in der Kategorie Landwirtschaftliche Produkte den vierten Preis, die große bronzene Gesellschaftsmedaille.¹⁴² Karl Wilhelm verzichtete jedoch stets auf den Preis zugunsten des Nächstplatzierten.

Eine Reihe von Auszeichnungen erhielt er außerdem bei den Ausstellungen des Bezirksvereines Melk 1864 und 1867. Das Zustandekommen der Ausstellung 1864 dürfte zu einem guten Teil Karl Wilhelms Verdienst gewesen sein: Sie war die erste dieses Bezirksvereines seit seiner Konstituierung und wurde gleich nach der Übernahme des Vereines durch Karl Wilhelm geplant.¹⁴³ Auch war sie aufwändiger organisiert als jene, die Karl Wilhelm zuvor besucht hatte, und scheint dem Bericht nach ein voller Erfolg gewesen zu sein: Noch mehr war diese Ausstellung als Volksfest inszeniert, sie ging über zwei Tage, wobei neben der eigentlichen Ausstellung ein Preispflügen und ein kleines Bootsrennen auf der Donau stattfanden und sogar der Kaiser dem Fest einen kurzen Besuch abstattete. Musik und Tanz sorgten für Stimmung, ein Reimkünstler beeindruckte das Publikum, und für das leibliche Wohl war durch Imbissstände und improvisierte Wirts- und Kaffeehäuser gesorgt.¹⁴⁴

¹³⁹ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1862, S. 986.

¹⁴⁰ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1864, S. 961.

¹⁴¹ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1861, S. 60.

¹⁴² Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1862, S. 987.

¹⁴³ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1864, S. 960.

¹⁴⁴ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1864, S. 961.

Bei dieser Ausstellung erhielt Karl Wilhelm, der wie immer auf die Auszeichnungen verzichtete, den zweiten Preis für eine Kuh, den zweiten Preis für eine Kalbin, den ersten für ein Schwein sowie bei den landwirtschaftlichen Produkten den ersten Preis in der Kategorie Weizen und den ersten Preis in der Kategorie Geräte für Drainageröhren und Ziegeln. Für seine ausgestellten landwirtschaftlichen Maschinen wurde ihm eine ehrenvolle Erwähnung zuerkannt.¹⁴⁵

Auch bei der zweiten Ausstellung des Bezirksvereins Melk, die aufgrund der Kriegsereignisse erst 1867 stattfand, erhielt Karl Wilhelm eine stolze Anzahl an Auszeichnungen, nämlich den ersten Preis für einen Stier, den siebenten für eine Kalbin, jeweils den zweiten für einen Zugochsen, für Schweine, in der Kategorie Geräte wie auch für Weizen, außerdem Preise für Gerste und Hackfrüchte sowie Anerkennungen für Hopfen und Obst.¹⁴⁶

4.2.10 Rückzug aus dem landwirtschaftlichen Vereinsgeschehen

Während Karl Wilhelms Tätigkeiten auf dem Gebiet der Landwirtschaft von der Mitte der 1850er bis zur Mitte der 1860er Jahre relativ gut zu erforschen sind, macht eine Verkettung mehrerer Umstände und Ereignisse, die im Folgenden dargestellt werden sollen, die Entwicklung ab 1866 schwer nachvollziehbar. Verantwortlich sind einerseits die fehlenden Nachrichten über die landwirtschaftlichen Bezirksvereine, aber wohl auch die Übernahme der alten durch eine neue Vereinszeitschrift und damit verbunden eine schlechtere Quellenlage, und nicht zuletzt die Kriegsereignisse des Jahres 1866.

Seit Ende der 1860er Jahre gibt es keine Erwähnungen mehr über Karl Wilhelm als Vorstand des Bezirksvereins Melk, jedoch könnte die Erklärung hierfür schlicht die seit 1868 fehlende Berichterstattung über den Bezirksverein sein, oder auch Änderungen im Verein selbst. Es gibt zumindest Quellen, die weiterhin von Karl Wilhelms Arbeit in der Landwirtschaftsgesellschaft berichten. Gegen Anfang der 1870er Jahre schließlich dürfte er sich (auch) aus dieser weitgehend zurückgezogen haben. Damit versiegen die Nachrichten über Karl Wilhelms Tätigkeiten im landwirtschaftlichen Vereinswesen vollständig. Im Folgenden sollen einige mögliche Erklärungen hierfür gegeben werden. Es ist jedenfalls zu bedenken, dass Karl Wilhelm neben der Landwirtschaft noch als Politiker, Unternehmer und Präsident des Patriotischen Hilfsvereines wirkte, und sich bald vermutlich allein aus Zeitgründen der Landwirtschaft nicht mehr in dem Maße wie in den 1850er Jahren widmen konnte.

¹⁴⁵ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1864, S. 962 f.

¹⁴⁶ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1867, S. 1065 f.

Der Deutsche Krieg, der im Sommer 1866 ausbrach, brachte die Arbeit vieler Bezirksvereine nahezu zum Erliegen. Im Viertel unter dem Mannhartsberg etwa, das laut Bericht in der Vereinszeitschrift am schlimmsten von den Kriegseignissen mitgenommen wurde, wurde 1866 keine einzige landwirtschaftliche Ausstellung abgehalten. Der Bezirksverein Melk wiederum wurde auch besonders schwer getroffen: Er musste seine „sonst so rührige Thätigkeit den mißlichen Zeitumständen des Jahres 1866 opfern“,¹⁴⁷ und die für den Herbst geplante Ausstellung fand nicht statt.

Der Verein litt aber nicht nur unter den Folgen des Krieges für die Landwirtschaft, sondern verlor auch seinen Bezirksvorstand an eine nun bedeutendere Aufgabe. Karl Wilhelm widmete seine Energie dem neu ins Leben getretenen Patriotischen Hilfsverein und arbeitete als Vizepräsident unermüdlich an dessen Organisation und später an dessen Umwandlung in einen bleibenden Verein. Offenbar ließ ihm diese Verantwortung nicht mehr viel Zeit für den Bezirksverein Melk. Im oben erwähnten Bericht lesen wir weiter über dessen Lage 1866:

„Die niemals ermüdende, sondern immer anregende Thätigkeit des dortigen Bezirks-Vereins-Vorstandes war – wie notorisch – auf einem anderen Felde als dem des Friedens, in ihrem ganzen Umfange in Anspruch genommen, sie war lahm gelegt und der gegenwärtige Bericht beweiset eben, wie entscheidend die Mitwirkung des einen Mannes ist, der im abgelaufenen Jahre seinem häuslichen Herde entrissen worden.“¹⁴⁸

Abgesehen von diesem Bericht sind für die Jahre ab 1866 kaum noch Nachrichten über Karl Wilhelms Wirken als Vereinsvorstand auffindbar.

Eine weitere mögliche Erklärung hierfür liegt in der Umstrukturierung der Vereinszeitschrift, die fortan die Arbeit der Bezirksvereine und der Landwirtschaftsgesellschaft kaum mehr berücksichtigte, auf die wir jedoch als Quelle für die Tätigkeit der Bezirksvereine angewiesen wären. Die letzte Ausgabe der „Allgemeinen Land- und Forstwirtschaftlichen Zeitung“ erschien am 27. Dezember 1867; sie wurde im folgenden Jahr durch die „Wiener Landwirtschaftliche Zeitung“ abgelöst. Hugo Hitschmann, der Redakteur der Zeitschrift seit 1866, hielt diesen Schritt für notwendig.¹⁴⁹ Er kritisiert, dass zwar eine Unzahl landwirtschaftlicher Fachzeitschriften existierten, die jedoch größtenteils nur einen sehr kleinen Leserkreis hätten und nur mittels Finanzierung durch die zugehörigen landwirtschaftlichen Vereine bestehen könnten. Diese Zeitschriften hätten ursprünglich ausschließlich Mitteilungen über die Versammlungen, Ausstellungen usw. der Vereine enthalten, die sogenannten „Verhandlungen“; erst

¹⁴⁷ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1867, S. 176.

¹⁴⁸ Ebda.

¹⁴⁹ Hitschmann, Hugo Heinrich. In: Österreichisches Biographisches Lexikon. Online bei: http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_H/Hitschmann_Hugo-Heinrich_1838_1904.xml, abgerufen am 2.7.2017.

später begannen sie auch, Beiträge über landwirtschaftliche Themen aller Art aufzunehmen. Diesen wurde seiner Meinung nach zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet, den Hauptteil bildeten immer noch die Berichte über die Vereinsgeschehnisse, die für weite Kreise der Landwirte aber nicht von Interesse seien. So hätten sich die Zeitschriften von vornherein die Grenze gezogen, für die Vereinsmitglieder bestimmt zu sein. Diese könnten sich jedoch ebenfalls nicht genügend für die Zeitschriften begeistern, zumal ein großer Teil der Vereinsmitglieder aus nicht landwirtschaftlichen Kreisen stamme.

Auch waren, so Hitschmann weiter, die Redakteure von der Aufgabe, gleichzeitig das massenhaft, aber unregelmäßig einlangende Material der Vereine und genügend allgemeine Artikel in einer Zeitschrift unterzubringen, überfordert. Meist gab es zu wenige Mitarbeiter, und so wurden Texte anderer, etwa norddeutscher Zeitschriften übernommen, wenngleich Berichte über regionale Verhältnisse für die Landwirte viel wertvoller seien.

Die meisten dieser Mängel verortete Hitschmann auch bei seiner eigenen Zeitschrift, und auf Beschluss des Zentralausschusses der Landwirtschaftsgesellschaft hin machte man sich daran, diese zu beseitigen. Die Leser seien, so schreibt er, anspruchsvoller geworden und nur durch eine gute Auswahl landwirtschaftlicher Artikel, Korrespondenzen aus verschiedenen Regionen, Personalnachrichten, Buchrezensionen etc. zu gewinnen.¹⁵⁰ Die wichtigste Änderung war, dass künftig die „Verhandlungen“ der Landwirtschaftsgesellschaft und der Bezirksvereine, die bisher einen integrierenden Bestandteil des Blattes ausgemacht hatten, weggelassen wurden.¹⁵¹

Ebendiese liefern jedoch bis 1867 umfassende Informationen über Karl Wilhelms Arbeit für die landwirtschaftlichen Bezirksvereine und die Landwirtschaftsgesellschaft, und es ist kaum möglich, diese weiter zu verfolgen. Für die Zeit ab 1868, als die „Wiener Landwirtschaftliche Zeitung“ die alte Vereinszeitschrift ablöste, lässt sich kaum eruieren, ob der Grund für die fehlenden Nachrichten über Karl Wilhelms Wirken nur in der nicht mehr vorhandenen Berichterstattung über den Bezirksverein zu suchen ist, oder ob er in diesem seit 1866 tatsächlich weniger und seit 1868 gar nicht mehr präsent war. Der Verein bestand weiterhin, es sind jedoch kaum Nachrichten über ihn auffindbar. Wie lange Karl Wilhelm noch Vereinsvorstand war, ist unklar, jedenfalls im Jahr 1877 erscheint ein anderer Inhaber dieses Amtes.¹⁵²

In den Tageszeitungen wurde, abgesehen von Ankündigungen und Berichten über landwirtschaftliche Ausstellungen, selten über die internen Angelegenheiten der Bezirksvereine berichtet. Über die

¹⁵⁰ Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1867, S. 1194 f.

¹⁵¹ Die „Verhandlungen“ sollten der Öffentlichkeit, gerade den Vereinsmitgliedern, weiterhin nicht vorenthalten werden, sondern „nach und nach erscheinend und schließlich ein zusammenhängendes Ganze liefernd, publiziert werden“. In dieser Richtung war nichts auffindbar. Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1867, S. 1199.

¹⁵² Wiener Zeitung vom 3.7.1877, S. 10.

Versammlungen der Landwirtschaftsgesellschaft finden sich jedoch immer wieder Nachrichten, sodass wir hier nicht allein auf die Berichterstattung der Vereinszeitschrift angewiesen sind. So finden sich noch etwas länger Belege für Karl Wilhelms Teilnahme an den Versammlungen der Landwirtschaftsgesellschaft. Die letzte auffindbare Erwähnung stammt aus dem Jahr 1871.¹⁵³ Seit den 1870er Jahren gibt es endgültig kaum noch Nachrichten über Unternehmungen Karl Wilhelms im landwirtschaftlichen Bereich.

Die wenigen Erwähnungen in den Tageszeitungen berichten uns etwa von seiner Bereiterklärung 1874 und 1875, landwirtschaftliche Schüler auf seinem Gut Schallaburg aufzunehmen, um diesen die Möglichkeit zu bieten, sich auf den Besuch landwirtschaftlicher Lehranstalten vorzubereiten,¹⁵⁴ oder von seinen Beiträgen zu den Preisgeldern für die landwirtschaftliche Ausstellung – ganz ähnlich wie in den 1860er Jahren – in St. Pölten 1880¹⁵⁵ und die Pferdeschau in St. Pölten 1884.¹⁵⁶

Eine weitere Erklärung könnte eine Auseinandersetzung darstellen, die sich Ende 1869 hinter den Kulissen der Vereinszeitschrift zutrug: Diese hatte einen Artikel über die Reform der Jagdgesetze veröffentlicht, welcher die Aufhebung der Jagdrechte auf fremdem Grund und Boden befürwortete und für jeden Eigentümer das Recht verlangte, auf seinem Grund jede Gattung von Wild zu jagen. Karl Wilhelm, selbst Jagdfreund, zeigte sich offenbar wegen dieses Artikels derart empört, dass er vom Zentralausschuss der Landwirtschaftsgesellschaft die Absetzung des Redakteurs Hitschmann forderte.

Die Tageszeitung „Die Presse“ war ihm nicht besonders wohlgesonnen. Sie kritisierte, dass der „Baron Tinti, welcher durch die starke Entwicklung seines Selbstbewußtseins und seiner Selbstachtung seit Jahren den Witzblättern einen dankbaren Stoff“ abgebe,¹⁵⁷ dies ohne sachliche Begründung und aus persönlicher Voreingenommenheit getan habe.¹⁵⁸ Laut „Presse“ drohte er, falls es nicht zur Entlassung komme, seine Kollegen zum Austritt aus der Gesellschaft aufzufordern. Der Zentralausschuss überlegte sogar, die Herausgabe der Zeitschrift einzustellen, und übertrug sie schließlich Hitschmann ins Eigentum. Er gab sie ab 1870 als von der Gesellschaft unabhängige Zeitschrift heraus.¹⁵⁹

Auch diese Auseinandersetzung könnte ein Grund dafür sein, dass sich in der „Wiener Landwirtschaftlichen Zeitung“ keine Nachrichten mehr über Karl Wilhelm finden. 1877 erscheint er jedenfalls immer noch als Mitglied der Gesellschaft.¹⁶⁰ Erstaunlich ist dennoch, dass Karl Wilhelm selbst

¹⁵³ Nach Suche in den derzeit mit Volltextsuchfunktion versehenen Zeitungen der Österreichischen Nationalbibliothek.

¹⁵⁴ Neues Fremden-Blatt vom 4.11.1874, S. 5; Die Presse vom 7.9.1875, S. 9.

¹⁵⁵ Die Presse vom 10.6.1880, S. 10.

¹⁵⁶ Die Presse vom 7.6.1884, S. 4 (Abendblatt).

¹⁵⁷ Näheres dazu im Kapitel 4.4 Der Politiker.

¹⁵⁸ Die Presse vom 14.12.1869, S. 15.

¹⁵⁹ Hitschmann, Hugo Heinrich. In: Österreichisches Biographisches Lexikon; Die Presse vom 17.12.1869, S. 16.

¹⁶⁰ Wiener Zeitung vom 18.3.1877, S. 3.

bei seinem Tod 1884 in der Vereinszeitschrift nur mit einem äußerst knappen Nachruf gewürdigt wurde.¹⁶¹

Es scheint also, dass Karl Wilhelm sich gegen Ende der 1860er, spätestens Anfang der 1870er Jahre, aus dem landwirtschaftlichen Vereinswesen zurückgezogen hat. Die letzten Belege für sein Engagement für den Bezirksverein Melk stammen aus dem Jahr 1867. Die Erwähnungen Karl Wilhelms in den späten 1860er Jahren im Zusammenhang mit der Landwirtschaft beziehen sich großteils nur noch auf seine diesbezügliche Arbeit im Reichsrat. Der letzte landwirtschaftliche Artikel Karl Wilhelms für die Vereinszeitschrift war dagegen schon 1865 erschienen.¹⁶² Dadurch fehlen auch Informationen darüber, wie und mit wie viel persönlichem Einsatz er künftig seine eigene Gutswirtschaft führte. Über seine Teilnahme an den Versammlungen der Landwirtschaftsgesellschaft lesen wir noch bis zum Beginn der 1870er Jahre. Da die Tageszeitungen jedoch weiterhin relativ gut verfolgbar über diese Versammlungen berichten und er dennoch seitdem nicht mehr erwähnt wird, ist anzunehmen, dass er in der Gesellschaft nun weniger oder gar nicht mehr präsent war. Es ist denkbar, dass Karl Wilhelm die Arbeit für die landwirtschaftlichen Organisationen zurückstellte, um sich intensiver der Politik, dem Unternehmertum und dem Patriotischen Hilfsverein widmen zu können.

4.3 Der Patriot und Menschenfreund

4.3.1 Die Anfänge der Rotkreuz-Bewegung

Die Rotkreuz-Bewegung hat ihren Ursprung in der Hilfe für verwundete Soldaten im Krieg. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts bildeten sich in diesem Sinne erstmals nationale Hilfsorganisationen. Bedeutend ist das Wirken Henry Dunants bei der Entstehung des Roten Kreuzes. Dieser wurde 1859 Augenzeuge der Schlacht von Solferino, jener für das Kaisertum Österreich verheerenden Schlacht im Laufe des Sardinischen Krieges, die tausende Tote und rund 40.000 Verwundete forderte. Dunant erkannte die völlig unzureichende medizinische Versorgung der verwundeten Soldaten und versuchte so, mithilfe von Frauen, Mädchen und Priestern der Umgebung, wenigstens einen Teil der Verwundeten notdürftig zu versorgen. 1863 veröffentlichte er sein viel beachtetes Buch „Eine Erinnerung an Solferino“, in dem er ein fast völliges Versagen der Sanitätsdienste der Heere feststellt, und im Schlusswort zur Bildung von freiwilligen Hilfsorganisationen aufruft, die im Kriegsfall von den Konfliktparteien anerkannt und durch einen entsprechenden internationalen Vertrag geschützt

¹⁶¹ Wiener Landwirtschaftliche Zeitung, Jg. 1884, Seite 548.

¹⁶² Karl Wilhelm erscheint nicht mehr in den Autorenregistern der Vereinszeitschrift; allerdings ist für die Jahre 1868, 1873 und 1878 kein Register vorhanden, und jenes für 1869 ist unvollständig. Ab 1880 gibt es ebenfalls keine Autorenregister mehr, jedoch wird Karl Wilhelm auch in den Rubriken Personalnachrichten, Biographien u.ä. nicht erwähnt.

werden sollten. Gemeinsam mit General Guillaume-Henri Dufour, Gustave Moynier, Dr. Louis Appia und Dr. Theodore Maunoir gründete er das „Genfer Hilfscomite für verwundete Krieger“, das zu einem internationalen Kongress in Genf anregte, auf dem die Grundlagen des noch im Jahr 1863 gegründeten Internationalen Komitees des Roten Kreuzes beschlossen wurden. Das „Genfer Hilfscomite“ setzte sich für den Abschluss eines internationalen Übereinkommens ein.¹⁶³ An diesen ersten Vorberatungen für eine internationale Konvention nahm auch eine österreichische Delegation teil.¹⁶⁴ Am 22. August 1864 wurde die erste Genfer Konvention unterzeichnet (Österreich sollte erst 1866 beitreten). Das Abkommen verpflichtet zur Anerkennung der freiwilligen Hilfstätigkeit, zur Hilfe für verwundete Soldaten auch des Gegners und zum internationalen Schutz des Sanitätsdienstes. Die erste Genfer Konvention stellt einen bedeutenden Fortschritt in der Entwicklung des Völkerrechts dar und sollte die Grundlage für die Tätigkeit der Hilfsgesellschaften unter dem Roten Kreuz bilden.¹⁶⁵

4.3.2 Der Österreichische Patriotische Hilfsverein

Im Zweiten Weltkrieg wurden die Archivalien und Aufzeichnungen des Österreichischen Roten Kreuzes fast vollständig vernichtet. Dennoch ist es gelungen, eine Geschichte dieser Organisation zu erarbeiten.¹⁶⁶ Das Österreichische Rote Kreuz wurde 1880 gegründet. Karl Wilhelm Freiherr von Tinti war als dessen erster Präsident an seiner Gründung, aber auch an der Entstehung seines Vorgängers, des Patriotischen Hilfsvereins, maßgeblich beteiligt. Im Folgenden soll auf die Rolle eingegangen werden, die Karl Wilhelm bei der Entwicklung des Österreichischen Roten Kreuzes und des Patriotischen Hilfsvereins spielte.

In Österreich wurde nahezu zeitgleich mit der Schweiz der Gedanke einer organisierten humanitären Hilfstätigkeit aufgegriffen.¹⁶⁷ In Wien und in den Kronländern wurden Hilfsvereine zur Pflege verwundeter Soldaten gegründet, die bereits ganz im Sinn der Intentionen des Roten Kreuzes wirkten und deshalb als Vorgänger der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz gesehen werden können.

Am 28. April 1859 wurde als deren bedeutendster in Wien der „Österreichische Patriotische Hilfsverein während der Kriegsdauer“ gegründet. Zur selben Zeit begann der Sardinische Krieg zwischen Österreich und dem Königreich Sardinien und dessen Verbündetem Frankreich. Zum Präsidenten des

¹⁶³ Walter *Vilt*, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz von den Anfängen bis in die Gegenwart (Diss., Wien 1981) S. 12 ff.

¹⁶⁴ Archiv des Österreichischen Roten Kreuzes, Mappe Geschichte ÖRK (Hickmann), maschinschriftliches Manuskript, S. 19.

¹⁶⁵ *Vilt*, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, S. 14 f.

¹⁶⁶ Walter *Vilt*, Aus der Geschichte des Österreichischen Roten Kreuzes (Wien 1985).

¹⁶⁷ AÖRK, Mappe Geschichte ÖRK, S. 19.

Vereines wurde Joseph Fürst Colloredo-Mannsfeld, zum Vizepräsidenten Ludwig Graf von Breda, Karl Gundacker Ritter von Suttner, Leopold Ritter von Neuwall und Karl Wilhelm Freiherr von Tinti gewählt. Welchen Anteil Karl Wilhelm genau bei der Entstehung des Vereines (und auch bei dessen folgenden Neugründungen) hatte, lässt sich kaum mehr erschließen. Zwei erhaltene Publikationen aus den letzten Jahren der Monarchie geben als Gründer des Patriotischen Hilfsvereines den Fürsten Colloredo-Mannsfeld, einen Herrn von Neuwirth und den damaligen Wiener Bürgermeister, Johann Kaspar Ritter von Seiller, an.¹⁶⁸ Karl Wilhelm war jedoch ebenfalls in irgendeiner Form an der Gründung beteiligt. Er war einer jener 19 Männer, die die Bittschrift an den Kaiser Franz Joseph um Erlaubnis, den Verein zu gründen, unterzeichnet hatten.¹⁶⁹

Der Patriotische Hilfsverein sandte im Frühling hunderte Pakete mit Verbandsmaterial, Wäsche und Lebensmitteln an die Armee auf dem italienischen Kriegsschauplatz. Die österreichischen Behörden gewährten dem Verein weitgehende Gebühren-, Post- und Portofreiheit, Eisenbahn und Dampfschiffe verzichteten auf Frachtgebühren. Außerdem wurden in Wien Notspitäler zur Aufnahme verwundeter und kranker Soldaten errichtet. Der Hilfsverein verfügte noch nicht über eigenes Pflegepersonal und konzentrierte sich auf die Aufbringung von Mitteln für Verbands- und Bettzeug, Wäsche und Verpflegung der Kranken und Verwundeten. Ermöglicht wurde dies durch die Unterstützung des Vereins durch die österreichische Bevölkerung und die Gemeinden mit umfangreichen Geld- und Sachspenden.¹⁷⁰

Der Verein sollte für die Dauer des Krieges tätig bleiben; er wurde daher nach dessen Ende wieder aufgelöst. Anlässlich des Deutsch-Dänischen Krieges 1864 wurde der Verein erneut ins Leben gerufen. Einer der Vizepräsidenten war wieder Karl Wilhelm.¹⁷¹ Einem Aufruf zur Bildung von Zweigvereinen folgend, konstituierten sich in zahlreichen Kronländern der Monarchie Landes- und Frauenhilfsvereine.¹⁷² Vom 8. Februar bis 10. August 1864 verzeichnete der Patriotische Hilfsverein in Wien 137.987,47 Gulden an Einnahmen, wovon ein Teil für Hilfsgütersendungen mit Verbandsmaterial, Wäsche und „Labemittel“ verwendet wurde. Es wurde beschlossen, den übrig

¹⁶⁸ AÖRK, Rudolf *Graf von Abensperg und Traun*, Freiwillige Sanitätspflege. In: Die Tätigkeit der österr. Gesellschaft vom Roten Kreuz im Weltkriege 1914–1916. Separatabdruck aus „Viribus unitis“ Österreich-Ungarn und der Weltkrieg (Wien 1916), S. 3; AÖRK, Gründung des Roten Kreuzes. Speziell Entstehung, Ausgestaltung, Vermögens- und Wertverhältnisse und die bisherigen Leistungen des österreichischen Roten Kreuzes im Krieg und Frieden. Vergleich mit dem Roten Kreuze anderer Länder. Sonderabdruck aus: Das Rote Kreuz. Offizielles Organ der unter Allerhöchstem Protektorate stehenden Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze Nr 1 (1912), S. 2.

¹⁶⁹ Morgen-Post vom 30.4.1859, S. 6.

¹⁷⁰ Vilt, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, S. 16.

¹⁷¹ Vilt, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, S. 34; Das Vaterland vom 11.2.1864, S. 3.

¹⁷² Vilt, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, S. 18; AÖRK, *Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuze*, Gedenkschrift. Herausgegeben anlässlich des fünfzigjährigen Bestandes der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze 1880–1930 (Wien 1930), S. 1.

gebliebenen (und größeren) Teil des Geldes für Stiftungen für das Heer zu verwenden beziehungsweise dem Kriegsministerium zur Verwaltung und Verteilung zu übergeben. Mit dieser Verfügung löste sich der Patriotische Hilfsverein erneut auf.¹⁷³

Am Beginn des Österreichisch-Deutschen Krieges 1866 wurde der Verein „in besonderer Weise durch die Tätigkeit des Freiherrn Karl von Tinti“¹⁷⁴ ein drittes Mal neu gegründet; wieder zählte Karl Wilhelm zu den Vizepräsidenten. Die hohen Verluste dieses Krieges, insbesondere auch bei der Schlacht von Königgrätz, stellten den Verein vor große Herausforderungen, als in Wien Tag und Nacht Verwundetenzüge ankamen.¹⁷⁵ Gleich nach der Gründung schickte der Verein Hilfsgüter in die Kriegsgebiete. Es gelang jedoch nicht, die Hilfssendungen direkt an den Kriegsschauplatz zu transportieren, da Österreich im Gegensatz zu Preußen und Italien der Genfer Konvention noch nicht beigetreten war.

Der Patriotische Hilfsverein hatte bereits 1864 ein Komitee gebildet, dessen Aufgabe es gewesen war, mit dem Genfer Internationalen Komitee in Verbindung zu treten und die Idee der Genfer Konvention auch in Österreich zu befördern. Karl Wilhelm war Teil dieses Komitees.¹⁷⁶ Das Kriegsministerium stand einem Beitritt zur Genfer Konvention zunächst jedoch misstrauisch gegenüber, da es einige Punkte als mit den militärischen Interessen Österreichs nicht vereinbar ansah. Man befürchtete, dass durch die Neutralisierung der Sanitätsdienste der Spionage Vorschub geleistet werden könnte. Es gibt die Hypothese, der Patriotische Hilfsverein habe mit einer Denkschrift an den Kaiser zum Beitritt zur Genfer Konvention nach Ende des Krieges wesentlich beigetragen.¹⁷⁷

Karl Wilhelm war von der Notwendigkeit eines Beitrittes zur Genfer Konvention überzeugt, hatte doch der Krieg gegen Preußen verheerende Folgen gehabt, auch für das Schicksal der verwundeten Soldaten. Die erste Betreuung auf dem Kriegsschauplatz war vielfach unterblieben, weil die Sanitäter mit Rücksicht darauf, dass Österreich der Genfer Konvention noch nicht beigetreten war, es vorzogen, sich mit dem beginnenden Rückzug der eigenen Truppen ebenfalls zurückzuziehen, um nicht in feindliche Gefangenschaft zu geraten.¹⁷⁸ Es war zwar am 25. beziehungsweise 27. Juni 1866 ein preußisch-österreichisches Abkommen über interne Einhaltung der Genfer humanitären Grundsätze

¹⁷³ Vilt, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, S. 19.

¹⁷⁴ AÖRK, *Landesverein vom Roten Kreuze für Vorarlberg*, Das Rote Kreuz. Sein Wirken einst und heute (Feldkriech 1932), S. 8.

¹⁷⁵ AÖRK, Mapped Geschichte ÖRK, S. 19.

¹⁷⁶ Neue Freie Presse vom 7.5.1867, S. 16.

¹⁷⁷ Renate Schulze, Entstehung und Entwicklung der Genfer Konvention im Rahmen der internationalen Politik 1863 – 1906 (Diss., Hamburg 1973), S. 64.

¹⁷⁸ AÖRK, Mapped Geschichte ÖRK, S. 26, zit. Nach Salomon Kirchenberger, Geschichte des k.u.k. österreichisch-ungarischen Militär-Sanitätswesens (Wien 1895), o. Seitenangabe.

über den Schutz der Krankenanstalten und des Sanitätspersonals zustande gekommen; dieses war aber offenbar von österreichischer Seite nicht oder nur ungenügend verlautbart worden.¹⁷⁹

Angesichts des Ernstes der Lage im Juni 1866 wandte sich Karl Wilhelm gemeinsam mit dem Regierungsrat von Arneth (vermutlich Alfred von Arneth) und Dr. Schlesinger an das Ministerium des Äußeren und das Kriegsministerium, um sich für den Beitritt zur Genfer Konvention einzusetzen. Davon berichten mehrere Zeitungen am 20. Juli.¹⁸⁰ Da der Beitritt Österreichs zur Genfer Konvention am 21.7.1866 erfolgte, ist durchaus denkbar, dass diese Bemühungen einen Anteil an dessen Zustandekommen hatten.

Diesmal wurde der Verein nach Kriegsende in einen bleibenden umgewandelt, wobei Karl Wilhelm laut den erhaltenen Quellen eine wichtige Rolle spielte. Maßgebend für diesen Schritt war sicherlich die Absicht, schon in Friedenszeiten die Vorbereitungen für einen eventuellen neuerlichen Kriegsfall treffen zu können,¹⁸¹ aber auch der Beitritt Österreichs zur Genfer Konvention. Der Verein, dessen Statuten Karl Wilhelm ausgearbeitet hat,¹⁸² bekannte sich in allen Punkten zu den Prinzipien des Roten Kreuzes. Zudem wurde beschlossen, die Geldmittel in Fonds anzulegen, um bleibend Erwerbsunfähige sowie Witwen und Waisen von Gefallenen durch jährliche Beiträge zu unterstützen. Von nun an hatte der Verein die Verpflichtung, auch den feindlichen Verwundeten die gleiche Versorgung angedeihen zu lassen und auch bei einem Krieg zwischen fremden Mächten Unterstützung an Geld und Material zu senden. Erzherzog Albrecht übernahm das Protektorat des Vereines.

Karl Wilhelm war also von Anfang an bei der Gründung und Entwicklung des Patriotischen Hilfsvereins beteiligt. Dieser war nie das Werk eines Mannes allein, sondern entstand aus der Zusammenarbeit mehrerer, wobei sich heute die genaue Rolle jedes einzelnen Mitwirkenden nicht mehr nachvollziehen lässt. Die erhaltenen Quellen aus den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts, die die Anfänge der Organisation nachzeichnen, nennen, außer für den ersten Hilfsverein 1859, im Zusammenhang mit der Entstehung jedenfalls fast ausschließlich nur den Namen Karl Wilhelms und schreiben ihm offensichtlich den größten Anteil an der Entwicklung des Vereins zu. Besonders hervorgehoben wird dabei meist Karl Wilhelms Verdienst um die Umwandlung des Vereins in einen bleibenden und die Entstehung des Österreichischen Roten Kreuzes.

¹⁷⁹ AÖRK, Mappe Geschichte ÖRK, S. 26 f.

¹⁸⁰ Neues Fremden-Blatt, 20.7.1866, S. 3; Die Debatte, 20.7.1866, S. 2, u.a.

¹⁸¹ AÖRK, Protokoll der 50. Generalversammlung des Patriotischen Hilfsvereines vom Roten Kreuze für Niederösterreich im großen Festsale des Industriehauses zu Wien am 4. Juli 1917 (Wien 1917), S. 9.

¹⁸² AÖRK, *Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuze*, Gedenkschrift, S. 2.

4.3.3 Die Gründung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz



Abbildung 4: Wappen der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze. Online bei: https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreichisches_Rotes_Kreuz#/media/File:%C3%96sterreichische_Gesellschaft_vom_Rothen_Kreuze_Wappen.png, abgerufen am 11.7.2018.

Die verschiedenen Landes- und Frauenhilfsvereine, die im Laufe der 1860er und 1870er Jahre ins Leben gerufen wurden, wirkten neben dem Österreichischen Patriotischen Hilfsverein großteils als selbständige Vereine. Gerade auch bei der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina 1878 zeigte sich, wie wenig deren Hilfsmaßnahmen koordiniert waren.¹⁸³ Man war deshalb bestrebt, alle diese Vereine in einer übergeordneten Organisation mit einer zentralen Leitung zusammenzufassen. Karl Wilhelm kritisierte bereits 1870 in einem Brief an die Redaktion der „Neuen Freien Presse“ die Zersplitterung des Hilfsvereinswesens und forderte, dass der ausgebrochene Deutsch-Französische Krieg „den Anlaß bieten“ möge, „um endlich auch in Österreich das Hilfsvereinswesen zu organisieren“ und einen „Verband [...] des gesammten Hilfsvereinswesens in Österreich“ zu schaffen.¹⁸⁴

Bei der Einigung der Hilfsvereine zur Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz zehn Jahre später dürfte Karl Wilhelm eine zentrale Rolle gespielt haben. Publikationen des Österreichischen Roten Kreuzes aus den 1910er bis 1940er Jahren¹⁸⁵ schreiben ihm den größten Verdienst um die Einigung zu beziehungsweise nennen ihn den „eigentlichen Schöpfer der Gesellschaft“.¹⁸⁶ Als „unermüdlicher

¹⁸³ Heinz *Flamm*, Das Österreichische Rote Kreuz und österreichische Bakteriologen in den Balkankriegen 1912/13 – Zentennium des ersten Einsatzes der Bakteriologie auf Kriegsschauplätzen. In: Wiener Medizinische Wochenschrift 162/7–8 (2012), S. 133.

¹⁸⁴ Neue Freie Presse vom 2.8.1870, S. 8.

¹⁸⁵ Ältere zum Thema sind nicht erhalten.

¹⁸⁶ AÖRK, *Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuze*, Gedenkschrift, S. 1; AÖRK, Landesverein vom Roten Kreuze für Vorarlberg, S. 8; Hans Gustl *Kernmayr*, Die Waffenlose Macht. Werden und Wirken des Roten Kreuzes in aller Welt (Passau 1953), S. 274–275.

Prediger und Organisator“ habe er eine Breitenentwicklung nur in der Zusammenfassung aller Hilfsvereine der Monarchie gesehen.¹⁸⁷ Auf Aufforderung des Landesverteidigungsministers Freiherr von Horst hin, mit dem Karl Wilhelm auch eine persönliche Freundschaft verband,¹⁸⁸ ging die Vereinsleitung des Österreichischen Patriotischen Hilfsvereins, an der Spitze vor allem Karl Wilhelm als Vizepräsident, daran, einen Entwurf für die Organisation und Tätigkeit des Hilfsvereinswesens zur Pflege und Unterstützung von verwundeten und kranken Soldaten auszuarbeiten. Diesen Entwurf unter dem Namen „Grundsätze für die Organisation und Tätigkeit des Hilfsvereinswesens in Österreich“ formulierte er in der Originalfassung.¹⁸⁹

Laut den schon erwähnten Publikationen des Roten Kreuzes war er es auch, dem es im Mai 1879 gelang, eine Enqueteversammlung in Wien zustande zu bringen, an der Vertreter aller österreichischen Landes- und Frauenhilfsvereine und der zuständigen Ministerien teilnahmen.¹⁹⁰ Hier wurde der Entwurf der „Grundsätze“, dem auch die k.k. Regierung bei der Enqueteversammlung beigetreten war, einstimmig angenommen. Daraufhin wurde der Beschluss gefasst, einen Bund aller österreichischen Hilfsvereine unter dem Titel „Österreichische Gesellschaft vom Rothen Kreuze“ zu bilden. Laut der von Karl Wilhelm ausgearbeiteten „Grundsätze“ sollte ein gemeinsames Präsidium eingerichtet, zur Erfüllung der Hauptaufgabe des Hilfsvereinswesens ein Zentralfonds geschaffen und ein mit der Kriegsverwaltung vereinbartes einheitliches Programm angenommen werden.¹⁹¹ All dies resultierte aus der Überzeugung, dass die staatliche Tätigkeit allein niemals ausreichen könnte, um die Opfer eines Krieges ausreichend zu versorgen, und daher die organisierte freiwillige und von der Bevölkerung unterstützte humanitäre Hilfe unumgänglich sei.¹⁹²

Die definitive Konstituierung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz erfolgte unter Vorsitz des Ministerpräsidenten Eduard Graf Taaffe in der ersten Bundesversammlung der Gesellschaft am 14. März 1880.¹⁹³ Bei dieser wurde Karl Wilhelm zum Präsidenten gewählt. Das Kaiserpaar übernahm das Protektorat über die Gesellschaft, wodurch sie eine angesehene Position im Staatsverband einnahm, aber auch ein gewisser wirtschaftlicher Rückhalt geboten war.¹⁹⁴ Bis 1896 war sie im ersten Wiener Gemeindebezirk in der Herrengasse untergebracht.¹⁹⁵ Der aus dem Patriotischen Hilfsverein

¹⁸⁷ Ebda.

¹⁸⁸ Österreichisches Staatsarchiv, Nachlaß des Ministers Julius von Horst, Karton 2, Korrespondenzen 1850.1904, Briefwechsel Karl Wilhelm Freiherr von Tinti mit Julius Freiherr von Horst.

¹⁸⁹ Vilt, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, S. 25, S. 34.

¹⁹⁰ AÖRK, *Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuze*, Gedenkschrift, S. 3; Kernmayr, Die Waffenlose Macht, S. 274; AÖRK, *Landesverein vom Roten Kreuze für Vorarlberg*, Das Rote Kreuz, S. 8.

¹⁹¹ Vilt, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, S. 26.

¹⁹² AÖRK, Gründung des Roten Kreuzes. Speziell Entstehung, Ausgestaltung, Vermögens- und Wertverhältnisse, S. 3.

¹⁹³ Vilt, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, S. 27.

¹⁹⁴ Vilt, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, S. 28.

¹⁹⁵ Vilt, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, S. 36.

hervorgegangene „Landeshilfsverein vom Roten Kreuze für Niederösterreich“ übernahm die Führung der Gesellschaft und widmete dem neu geschaffenen Zentralfonds einen beträchtlichen Teil seines Vermögens.¹⁹⁶

Dem Präsidenten, der die Gesellschaft mit Hilfe des Bundesausschusses leitete, standen die Einberufung der Bundesversammlung und die Zuteilung der Aufgaben an die verschiedenen Referate des Exekutivkomitees oder einzelne Mitarbeiter zu. Er ordnete die Sitzungen der Bundesleitung und des Exekutivkomitees an und leitete die Verhandlungen. Im Kriegsfall sollte der Präsident als k.k. Kommissär für das österreichische Hilfsvereinswesen fungieren und hatte in dieser Funktion den Generalinspektor der freiwilligen Sanitätspflege zu unterstützen.¹⁹⁷ Karl Wilhelm bekleidete das Amt des Präsidenten bis zu seinem Tod im Jahr 1884.

Eine von Karl Wilhelms letzten Errungenschaften war die Schaffung einer Vereinszeitschrift für die Gesellschaft, die den Namen „Das Rote Kreuz“ trug. Das Erscheinen der Zeitschrift erlebte er allerdings nicht mehr, denn die erste Nummer kam erst am 1. September 1884 heraus.¹⁹⁸

4.3.4 Der Patriot und Menschenfreund

Karl Wilhelm nahm also seit 1859 stets eine bedeutende Position in der organisierten humanitären Hilfe in Österreich ein. Neben seiner Arbeit an deren Weiterentwicklung und verschiedenen Projekten führte er als Vizepräsident des Patriotischen Hilfsvereins oft den Vorsitz bei Versammlungen oder übernahm die Führung bei wichtigen Anlässen und Empfängen (bis hin zur Audienz beim Kaiser). Nicht nur nach innen, sondern auch nach außen hatte er eine repräsentative Stellung. In einem Artikel für die „Neue Freie Presse“ bezeichnet er etwa 1870 „die allgemeine Verbreitung, die geregelte Organisation, die offiziell anerkannte Neutralität des Hilfsvereinswesens im Kriege“ als „eine[n] der schönsten Triumphe der Humanität“, nennt die Tätigkeit der Hilfsvereine gar „de[n] einzigen Lichtpunkt in einer Zeit des durch Zerstörungsmaschinen aller Art vervollkommneten Massenmordes“.¹⁹⁹ In den späteren Publikationen des Österreichischen Roten Kreuzes über die eigene Geschichte wie auch in den zeitgenössischen Zeitungen wird das Wirken Karl Wilhelms für die Entwicklung und Arbeit der Organisation durchwegs gelobt.

¹⁹⁶ AÖRK, *Landesverein vom Roten Kreuze für Vorarlberg*, Das Rote Kreuz, S. 8 f.; AÖRK, *Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuze*, Gedenkschrift, S. 3.

¹⁹⁷ *Vilt*, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz, S. 33.

¹⁹⁸ AÖRK, *Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuze*, Gedenkschrift, S. 4.

¹⁹⁹ Neue Freie Presse vom 2.8.1870, S. 8.

Für seine Verdienste um den Patriotischen Hilfsverein und das Rote Kreuz erhielt Karl Wilhelm eine Reihe von Auszeichnungen. 1859 wurde ihm das Ritterkreuz des Leopoldordens verliehen.²⁰⁰ Für seine Tätigkeit beim Feldzug gegen Dänemark 1864 erhielt er sogar den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse und den Roten Adlerorden von Preußen.²⁰¹ 1866 erhielt er das Komturkreuz des Franz-Joseph-Ordens,²⁰² 1867 bei einer Preisverteilung für Hilfsvereine in Paris eine goldene Medaille,²⁰³ vermutlich im selben Jahr das Komturkreuz erster Klasse des sächsischen Albrechts-Ordens,²⁰⁴ anlässlich seines Wirkens bei der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina 1878 das Großkreuz des Franz-Joseph-Ordens,²⁰⁵ 1882 das Marianer-Kreuz, 1883 das Marianer-Halskreuz.²⁰⁶ In Anerkennung seiner Verdienste um die Gründung und Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze verlieh ihm der Kaiser 1882 schließlich die Würde eines Geheimen Rates.²⁰⁷

Auch neben seiner Arbeit für die Entwicklung der Organisation zeigte sich Karl Wilhelm um die finanzielle Unterstützung von Bedürftigen bemüht. Als freiwillige humanitäre Hilfsorganisation war der Patriotische Hilfsverein beziehungsweise das Rote Kreuz auf die Unterstützung durch die Gesellschaft angewiesen und verfügte auch über großen Rückhalt in der Bevölkerung. Karl Wilhelm ging durch regelmäßige Geld- und Sachspenden selbst mit gutem Beispiel voran.²⁰⁸ Besonders großzügig zeigte er sich etwa im Mai 1859, neben der Zusicherung eines monatlichen Beitrages von 50 Gulden, mit der Spende von 1.000 Gulden in Metall-Obligationen.²⁰⁹ Im Sommer 1866 spendete er noch einmal 1.000 Gulden in Obligationen für eine Stiftung für invalide Offiziere.²¹⁰

Aber auch darüber hinaus präsentierte er sich durch großzügige Spenden als Menschenfreund. In der lokalen Sphäre erscheint er im Bezirk Melk in den 1850er und 60er Jahren regelmäßig als Förderer des Schulwesens, etwa durch finanzielle Beiträge für arme Schüler.²¹¹ Auch für die Opfer von Unglücksfällen spendete Karl Wilhelm regelmäßig,²¹² 1870 leitete er im Abgeordnetenhaus des Reichsrats sogar eine Sammlung für verunglückte Arbeiter ein, woraufhin er dem Wiener Bürgermeister 550 Gulden als Ergebnis der Kollekte überreichen konnte.²¹³

²⁰⁰ Wiener Zeitung vom 27.10.1859, S. 1.

²⁰¹ Neue Freie Presse vom 28.6.1866, S. 4; Fremden-Blatt vom 20.9.1866, S. 4.

²⁰² Fremden-Blatt vom 6.12.1866, S. 23.

²⁰³ Die Debatte vom 12.9.1867, S. 2.

²⁰⁴ Wiener Zeitung vom 3.3.1867, S. 1.

²⁰⁵ Das Vaterland vom 9.6.1879, S. 2.

²⁰⁶ Wiener Zeitung vom 23.1.1883, S. 2.

²⁰⁷ Das Vaterland vom 5.7.1882, S. 5.

²⁰⁸ Zeitungen berichten von Spenden hauptsächlich in den 1860er Jahren.

²⁰⁹ Wiener Zeitung vom 7.5.1859, S. 2.

²¹⁰ Wiener Zeitung vom 20.6.1866, S. 4.

²¹¹ Wiener Zeitung vom 19.1.1854, S. 17, u.a.

²¹² Wiener Zeitung vom 21.2.1862, S. 1; Neue Freie Presse vom 17.2.1871, S. 7; Neue Freie Presse vom 27.9.1872, S. 5, u.a.

²¹³ Neue Freie Presse vom 9.4.1870, S. 23.

Beim Patriotischen Hilfsverein und beim Roten Kreuz zeigte Karl Wilhelm, wie auch viele seiner Kollegen, persönlichen Einsatz und Nähe zur Organisation und zum Menschen. Etwa im Sommer 1864, zur Zeit des Feldzugs gegen Dänemark, wurde am Nordbahnhof ein Zug mit Verwundeten von einer Gesellschaft empfangen, an der neben zahlreichen Offizieren auch Karl Wilhelm an der Spitze des Patriotischen Hilfsvereins teilnahm. Auch im Sommer 1866 wurde den hunderten ankommenden verwundeten Soldaten ein feierlicher Empfang bereitet, an dem neben Ärzten Mitglieder des patriotischen Hilfsvereins, darunter Karl Wilhelm, mitwirkten. Laut Zeitungsberichten „sorgten [sie] für die Verwundeten in der aufopferndsten Weise“,²¹⁴ Karl Wilhelm und seine Kollegen entwickelten „seltene Umsicht und hingebenden Eifer“²¹⁵ bei der ersten Pflege und Versorgung der verwundeten Soldaten, und „keinem war eine Arbeit zu fremd, keinem zu mühsam“.²¹⁶ Karl Wilhelm nahm auch Verwundete zu sich auf die Schallaburg in Pflege, wo diese sich „der aufmerksamsten Behandlung“ erfreuten wie auch der Gelegenheit, Spaziergänge durch den „geräumige[n] Schlossgarten, reich an Obstbäumen“ in den waldartigen Alleen zu unternehmen.²¹⁷ Zusammen mit dem Statthalter Graf Chorinsky besuchte er im August ein für verwundete Soldaten errichtetes Spital, wo er „längere Zeit mit großer Theilnahme an den Krankenbetten verweilte“.²¹⁸ Auch seine Stellung als Abgeordneter nutzte er, um für die Opfer der Kriege einzutreten, etwa als er 1869 (erfolglos) forderte, dass alle Witwen und Waisen von Soldaten die gleiche Unterstützung erhalten sollten, egal, der Soldat unmittelbar am Kriegsschauplatz oder später an den Folgen des Krieges starb.²¹⁹

Karl Wilhelm trat als Menschenfreund und gleichzeitig als Patriot auf. Seine Arbeit für die Hilfsorganisationen ermöglichte es ihm, diese Haltung öffentlichkeitswirksam zu vertreten. Er war auch Protektor beziehungsweise Ehrenmitglied bei mehreren Veteranenvereinen.²²⁰ Symbolisch zeigt sich sein patriotisches Selbstverständnis vor allem, als er beim Ausbruch des Deutschen Krieges 1866 den preußischen Roten Adlerorden, den er vom König 1864 erhalten hatte, und den Kronenorden wieder nach Preußen zurückschickte.²²¹ Im Zeitalter des Nationalismus handelte Karl Wilhelm als unermüdlicher Vorkämpfer der freiwilligen, organisierten Hilfe für Kriegsverwundete im Sinne der Humanität, diente damit aber auch dem Staat. So trug er zu seinem Ansehen bei, ebenso wie durch seine Bemühungen mittels Spenden und Förderung auf lokaler Ebene.

²¹⁴ Neues Fremden-Blatt vom 30.6.1866, S. 16.

²¹⁵ Die Debatte vom 1.7.1866, S. 2.

²¹⁶ Wiener Zeitung vom 30.6.1866, S. 6.

²¹⁷ Das Vaterland vom 7.8.1866, S. 3.

²¹⁸ Neues Fremden-Blatt vom 24.8.1866, S. 4.

²¹⁹ Das Vaterland vom 18.3.1869, S. 2.

²²⁰ Deutsche Zeitung vom 1.9.1873, S. 1.

²²¹ Fremden-Blatt vom 20.9.1866, S. 4; Die Presse vom 23.8.1884, S. 9.

4.4 Der Politiker

Gerade für Karl Wilhelms Arbeit als Politiker liefern die Tageszeitungen einen aufgrund der Fülle schwer überschaubaren Quellenfundus. Es soll zunächst ein kurzer Überblick über die politische Landschaft der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegeben und Karl Wilhelms politischer Standpunkt erörtert werden. Danach soll sein politischer Werdegang im Reichsrat aufgezeigt werden, wobei die Tageszeitungen als hauptsächliche Quelle dienen werden. Allerdings handelt es sich bei einem großen Teil der Nennungen seines Namens nur um kurze Erwähnungen, deren weiterer Zusammenhang teilweise fehlt, beziehungsweise zu verfolgen im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich ist. Es werden daher zwei Themenbereiche genauer untersucht, für die die Quellen genügend Informationen liefern und mithilfe derer gleichzeitig exemplarisch Karl Wilhelms Standpunkt erklärt werden soll: Die Diskussion um die Gemeindegesetzgebung, an der er in seiner Eigenschaft als Großgrundbesitzer teilnimmt, und sein Auftreten gegen die klerikale Partei und das Konkordat als Angehöriger der liberalen Verfassungspartei.

4.4.1 Das konstitutionelle Zeitalter

Als Karl Wilhelm im Herbst des Jahres 1859 erstmals in der Politik fassbar wird, befindet sich die Ära des Neoabsolutismus bereits in den letzten Zügen. Nach dem Scheitern eines weiteren der Verfassungsexperimente nach 1848 – das Oktoberdiplom von 1860 stieß allgemein auf Ablehnung – wurde am 26. Februar 1861 das Februarpatent erlassen und damit dem Kaisertum Österreich die Verfassung gegeben, mit der das konstitutionelle Zeitalter beginnt. Bis dahin war das Gesetzgebungsorgan allein der Kaiser gewesen, denn der verstärkte Reichsrat und die Landtage hatten, außer in finanziellen Angelegenheiten, prinzipiell nur beratende Funktion besessen. 1861 wurde der Reichsrat funktional zum Parlament, da nun der Reichsrat wie auch die Landtage gemeinsam mit dem Kaiser beschlussfassend an der Gesetzgebung mitwirkten.²²² Der Reichsrat bestand künftig aus zwei Kammern, dem Herrenhaus und dem Abgeordnetenhaus.

Bei der Schaffung des Reichsrates war es nicht das Ziel gewesen, eine Volksvertretung einzurichten, welche die tatsächlichen sozialen und nationalen Verhältnisse des Staates widerspiegeln sollte. Vielmehr handelte es sich um eine Interessensvertretung politisch als relevant eingestufte Bevölkerungsschichten.²²³ Die vorerst 343 Abgeordneten wurden bis 1873 nicht direkt vom Volk

²²² Wilhelm Brauneder, Die Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 bis 1918. In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg.), Verfassung und Parlamentarismus 1 (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 7, Wien 2000), S. 157.

²²³ Andreas Gottsmann, Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865. In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg.), Verfassung und Parlamentarismus 1 (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 7, Wien 2000), S. 672 f.

gewählt, sondern von den Landtagen delegiert. Im Abgeordnetenhaus und bei den Landtagen bestand ein Kurienwahlrecht. Die Wähler wurden in Wählerklassen eingeteilt, von denen jede eine bestimmte Anzahl an Abgeordneten wählte. In den Städte- und Landgemeindegurien war das Wahlrecht zudem an eine Mindeststeuerleistung gebunden. Daneben waren auch die Länder und Nationalitäten nicht gleich vertreten, insbesondere die deutschen Abgeordneten stellten einen überproportional großen Anteil im Reichsrat.²²⁴

Die einzelnen Bevölkerungsgruppen waren unterschiedlich stark repräsentiert. Die Wähler der Landgemeindegurie etwa – im Wesentlichen die Bauern – entsandten zwei Fünftel der Abgeordneten in die Landtage; in den ländlichen Wahlkreisen lebten aber damals über 80 Prozent der Bevölkerung. Ein Drittel der Abgeordnetensitze in den Landtagen war dagegen einerseits den Virilisten (Bischöfe und Rektoren der Universitäten) und andererseits den besonders privilegierten Kurien des Großgrundbesitzes und der Handels- und Gewerbekammern vorbehalten, die nach der Gesamtzahl ihrer Wähler nicht einmal ein Tausendstel der Bevölkerung vertraten.²²⁵ Aber auch dem aufstrebenden Wirtschaftsbürgertum wurde durch die Einrichtung der Kurien für Städte und Märkte sowie der Handels- und Gewerbekammern ihr politischer Einfluss gesichert.²²⁶

Der (Hoch-)Adel hatte im Herrenhaus wie auch im Abgeordnetenhaus großes Gewicht. Die Kurie der Großgrundbesitzer wurde zu einer fast ausschließlichen Vertretung des grundbesitzenden Adels. Ein Drittel der Abgeordneten waren Adelige, zehn Prozent der Abgeordneten waren dem Hochadel zuzurechnen. Die dominierende Gruppe waren die Großgrundbesitzer; sie stellten 29 Prozent der Abgeordneten.²²⁷

4.4.2 Politische Einordnung

In politischer Hinsicht trat der adelige Großgrundbesitz durchaus nicht geschlossen auf. Seit Anfang der 1860er Jahre war das politische Klima vom Gegensatz zwischen den „Verfassungstreuen“ und den „Feudalen“ („Konservativen“) geprägt. Der verfassungstreue Großgrundbesitz, dem Karl Wilhelm zuzurechnen ist, stand im deutsch-liberalen Lager.²²⁸

²²⁴ *Gottsmann*, Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, S. 628 f.

²²⁵ *Vasilij Melik*, Wahlen im alten Österreich. Am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung (Anton Gindely Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas 3, Wien/Köln/Weimar 1997), S. 50 f.

²²⁶ *Gottsmann*, Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, S. 628.

²²⁷ *Gottsmann*, Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865, S. 628 f.

²²⁸ *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung, S. 28 f.

4.4.2.1 *Adel und Liberalismus*

Der Liberalismus wird gemeinhin als bürgerliche Bewegung verstanden. In Österreich traten seine Vertreter vor allem nach der Revolution 1848 offen auf in ihrem Kampf für den Ausbau und die Sicherung der freiheitlichen, konstitutionellen Grundlagen des Staates, für eine freie Wirtschaftsentwicklung, sowie gegen die föderalistischen Bestrebungen der slawischen Nationalitäten und die Vorherrschaft von Adel und Geistlichkeit.²²⁹ Das Bürgertum lässt sich aber nicht als alleiniger Träger des Liberalismus bestimmen. Auch im Adel, besonders im niederen Adel, fanden sich zahlreiche Vertreter.²³⁰

Die Kurie des Großgrundbesitzes war als konservatives Element gedacht gewesen, jedoch überdauerte die ständische Solidarität den Beginn des konstitutionellen Zeitalters nicht. Die beiden Lager der „Linken“ und „Rechten“, die die bürgerliche Öffentlichkeit spalteten – zentralistische, mehrheitlich deutsche Liberale, und föderalistische, mehrheitlich slawische Klerikale – waren, mit Abweichungen, auch im großgrundbesitzenden Adel vertreten. Hier nannte man sie „Verfassungstreue“ beziehungsweise „Feudale“.²³¹

4.4.2.2 *Der Verfassungstreue Großgrundbesitz*

Anders als in Norddeutschland, wo die preußischen Junker in der Politik auftraten, gab es in Österreich keine Adelspartei, beziehungsweise keine Partei, die vom Adel dominiert wurde. Das politische Leben war hier bestimmt vom Konflikt zwischen den Verfassungstreuen und den Feudalen. Dieser entsprach dem Gegensatz von Liberalismus und politischem Katholizismus sowie von Zentralismus und Föderalismus.²³² Der verfassungstreue Großgrundbesitz setzte, anders als die Feudalen, auf die Annäherung an die neuen, bürgerlich-liberalen Führungsschichten.²³³ Er vertrat ein auf Besitz und Bildung beruhendes Wahlrecht und orientierte sich an einer gegenüber der Krone loyalen, zentralistischen Politik, die das Deutschtum als Garant für den Zusammenhalt des Reiches betrachtete.²³⁴ Zwar spielte im Selbstverständnis des Adels die Zugehörigkeit zur Monarchie eine wichtigere Rolle als der nationale Gedanke, und er empfand sich zuerst als Großösterreicher, dann erst als Deutscher; die Verfassungstreuen (aber auch viele Konservative) waren allerdings nicht bereit, die

²²⁹ Ernst Bruckmüller (Hg.), *Österreich-Lexikon*, Bd. 2 (Wien 2004), S. 313.

²³⁰ Georg Franz-Willing, *Liberalismus. Die deutschliberale Bewegung in der habsburgischen Monarchie* (München 1955), S. 134 f.

²³¹ Lothar Höbelt, „Verfassungstreue“ und „Feudale“. Die beiden österreichischen Adelsparteien 1861–1918. In: *Etudes Danubiennes*, Bd. 7 (1991), S. 104.

²³² Höbelt, *Adel und Politik seit 1848*. In: *Die Fürstenberger. 800 Jahre Herrschaft und Kultur in Mitteleuropa* (1994), S. 367; Höbelt, „Verfassungstreue“ und „Feudale“, S. 105 f.

²³³ Höbelt, *Adel und Politik seit 1848*, S. 367.

²³⁴ Stekl, *Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung*, S. 29.

Vorrangstellung der Deutschen innerhalb der Monarchie aufzugeben. Mit den Föderalisten dagegen verbanden sich die Interessen der Tschechen, die in den böhmischen Ländern ihre zahlenmäßige Überlegenheit zur Geltung bringen wollten.²³⁵

Die Verfassungstreuen und Feudalen galten als annähernd gleich stark; unter den Besitzern der größten Familienfideikomisse und den erblichen Mitgliedern des Herrenhauses waren aber die Mitglieder der feudalen Partei eindeutig in der Überzahl.²³⁶ Beide Lager fanden sich im Reichsrat und in den Landtagen neben ihren bürgerlichen Gesinnungsgenossen, vielfach als deren gemäßigter Flügel.²³⁷

4.4.2.3 Karl Wilhelms Standpunkt

Bei der Hinwendung Karl Wilhelms zur Politik dürfte sein Vater eine Vorbildrolle gespielt haben. Dieser hatte im Vormärz an den niederösterreichischen Ständeversammlungen teilgenommen. 1845 beteiligte er sich an der Verfassung einer Denkschrift, welche von der Regierung angesichts der befürchteten gewaltsamen Umwälzungen mit Nachdruck Reformen forderte.²³⁸

1861 erfolgte nicht nur der Umschwung zum Verfassungsstaat, sondern auch der Beginn der eigentlichen liberalen Ära in Österreich.²³⁹ Gleich bei den ersten Wahlen am 23. März 1861 gelangte Karl Wilhelm, der der Kurie des Großgrundbesitzes angehörte, als einer von 66 Abgeordneten in den niederösterreichischen Landtag.²⁴⁰ Von dort aus wurde er am 20. April 1861 in das Abgeordnetenhaus des Reichsrats gewählt.²⁴¹

In einem Karl Wilhelm gewidmeten Nachruf ordnet die „Neue Freie Presse“ ihn folgendermaßen politisch ein:

*Centralistisch von Gesinnung und Altösterreicher, gemäßigt liberal, war sein Platz auf dem rechten Flügel der Verfassungspartei im linken Centrum, dem verfassungstreuen Großgrundbesitzer-Club. [...] Seiner Gesinnungstüchtigkeit und seiner unverbrüchlichen Anhänglichkeit an die Sache der Verfassung, der Deutschen und des gemäßigten Liberalismus dankte er auch die hervorragende Stellung in der Verfassungspartei.*²⁴²

²³⁵ Höbelt, Adel und Politik seit 1848, S. 367; Höbelt, „Verfassungstreue“ und „Feudale“, S. 106.

²³⁶ Höbelt, „Verfassungstreue“ und „Feudale“, S. 106.

²³⁷ Höbelt, Adel und Politik seit 1848, S. 367.

²³⁸ Franz-Willing, Liberalismus, S. 33; Viktor Bibl, Die Niederösterreichischen Stände im Vormärz. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Revolution des Jahres 1848 (Wien 1911), S. 259.

²³⁹ Bruckmüller, Österreich-Lexikon, Bd. 2, S. 313.

²⁴⁰ Wiener Zeitung vom 24.3.1861, S. 1; Die Presse vom 24.3.1861, S. 3.

²⁴¹ Fremden-Blatt vom 21.4.1861, S. 4.

²⁴² Neue Freie Presse vom 23.8.1884, S. 4.

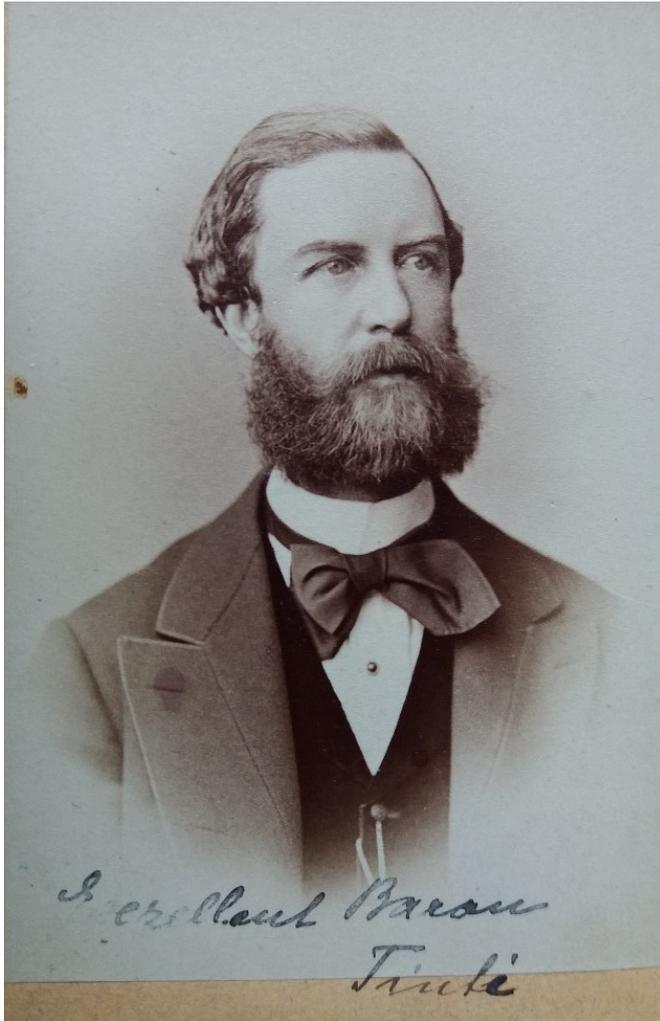


Abbildung 5: Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, Tinti, Karl Frh. v. Bildnis (Brust, halb rechts, m. Vollbart). Foto Szekely – Wien. Sig. 100.635:B(3E).

Parteien im heutigen Sinn formierten sich erst allmählich im Lauf der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. In der Frühphase der konstitutionellen Ära wurden unter „Parteien“ noch große, einheitlich geführte Verbände mit weit umfassenden Programmen verstanden, wie etwa die liberale Verfassungspartei, der Karl Wilhelm zuzurechnen ist. Die Parlamentsklubs spiegelten die Parteienlandschaft nicht exakt wider, da manche Klubs mehrere Parteien umfassten, aber auch ein politisches Lager in mehrere Klubs gespalten sein konnte.²⁴³ Von Anfang an traten innerhalb des liberalen Lagers verschiedene politische Richtungen auf, und Karl Wilhelm war Mitglied verschiedener Klubs, in denen er teilweise eine führende Rolle einnahm. So erlangte er 1861 die Mitgliedschaft in der Großösterreichischen Partei, 1863 bei den Unionisten, 1867 beim Herbst-Kaiserfeld'schen Klub, 1868 beim Klub der Linken, 1872 beim Klub der Verfassungspartei und 1873 im Klub des Zentrums.²⁴⁴

²⁴³ Brauneder, Die Verfassungsentwicklung in Österreich, S. 226.

²⁴⁴ Franz Adlgasser, Die Mitglieder der österreichischen Zentralparlamente 1848–1918. Konstituierender Reichstag 1848–1849. Reichsrat 1861–1918. Ein biographisches Lexikon, Bd. 2 (Wien 2014), S. 1294.

Als eine seiner wichtigsten Aufgaben, so erklärt er 1879 in einem Resümee über seine politische Karriere, mit welchem er sich an seine Wähler richtet, betrachtete er seine Mitwirkung an der Entwicklung, Durchführung und Festigung der Verfassung und der Staatsgrundgesetze.²⁴⁵ Zu den wichtigsten Themen, denen sich Karl Wilhelm widmete, gehören daher unter anderem die Einführung der direkten Wahlen in das Abgeordnetenhaus, der Ausgleich mit Ungarn und die Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse.

Karl Wilhelm war, als Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, zentralistisch und kaiserfreundlich gesinnt sowie ein überzeugter Anhänger der Verfassung und des konstitutionellen Prinzips. Im Juni 1865 erklärte er in einer Rede im Abgeordnetenhaus, er erblicke „im Geiste und Wesen der Verfassung vom 26. Februar den einzigen Hoffnungsanker auf eine bessere Zukunft Österreichs“ und finde „in dieser Verfassung alle berechtigten Ansprüche der verschiedenen Interessengruppen auf eine gesicherte Vertretung“ gewahrt.²⁴⁶ Die Dezemberverfassung von 1867, welche das Ende des konstitutionellen Zentralismus bedeutete, kam seinen Vorstellungen offenbar weniger entgegen als die zentralistische Februarverfassung. In der Regel war er, vor allem zu Zeiten Schmerlings, auf der Seite der Regierung.

Ein besonderes Anliegen waren Karl Wilhelm stets die Interessen des Großgrundbesitzes. In dem erwähnten Resümee erklärt er dennoch, er habe die Interessen der Gesamtmonarchie, vor allem aber der österreichischen Reichshälfte, stets an die erste Stelle gestellt. Er verstand sich, so schreibt er weiter, „nicht als Abgeordneter einer bestimmten Classe, sondern als Volksvertreter und insbesondere als Vertreter der ländlichen Bevölkerung und des Grundbesitzes überhaupt“ und trat „für die speciellen Interessen [m]eines Wahlkörpers nur in jenen seltenen Fällen ein, wo es sich um die Vertheidigung seiner verfassungsmäßigen Rechte oder um eine Collision mit den Interessen anderer Wählergruppen handelte.“²⁴⁷

4.4.3 Arbeit im Landtag und Reichsrat

Von Anfang an beteiligte sich Karl Wilhelm fleißig an den Sitzungen des Landtages und des Abgeordnetenhauses. Schon einen Monat nach der Wahl in den Landtag ist er für die „Klagenfurter Zeitung“ „ein junger, beweglicher Mann, und unermüdlicher Antragsteller“, (wenn auch „ohne hervortretende parlamentarische Begabung“).²⁴⁸ Vor allem die ersten zehn Jahre von 1861 bis 1870

²⁴⁵ Die Presse vom 22.6.1879, S. 3.

²⁴⁶ Das Vaterland vom 17.6.1865, S. 6.

²⁴⁷ Die Presse vom 22.6.1879, S. 3.

²⁴⁸ Klagenfurter Zeitung vom 23.4.1861, S. 2.

hindurch war er ein sehr aktives Mitglied des Abgeordnetenhauses. Verfolgt man die Sitzungsberichte in den Tageszeitungen, so taucht Karl Wilhelm dort innerhalb dieser zehn Jahre beinahe täglich auf.

Über diesen Zeitraum zählte Karl Wilhelm stets zu den bedeutenden Persönlichkeiten auf der politischen Bühne. Von Anfang an zeigte er ein Talent zur Führung; so stand er an der Spitze mehrerer Klubs und unternahm auch Versuche, selbst Klubs zu gründen.²⁴⁹ Auch gehörte er Jahr für Jahr unterschiedlichen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses an. Hier bekleidete er oft das Amt des Obmanns und Schriftführers und übernahm die Berichterstattung vor dem Haus. Neben einzelnen Spezialausschüssen und Subkomitees wirkte er in mehreren größeren und über einen längeren Zeitraum bestehenden Ausschüssen, die zur besonderen Behandlung verschiedener Gebiete eingesetzt wurden. Hierzu zählte etwa der Landwirtschaftliche Ausschuss.

Während Karl Wilhelm sich zu Beginn bei den unterschiedlichsten Themen zu Wort meldet, kristallisieren sich bald jene Bereiche heraus, denen er sich regelmäßig mit besonderer Aufmerksamkeit widmet. Die Anliegen der Landwirtschaft etwa sind für ihn stets von besonderem Interesse. So wurde er mehrmals in den Landwirtschaftlichen Ausschuss gewählt, wo er auch seine Verbindungen zur Landwirtschaftsgesellschaft nutzte. In den Sitzungen des Landtages beziehungsweise Abgeordnetenhauses berichtete er von den Petitionen der Gesellschaft und kämpfte für Subventionen landwirtschaftlicher Projekte oder des Unterrichtswesens.

Sehr aktiv war Karl Wilhelm in den ersten drei Jahren seines politischen Wirkens auch im Finanzausschuss, wo er als Referent für das Budget von Hofstaat, Kabinett und Staatsrat fungierte. In den Jahren 1864, 1865 und wieder 1869 gehörte er dem Steuerreform-Ausschuss an, wo er der Sektion für die Grund- und Gebäudesteuer angehörte und sich an den Verhandlungen für den Staatsvoranschlag beteiligte. Im Verfassungsausschuss scheint Karl Wilhelm weniger aktiv gewesen zu sein; im Volkswirtschaftlichen Ausschuss dagegen wurde er mehrmals zum Obmann gewählt. Hier beteiligte er sich etwa an den Diskussionen über den Ausbau des Eisenbahnnetzes, über Banken, die Einkommenssteuer oder setzte sich gegen Reglementierungen beim Tausch von Grundstücken ein.²⁵⁰

Auch in den Adressausschuss, der die Abfassung von Berichten an den Kaiser zur Aufgabe hatte, wurde Karl Wilhelm mehrmals gewählt. Hier arbeitete er an den Entwürfen dieser Berichte mit, und zumindest dreimal wurde er mit der Abfassung der Adresse betraut.²⁵¹ Es war jene Adressdebatte im

²⁴⁹ Das Vaterland vom 27.6.1863, S. 2, u.a.

²⁵⁰ Die Presse vom 25.7.1867, S. 13 (Abendblatt).

²⁵¹ Neue Freie Presse vom 22.11.1866, S. 2; Grazer Volksblatt vom 14.1.1870, S. 1; Neue Freie Presse vom 6.4.1870, S. 3.

Jänner 1870, in der Karl Wilhelm, als Berichterstatter des Ausschusses, durch eine reißerische Spottrede auf seine Gegner der klerikalen Partei großes Aufsehen im Abgeordnetenhaus erregte.²⁵²

4.4.4 Politischer Werdegang

Karl Wilhelm gehörte dem niederösterreichischen Landtag von 1861 bis 1870 und wieder von 1871 bis 1874 an; im Abgeordnetenhaus des Reichsrats wirkte er, ebenfalls mit einer Unterbrechung, von 1861 bis 1870 und von 1871 bis 1879.²⁵³ Schon bei den Landtagswahlen im Jahr 1867 wurde Karl Wilhelm zunächst knapp nicht gewählt. In der Wählerklasse des Großgrundbesitzes hatte das feudal-klerikale Lager die Majorität, von den 15 gewählten Abgeordneten gehörte nur einer dem liberalen Lager an.²⁵⁴ Jene Kreise, die die Teilnahme Karl Wilhelms für wünschenswert hielten, waren daher bestrebt, ihm und einem liberalen Kollegen doch noch den Eintritt in den Landtag zu ermöglichen.²⁵⁵ Zu diesem Zweck sollten zunächst zwei Abgeordnete dazu bewogen werden, ihr Mandat niederzulegen.²⁵⁶ Dies war jedoch nicht nötig, da wegen Wahlbetrugs zwei Stimmen annulliert wurden, woraufhin Karl Wilhelm, der die nächsthöhere Stimmenanzahl hatte, in den Landtag eintreten konnte.²⁵⁷

Auch bei den Wahlen im Juni/Juli 1870 wurden in der Wählerklasse des Großgrundbesitzes mehrheitlich Anhänger der klerikalen Partei gewählt, und bei den Nachwahlen trug ein klerikaler Kandidat den Sieg über seinen liberalen Gegenkandidaten Karl Wilhelm davon.²⁵⁸ Bei den Landtagswahlen im September 1871 dagegen verzeichnete die liberale Partei beim Großgrundbesitz einen großen Erfolg: Alle 15 gewählten Abgeordneten gehörten der liberalen Verfassungspartei an, und auch Karl Wilhelm schaffte wieder den Sprung in den Landtag und bei den darauffolgenden Reichsratswahlen auch wieder in das Abgeordnetenhaus.²⁵⁹

Gegen Anfang der 1870er Jahre wurde es ruhiger um Karl Wilhelm in der Politik. In den Tageszeitungen gibt es ab 1872 kaum noch Nachrichten über ihn als Politiker. Es dürfte schon im Laufe der 1860er Jahre zunehmend schwieriger für ihn geworden sein, all seinen Unternehmungen ausreichend Zeit zu widmen. Neben der Politik widmete er sich dem landwirtschaftlichen Vereinswesen, dem Patriotischen Hilfsverein, seit Mitte der 1860er Jahre dem Unternehmertum. Dazu kam offenbar auch sein angeschlagener Gesundheitszustand. Oft war er im Abgeordnetenhaus in mehreren Ausschüssen

²⁵² siehe Kapitel 4.4.9 Rede gegen die klerikalen Tiroler Abgeordneten.

²⁵³ *Adlgasser*, Die Mitglieder der Österreichischen Zentralparlamente, S. 1294.

²⁵⁴ Neue Freie Presse vom 7.2.1867, S. 6.

²⁵⁵ Neues Fremden-Blatt vom 11.2.1867, S. 2.

²⁵⁶ Die Presse vom 9.2.1867, S. 2.

²⁵⁷ Neues Fremden-Blatt vom 16.2.1867, S. 2; Die Debatte vom 17.2.1867, S. 1; u.a.

²⁵⁸ Wiener Sonn- und Montags-Zeitung vom 4.7.1867, S. 1; Linzer Volksblatt vom 2.7.1870, S. 1.

²⁵⁹ Fremden-Blatt vom 10.9.1871, S. 1; Die Presse vom 12.10.1871, S. 5.

gleichzeitig beschäftigt. So sah er sich etwa 1869 gezwungen, sein Mandat im Finanzausschuss aufgrund seiner zeitaufwändigen Tätigkeit in anderen Ausschüssen niederzulegen.²⁶⁰ Im Dezember desselben Jahres wiederum trat er aus dem Generalrat der Anglo-Österreichischen Bank aus, um weiterhin seinen Pflichten als Abgeordneter nachkommen zu können.²⁶¹

Im Jänner 1874 legte Karl Wilhelm schließlich aufgrund von Zeitmangel sein Mandat im Landtag nieder.²⁶² Offenbar kam er dann aber doch wieder in den Landtag – nur um im Juli desselben Jahres erneut davon zurückzutreten.²⁶³ Im September erscheint er wieder auf der Wählerliste für den Großgrundbesitz, ebenso wie er von 1880 bis 1884 jährlich für den Landtag beziehungsweise das Abgeordnetenhaus kandidierte; er wurde aber offenbar nicht mehr gewählt.²⁶⁴

Im September 1879 wurde Karl Wilhelm zum Mitglied des Herrenhauses auf Lebensdauer ernannt, wo er sich ebenfalls der Verfassungspartei anschloss.²⁶⁵ Das Herrenhaus setzte sich aus den großjährigen Prinzen des kaiserlichen Hauses, den Oberhäuptern der Adelsfamilien mit großem Grundbesitz, Bischöfen und Erzbischöfen als erblichen Mitgliedern, sowie vom Kaiser auf Lebensdauer ernannten Männern, die sich um Staat, Kirche, Wissenschaft oder Kunst verdient gemacht hatten, zusammen.²⁶⁶

Seine Berufung in das Herrenhaus verwundert wenig: Er hatte im Patriotischen Hilfsverein und als Unternehmer dem Staat gedient und konnte auf eine lange politische Karriere als verfassungstreuer, zentralistischer und der Krone gegenüber loyal gesinnter Abgeordneter im Landtag wie auch im Abgeordnetenhaus zurückblicken. Schon 1860 war er vom Kaiser zum Kämmerer ernannt worden; 1883 folgte die Verleihung der Würde des wirklichen geheimen Rates.²⁶⁷ In den Tageszeitungen finden sich kaum Informationen über Karl Wilhelms Wirken im Herrenhaus.

4.4.5 Die Liberale Ära

Die nahezu 20 Jahre Karl Wilhelms politischen Wirkens im Abgeordnetenhaus von 1861 bis 1879 fallen, wenn man dessen Beginn 1861 ansetzt, genau mit der Phase des Hochliberalismus zusammen. Karl Wilhelm begann seine Karriere unter der Regierung des Anton Ritter von Schmerling und der Februarverfassung, die der liberalen Ideologie entgegenkam. Nach dem Ausgleich mit Ungarn und der

²⁶⁰ Neue Freie Presse vom 11.2.1869, S. 17.

²⁶¹ Morgen-Post vom 16.12.1869, S. 4.

²⁶² Das Vaterland vom 7.1.1874, S. 2.

²⁶³ Deutsche Zeitung vom 29.7.1874, S. 13 (Abendblatt); Wiener Zeitung vom 18.8.1874, S. 4.

²⁶⁴ Wiener Zeitung vom 10.9.1874, S. 1; Wiener Zeitung vom 25.4.1880, S. 1 f., u.a.

²⁶⁵ *Adlgasser*, Die Mitglieder der Österreichischen Zentralparlamente, S. 1294.

²⁶⁶ Thomas *Winkelbauer*, Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte in der Neuzeit. Skriptum zur Vorlesung an der Universität Wien (Wien 2015), S. 203 f.

²⁶⁷ Wiener Zeitung vom 29.1.1860, S. 1; Das Vaterland vom 6.7.1882, S. 7.

Verabschiedung der maßgeblich von ihnen gestalteten Dezemberverfassung wurden die Liberalen die herrschende Partei in der österreichischen Reichshälfte, und es folgten die liberalen Regierungen des „Bürgerministeriums“ (1868–1870) unter Karl Fürst von Auersperg, Eduard Taaffe und Johann Nepomuk Berger sowie des Fürsten Anton von Auersperg (1871–1878/79).

In jene Zeit fallen einige Erfolge der Liberalen, wie etwa die Maigesetze, die Aufhebung des Konkordats von 1855 im Jahr 1870 oder die Wahlreform von 1873, an denen auch Karl Wilhelm sich beteiligte.²⁶⁸ Sein Mitwirken im volkswirtschaftlichen Ausschuss in der Zeit vor dem Börsenkrach bot ihm die Möglichkeit zur Teilhabe an der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung der Gründerzeit.

Die Herrschaft der Liberalen sollte nicht lange währen. Die Rückschläge ihrer Wirtschaftspolitik fanden im Börsenkrach 1873 ihren Höhepunkt, die Nationalitäten- und die soziale Frage blieben ungelöste Probleme. Bald kamen die gegensätzlichen Strömungen innerhalb des Liberalismus wieder zum Tragen. Schon die erste nach der Wahlreform von 1873 durchgeführte Wahl brachte den Liberalen starke Stimmverluste. Bei den Wahlen von 1879 verloren sie die Mehrheit im Abgeordnetenhaus und traten in Opposition zum Ministerium Taaffe.²⁶⁹

Karl Wilhelm gehörte eben bis 1879 dem Abgeordnetenhaus an und zeigte sich am aktivsten in den Jahren 1861–1870. Er lebte als liberaler Politiker zur richtigen Zeit – in der Hochphase dieser Strömung, und fand im Reichsrat im liberalen, Verfassungstreuen Großgrundbesitz ein Forum für seine politischen Ansichten. Hier gehörte er „in die immer mehr sich lictende Reihe jener Männer, welche an den Arbeiten der österreichischen Legislativen seit dem Beginne der konstitutionellen Aera ununterbrochen theilgenommen haben“.²⁷⁰

²⁶⁸ *Bruckmüller*, Österreich-Lexikon, Bd. 2, S. 313.

²⁶⁹ *Bruckmüller*, Österreich-Lexikon, Bd. 2, S. 313.

²⁷⁰ Innsbrucker Nachrichten vom 26.8.1884, S. 6.



Abbildung 6: Karl Wilhelm. Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, Tinti, Karl Frh. v. Bildnis (ganze Figur sitzend, halb rechts). Angerer – Wien. Sig. 100.635:B(3).

4.4.6 Das Bild Karl Wilhelms in den Zeitungen

Karl Wilhelm scheint durch sein Auftreten eine eindrucksvolle Persönlichkeit für seine Zuhörer gewesen zu sein. Er zeigte ein hohes Maß an Einsatzfreude durch seine häufige Teilnahme an den parlamentarischen Verhandlungen sowie verschiedenen Ausschüssen wie auch Komitees und spielte im verfassungstreuen Großgrundbesitz eine führende Rolle. Offenbar zeichnete er sich in seinen Reden auch durch einen gewissen Ehrgeiz aus. Er verstand es, seine Zuhörer zu überzeugen und erntete oft ihren Beifall; er zeigte sich diskussionsfreudig und manchmal gar angriffslustig seinen Kontrahenten gegenüber. Den Tageszeitungen blieb er durch seine „glänzende Rednergabe“ und „Gesinnungstüchtigkeit“ in Erinnerung, und sein Angriff gegen die klerikalen Tiroler Abgeordneten

1870 war nur eine jener „schneidigen Parlamentsreden“, durch die er die Aufmerksamkeit im Reichsrat auf sich zog.²⁷¹ Dem klerikal gesinnten „Vaterland“ ist er immerhin durch „seine [...] hochliberalen – oberflächlichen Reden, die den Mann, seit er im Reichsrathe sitzt, charakterisieren, hinlänglich bekannt“.²⁷²

Von den Tageszeitungen des anderen politischen Lagers, insbesondere „Die Debatte“ und „Das Vaterland“, musste sich Karl Wilhelm immer wieder kritische Kommentare gefallen lassen – wobei er diese rezipierte und sich manchmal auch mit Leserbriefen zur Wehr setzte. Seine liberale Einstellung und, vor allem zur Zeit der Regierung von Anton Ritter von Schmerling, seine regierungstreue Haltung werden gerne aufs Korn genommen. Das „Fremden-Blatt“ etwa nennt ihn 1867 den „Feldwaibl des Schmerling’schen Lagers“, „Die Debatte“ den „Führer der unbedingten Schmerlingianer“.²⁷³ Aber auch die Vorliebe der Satirezeitschriften für die Person Karl Wilhelms deutet darauf hin, dass er durchaus keiner der unauffälligen Abgeordneten gewesen sein dürfte.

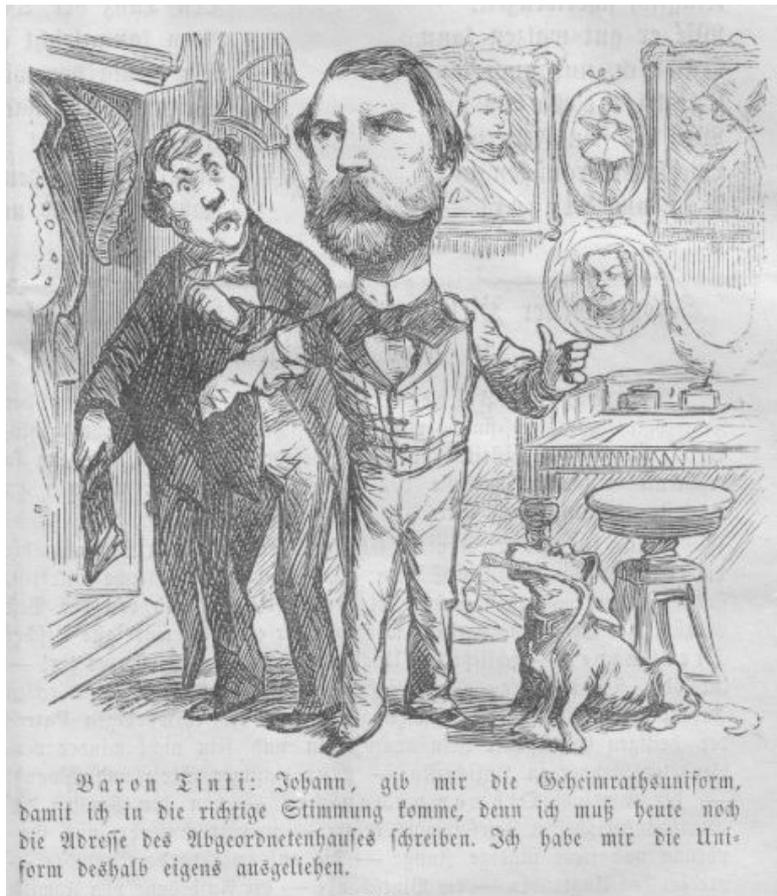


Abbildung 7: „Johann, gib mir die Geheimrathsuniform, damit ich in die richtige Stimmung komme.“ Diese Karikatur im „Figaro“ vom 15. Jänner 1870 dürfte Karl Wilhelm ein wenig Selbstüberschätzung unterstellen: die Würde eines Geheimen Rates – eine hohe kaiserliche Auszeichnung, deren Träger die Spitze des Hofstaates bildeten – wurde ihm erst 1882 verliehen...

²⁷¹ Neue Freie Presse vom 23.8.1884, S. 4; Neue Freie Presse vom 4.1.1916, S. 10.

²⁷² Das Vaterland vom 5.2.1870, S. 2.

²⁷³ Fremden-Blatt vom 25.1.1867, S. 7; Die Debatte vom 15.1.1867, S. 1.

Eines der Themen, das von den Zeitungen gerne aufgegriffen wurde, war Karl Wilhelms (vermeintliches) Streben nach dem Amt des Ackerbauministers. Ab 1864 kamen immer wieder Gerüchte auf, Karl Wilhelm sei zum Minister ausersehen. Zunächst nennt ihn „die Presse“ als zukünftigen Handelsminister und zwischen 1867 und 1870 mehrmals als Kandidaten für das Amt des Ackerbauministers.²⁷⁴ In einem Leserbrief 1867 behauptet Karl Wilhelm jedoch, dass er nie Minister habe werden wollen.²⁷⁵ Schon 1864 berichtet die „Neue Freie Presse“ von Gerüchten, er sei als Botschafter in Rom wie auch als Generalintendant der Hoftheater auserkoren, und dass, „so oft sich irgendwo eine Lücke zeigt, sei es in der Diplomatie, sei es im Hofdienst, sei es im Ministerium“, Karl Wilhelm als Nachfolger genannt würde.²⁷⁶

In den folgenden Jahren hatten nun die Satirezeitschriften und Tageszeitungen Freude daran, Karl Wilhelms (angebliche) erfolglose Bemühungen, Minister zu werden, zu karikieren. Besonders gut gelang das etwa 1867 der „Debatte“ in einem Artikel, der auch auf Karl Wilhelms Überzeugung von der mittlerweile von der Dezemberverfassung abgelösten Februarverfassung und ein gewisses Maß an Selbstvertrauen anspielt. Sie wähnt Karl Wilhelm am Hof des Königs von Hawaii, wo der Forschungsreisende Karl von Scherzer ihn entdeckt habe, um dann zu berichten:

Am Hofe des Königs Camehameha I. hatten wir eine höchst pikante Ueberraschung. Einige unserer Leser erinnern sich vielleicht noch eines ganz originellen Politikers, der in den Sechziger-Jahren den Konstitutionalismus in Oesterreich unsicher machte, des Baron Tinti. Als nach dem Ausgleiche mit Ungarn der wahre Konstitutionalismus auf der ganzen Linie triumphierte, war der Herr Baron eines Tages verschollen. Und nun denke man sich unser Erstaunen, als wir hier am Hofe Camehameha's I. diesen selben Herrn Baron wiederfanden! Was er in unserem geliebten Oesterreich vergebens angestrebt, hat er hier endlich bei den Gegenfüßlern gefunden: er ist Minister geworden! Mehr noch, er allein ist ein ganzes Ministerium. Weit mehr: er vereinigt mehrere ganze Ministerien in seiner Person. Nach den Begriffen von Autonomie, die er aus der ersten Zeit seiner staatsmännischen Karriere herübergebracht, bewilligte er nämlich jeder der Sandwichsinseln ein besonderes Ministerium, jedoch nur mit der Bedingung, daß diese verschiedenen Ministerien in seiner Person vereinigt werden. Solcher Weise durfte Herr Baron Tinti uns gegenüber stolz behaupten: „An mir ist jeder Zoll ein Minister“ Und das will bekanntlich mehr sagen, als dieselbe Phrase bei König Lear bedeutet.

Die Verschiedenheiten der Racen hat Baron Tinti glücklich ausgeglichen, und zwar durch eine Nachahmung seiner alten politischen Flamme, unserer einstigen Februar-Verfassung. Die

²⁷⁴ Die Presse vom 15.2.1864, S. 1; Neue Freie Presse vom 25.9.1864, S. 4; Neue Freie Presse vom 5.4.1867, S. 8; Die Debatte vom 9.4.1867, S. 3.

²⁷⁵ Die Debatte vom 7.3.1867, S. 3.

²⁷⁶ Neue Freie Presse vom 25.9.1864, S. 4.

Durchführbarkeit derselben hat er durch einen genialen Einfall gesichert. § 5 des neuen freien Statutes der Sandwichsinseln lautet nämlich: „Sämtliche Insulaner sind verpflichtet, Herrn Baron Tinti in den Reichsrat zu wählen“. So ist Herr Baron Tinti auch der Reichsrat [...].²⁷⁷

Die „Debatte“ unterstellt Karl Wilhelm, unbedingt Minister werden zu wollen. Der Artikel nimmt in diesem Zusammenhang auch Bezug auf Karl Wilhelms angebliche Bemühungen, in das ungarische Oberhaus zu gelangen. Er habe, so mutmaßt die Tageszeitung, damit die Aufmerksamkeit auf sich lenken wollen, um Minister zu werden, beziehungsweise sein Glück in der ungarischen Reichshälfte versuchen wollen, falls er in Cislethianien scheitern sollte. Karl Wilhelm kontert allerdings in einem Leserbrief zwei Tage später, dass er sich nicht bemühe, eine Berufung in das Oberhaus zu erlangen, sondern dass er bereits seit 1861 zu jedem ungarischen Landtag eine Einladung erhalten habe, der er nur nie Folge habe leisten können, weil er der ungarischen Sprache nicht mächtig sei.²⁷⁸

Da er es in der Habsburgermonarchie nicht zum Minister bringe, so die „Debatte“, müsse er es in Hawaii versuchen, wo er alle Ministerien für sich beanspruche und dessen Bewohner er zwingen, ihn in den Reichsrat zu wählen. Karl Wilhelm wird als besonders ehrgeiziger Politiker dargestellt – der sich allerdings vergeblich bemüht und ausbleibende Erfolge nicht akzeptieren kann. Es wird das Bild vermittelt, er leide unter Selbstüberschätzung und kämpfe verbissen um das Erreichen seiner (zu hoch gesteckten) Ziele. So schließt der Artikel mit einer Szene, in der Karl Wilhelm eine Reichsratssitzung nur mit sich selbst in verschiedenen Funktionen hält, um am Ende seiner Selbstgespräche zu festzustellen: „Jetzt bin ich zufrieden.“ Wenn auch der Artikel freilich mit Übertreibung arbeitet, so dürfte Karl Wilhelms Auftreten im Reichsrat dem Autor sicherlich Grund zu dieser Darstellung gegeben haben.

4.4.7 Die Debatte um die Gemeindegesetzgebung

Karl Wilhelm betrat die Bühne der Politik erstmals im Herbst des Jahres 1859, als er in die Vertrauenskommission zur Beratung über die neue Gemeindeordnung für Niederösterreich gewählt wurde.²⁷⁹

Die Umbrüche auf dem Gebiet der Territorialverwaltung, die sich ab 1848 ereigneten, berührten auch die Interessen des Adels in bedeutendem Ausmaß. Zunächst soll ein kurzer Überblick über die Entwicklung gegeben werden.

²⁷⁷ Die Debatte vom 5.3.1867, S. 3.

²⁷⁸ Die Debatte vom 7.3.1867, S. 3.

²⁷⁹ Wiener Zeitung vom 22.8.1884, S. 2 (Abendblatt).

In den 1840er Jahren wurde die Forderung nach einer unabhängigen Gemeindeselbstverwaltung zu einem wichtigen Bestandteil der bürgerlichen liberalen Ideologie. Es verbreitete sich die Auffassung, dass der Staat den Gemeinden in ihren inneren Angelegenheiten Selbstbestimmung gewähren müsse, die durch keinerlei Eingriffe von außen gestört werden dürfe.²⁸⁰ Diese Idee beeinflusste weitgehend die Vorstellungen über die Gestaltung des Gemeindewesens in Österreich. Das „Provisorische Gemeindegesetz“ vom 17. März 1849 formulierte schließlich die Grundprinzipien eines Systems der Gemeindeselbstverwaltung, das sich bis in die 1860er Jahre im Wesentlichen nicht ändern sollte. Im ersten Artikel des Gesetzes hieß es: „Die Grundfeste des freien Staates ist die freie Gemeinde.“²⁸¹ Das provisorische Gemeindegesetz berücksichtigte die Forderung nach Selbstverwaltung mit großer Konsequenz. Diese wurde durch Garantien geschützt, die selbst den liberalsten Vorstellungen Rechnung trugen.²⁸² Neben die zentralisierte Verwaltung der Staatsbehörden trat die Selbstverwaltung der Gemeinden. Die eigentlich revolutionäre Errungenschaft in der neuen Gemeindeverwaltung war, dass neben den Aufgaben, die der Staat den Gemeinden aus seinem Machtbereich delegierte, im „natürlichen Wirkungskreis“ die eigene Kompetenz der Gemeinden anerkannt wurde, die sie künftig ohne jeden Eingriff und jede Kontrolle von außen ausüben konnten.²⁸³ Allerdings handelte es sich um ein provisorisches Gesetz – seine Bestätigung sollte noch durch ein in der Verfassung vorgesehenes Parlament erfolgen, dies geschah jedoch nie.²⁸⁴ Auch zeigte die Gegenrevolution bald ihre Wirkung, indem das Ausmaß der Gemeindeselbstverwaltung gleich zu Beginn beschränkt wurde, und damit die wesentlichste Errungenschaft der Revolution in der Gemeindeverwaltung verloren ging.²⁸⁵

Die Gemeindeverwaltung auf dem Land wurde nach der Aufhebung der Grundherrschaft vorläufig noch von den Patrimonialorganen weitergeführt, erst ab 1. Jänner 1850 hörten sie zu amtieren auf.²⁸⁶ Den Grundherrschaften wurden ihre Verwaltungsaufgaben entzogen, diese sollten künftig Aufgabe der Gemeinde sein. Dies machte den Aufbau eines neuen administrativen Apparates unerlässlich.²⁸⁷ Trotz der rückläufigen Tendenzen nach dem Inkrafttreten des Provisorischen Gemeindegesetzes vollendete dieses definitiv die Zerschlagung der Patrimonialverwaltung.²⁸⁸

²⁸⁰ Jiri Klabouch, *Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich 1848–1918* (Wien 1968), S. 14 f.

²⁸¹ Kaiserliches Patent vom 17. März 1849, Reichsgesetzblatt 1849, Nr. 170. Online bei:

[http://www.gemeindeverband-](http://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/gemeindegesetz_prov._1849_kaiserl._pat._v._17.03.18490.pdf)

[tirol.at/uploads/gemeindegesetz_prov._1849_kaiserl._pat._v._17.03.18490.pdf](http://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/gemeindegesetz_prov._1849_kaiserl._pat._v._17.03.18490.pdf), abgerufen am 16.5.2017.

²⁸² Klabouch, *Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich*, S. 32.

²⁸³ Klabouch, *Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich*, S. 32 f.

²⁸⁴ Bertrand Michael Buchmann, *Politik und Verwaltung*. In: Peter Csendes, Ferdinand Opfl (Hg.), *Wien. Geschichte einer Stadt*, Bd. 3 (Wien 2006), S. 121.

²⁸⁵ Klabouch, *Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich*, S. 40 f.

²⁸⁶ Klabouch, *Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich*, S. 44.

²⁸⁷ Klabouch, *Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich*, S. 39 f.

²⁸⁸ Klabouch, *Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich*, S. 43.

Das Provisorische Gemeindegesetz sprach nicht ausdrücklich den Grundsatz aus, dass das gesamte Staatsgebiet und jeder Staatsbürger zu irgendeiner Gemeinde gehören müssten. Im Paragraphen 69 wurden weitere Gesetze angekündigt, die über die Art der Eingliederung des Gutsbesitzes entscheiden sollten. Diese ließen aber auf sich warten, und so wurde der Gutsbesitz unter den gleichen Bedingungen in die Gemeinden eingegliedert wie die übrigen auf ihrem Gebiet ansässigen Bewohner. In Niederösterreich wurde die Eingliederung des Gutsbesitzes allerdings nicht überall verwirklicht.²⁸⁹

Von Bedeutung war für den (grundbesitzenden) Adel nun die Frage, welche Stellung er künftig innerhalb des Gemeindeverbands haben würde, beziehungsweise, ob sein Grundbesitz überhaupt Teil der Gemeinde sein würde. Die Schaffung der freien Gemeinde brachte dem Adel bedeutende Nachteile. Vor allem veränderte sie seinen sozialen Status: hatte er einst noch die Obrigkeit auf seiner Grundherrschaft dargestellt, so musste er jetzt „gewissermaßen in die Abhängigkeit von einem Gemeindevorsteher treten, der früher [sein] Untertan war.“²⁹⁰ In den Gemeindeausschüssen war für ihn keine virile Vertretung vorgesehen, sodass er sich in den Gemeinden den gleichen Maßstäben unterordnen musste wie die restliche Bevölkerung und bei den Wahlen um die Vertretung seiner Interessen kämpfen musste – um dann oft „von den misstrauischen Bauern nicht einmal gewählt [zu] werden“.²⁹¹ Die Gemeindeorgane durften sich künftig in die innere Verwaltung des Gutsbesitzes einmischen. Aber auch die finanziellen Folgen trugen zur Unzufriedenheit des Adels bei, da die Großgrundbesitzer in der Gemeinde nun einen bedeutenden Anteil an den Gemeindegeldern leisten mussten, ohne selbst einen Gewinn dadurch zu erzielen.²⁹²

Diese für den Adel nachteilige Entwicklung führte dazu, dass das Verlangen nach einer Revision des Gemeindegesetzes, namentlich die neuerliche Ausgliederung des Gutsbesitzes aus den Gemeinden, zu einem integrierenden Bestandteil des sich bildenden Programms der Adelskreise wurde.²⁹³

Noch im Jahr 1851 wurde im Rahmen der politischen Reaktion die Entscheidung verlautbart, eine Revision aller nach 1848 herausgegebenen Gesetze, und damit auch des Provisorischen Gemeindegesetzes, durchzuführen. Dem Adel wurden einige Zugeständnisse gemacht, vor allem wurde ihm die neuerliche Ausgliederung des Gutsbesitzes, wo sie schon geschehen war, zugesichert. Dies ließ jedoch auf sich warten. Offenbar gelang es aber vielen Gutsbesitzern, die politische Wende zu nutzen und viele der für sie unangenehmen Folgen der Gemeindegesetzgebung zu umgehen.²⁹⁴ Erst

²⁸⁹ *Klabouch*, Die Gemeindegeldverwaltung in Österreich, S. 45.

²⁹⁰ *Carl Brockhausen*, Die österreichische Gemeindeordnung. Grundgedanken und Reformideen (Wien 1905), S. 15.

²⁹¹ *Klabouch*, Die Gemeindegeldverwaltung in Österreich, S. 36; *Brockhausen*, Die österreichische Gemeindeordnung, S. 16.

²⁹² *Klabouch*, Die Gemeindegeldverwaltung in Österreich, S. 46.

²⁹³ Ebd.

²⁹⁴ *Klabouch*, Die Gemeindegeldverwaltung in Österreich, S. 46 f.

am 24. April 1859 wurde das neue Gemeindegesetz publiziert, welches die Ausgliederung der Gutsbesitze aus dem Gemeindeverband festlegte und diese neben den Gemeinden als zweite Einheit der Ortsverwaltung konstituierte. Die Vorarbeiten dieses Unternehmens wurden jedoch bald wieder eingestellt, als im Lauf des Jahres 1860 ersichtlich wurde, dass die Entwicklung der Gemeindeverwaltung einen anderen Kurs nehmen würde.²⁹⁵

4.4.8 Karl Wilhelms Standpunkt als Großgrundbesitzer

Im Herbst 1859 nun wurde Karl Wilhelm in eine aus 18 Vertrauensmännern bestehende Kommission gewählt, die von der Regierung beauftragt worden war, über den Entwurf der neuen Gemeindeordnung für Niederösterreich zu beraten.²⁹⁶ Diese Kommission sollte Gutachten über eine Reihe von Fragen, die die Neuregelung des Gemeindewesens betrafen, abgeben. Die Ernennung der Vertrauensmänner war dem Landeschef überlassen, dem die Weisung erteilt worden war, Männer zu berufen, „welche das Vertrauen der Bevölkerung genießen, und das der Regierung verdienen“.²⁹⁷ Offenbar war die Arbeit dieser Kommission aber von wenig Erfolg gekrönt; Karl Wilhelm konstatiert 1861 im Reichsrat, dass „das Elaborat der Vertrauens-Commission ein Stückwerk war“.²⁹⁸

Eben im Herbst 1861 wurde erneut eine rege Debatte entfacht, als die Vorlage für ein Reichsgemeindegesetz auf die Tagesordnung kam. Von großem Interesse war dabei die Frage nach der Regelung für den Gutsbesitz. Karl Wilhelm nahm an diesen Diskussionen teil, und vor allem in einer längeren Rede, in der er über die Stellung des Großgrundbesitzes sprach, erregte er am 9. September 1861 die Aufmerksamkeit des Hauses.²⁹⁹ Er fasst die drei Möglichkeiten zusammen, die Frage des Gutsbesitzes zu lösen: die Ausgliederung der Gutsbesitze aus dem Gemeindeverband, die unbedingte Eingliederung in die Gemeinde, und drittens das Verbleiben in der Gemeinde mit Garantien für die gesicherte Vertretung und für den Schutz vor zu großer finanzieller Beanspruchung. Karl Wilhelm spricht sich für letztere Option aus.

Er erklärt seinen Standpunkt durch unterschiedliche Interessen der Bevölkerungsgruppen. So weist er etwa auf den Unterschied zwischen Stadt- und Landgemeinden hin: In den Stadtgemeinden sei die Bevölkerungsstruktur verhältnismäßig homogen, da sich die Bürger im Großen und Ganzen nur durch den Grad der Bildung und des Besitzes unterschieden. So könnten leicht Wahlkörper gebildet werden,

²⁹⁵ *Klabouch*, Die Gemeindegeldverwaltung in Österreich, S. 52 f.

²⁹⁶ Die Presse vom 28.9.1859, S. 1 (Abendblatt).

²⁹⁷ Die Presse vom 24.9.1859, S. 1.

²⁹⁸ Die Presse vom 12.9.1861, S. 3.

²⁹⁹ ALEX Historische Rechts- und Gesetzestexte Online, Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, I. Session: 29.04.1861 – 18.12.1862, Sitzungsprotokolle, S. 1164 ff. Online bei: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=spa&datum=00010003&seite=00000001>, abgerufen am 17.5.2017.

wodurch eine Vertretung der Bevölkerung gut gewährleistet werden könne. Anders verhalte es sich bei den Landgemeinden: Hier stünden der Masse der niedrig besteuerten, bäuerlichen Bevölkerung die wenigen Großgrundbesitzer und Großindustriellen gegenüber, deren Interessen völlig andere seien. Da sie aber kaum Ihresgleichen in der Gemeinde finden würden, sei es ihnen nicht möglich, Wahlkörper zu bilden und ihre Interessen in den Gemeindeausschüssen angemessen vertreten zu wissen.

Die Großgrundbesitzer haben laut Karl Wilhelm eine bedeutende Stellung in der Gemeinde, weil sie als die am höchsten besteuerte Gruppe, als Träger der Intelligenz auf dem Land und aufgrund ihrer Unabhängigkeit die beste Garantie für die Wahrung der Autonomie der Gemeinden nach innen und außen böten. Sie stünden zu einem großen Teil der Gemeindeangehörigen immer noch im Verhältnis des Herrn zum Diener, des Arbeitgebers zum Lohnarbeiter. Die Gesetzgebung müsse daher darauf bedacht sein, dass jene, die sich durch Besitz, Bildung, und Unabhängigkeit auszeichneten, ihren Platz in der Gemeindeverwaltung haben sollten. Karl Wilhelm zufolge hatte diese Minderheit „das naturgemäße Streben nach einem erweiterten Wirkungskreise für seine Thätigkeit, nach einem Einflusse in höhere Sphären staatlichen Lebens, anderseits aber auch nach Geltung, nach Berücksichtigung in dem engeren Kreise ihres Wohnortes“.³⁰⁰ Daher fordert er eine gesicherte Vertretung dieser Gruppe, die nach dem Provisorischen Gemeindegesetz nicht gegeben war: Da der Gutsbesitzer im Gemeindeausschuss keine Virilstimme hatte, musste er bei den Wahlen um die Gunst seiner früheren Untertanen werben, wenn er in der Gemeindevertretung Einfluss erlangen wollte.³⁰¹

In seiner Rede spiegelt sich die Angst wider, die er mit seinen Standesgenossen teilte: die Angst vor dem Verlust politischer Mitsprache des Großgrundbesitzes in den Gemeinden, davor, von der neuen Gesetzgebung übergangen zu werden und die Sonderstellung in der Gemeinde zu verlieren; aber auch vor dem Verlust der Selbstbestimmung und Unabhängigkeit auf dem eigenen Gut: Von der richtigen Regelung des Gemeindewesens hänge „jene innere Befriedigung ab, welche das stolze Bewußtsein gewährt, im eigenen Hause eigener Herr zu sein“.³⁰² Karl Wilhelm fordert, dass der besonderen Stellung des Großgrundbesitzes durch die Garantie seiner Vertretung in der Gemeinde Rechnung getragen werde. Eine unbedingte Einverleibung des Großgrundbesitzes ohne diese Garantie stelle für ihn „eine Ignorierung der höheren politischen Rücksichten“ dar und wurzle „in einer fehlerhaft angewendeten Theorie der Gleichberechtigung“.³⁰³ Er wehrt sich gegen jene, die „alle diese Thatsachen, alle diese factischen Verhältnisse verkennen“ und „den Großgrundbesitzer im

³⁰⁰ Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1861, S. 1164 f.

³⁰¹ *Klabouch*, Die Gemeindegeldverwaltung in Österreich, S. 45.

³⁰² Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1861, S. 1164.

³⁰³ Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1861, S. 1168.

Gemeindeleben dem letzten Tagelöhner, welcher einen Gulden Steuer zahlt, völlig gleichstellen“ wollten.³⁰⁴

Die Aufhebung der Grundherrschaft und damit verbunden der früheren patrimonialen Rechte nahmen dem Adel auf gesetzlicher Ebene ihre frühere obrigkeitliche Stellung und bedeuteten für ihn Prestigeverlust. Dennoch hörte der Adel bald auf, an einer völligen Wiederherstellung der Verhältnisse, wie sie vor der Revolution bestanden hatten, interessiert zu sein. Das konservative politische Programm gegen Ende der 1850er Jahre hatte sich den Bedingungen des konstitutionellen Staates angepasst, und das eigentlich Ziel des Adels, für den der Grundbesitz die wichtigste wirtschaftliche Basis geblieben war, wurde, für diesen möglichst großen politischen Einfluss im Staat zu erlangen.³⁰⁵

Karl Wilhelm spricht die Überzeugung aus, dass die unbedingte Einverleibung der Gutsbesitze in den Gemeindeverband ohne Garantien auch nicht den Wünschen der Bevölkerung entspreche. Die Erfahrung der letzten Jahre (bei den letzten Wahlen seien die Großgrundbesitzer, anders als in den Jahren nach 1849, fast überall in den Gemeindeausschuss gewählt worden) habe ergeben, dass diese durchaus der herausragenden Stellung der Großgrundbesitzer Rechnung tragen wolle.

Bestärkt in der Überzeugung, dass das Verbleiben des Gutsbesitzes in den Gemeinden (unter Zusicherung von Garantien für ihre gesicherte Vertretung und für ihren Schutz vor finanzieller Überbeanspruchung) die beste Lösung sei, sieht er sich einerseits durch die Schwierigkeiten, die die Ausgliederung mit sich bringen würde. Diese habe er durch seine Arbeit in der Vertrauenskommission 1859 kennengelernt. Trotz aller Gegensätze seien die vergangenen 13 Jahre von friedlichem und vertrauensvollem Zusammenleben in der Gemeinde geprägt gewesen – ein Zustand, der durch die Ausgliederung des Gutsbesitzes gefährdet würde.

Außerdem hält Karl Wilhelm angesichts der politischen Wirren „ein gegenseitiges Nachgeben, eine versöhnliche Politik“³⁰⁶ für den besseren Weg. Er erkennt durchaus die Schaffung der autonomen Gemeinde als Erfordernis der Zeit an und sieht auch die Bedingungen dafür als in der Bevölkerung vorhanden an. Die Ansprüche der Großgrundbesitzer seien aber gerechtfertigt. Das Verbleiben des Gutsbesitzes in den Gemeinden unter Zusicherung von Garantien sieht er als freiwilliges Nachgeben des Großgrundbesitzes gegenüber der politischen Entwicklung an, als Kompromiss zugunsten der gesellschaftlichen Stabilität. Daher glaubt er, dass es besser sei, „ein Princip – mag es auch in thesi gerechtfertigt sein – den practischen Verhältnissen entsprechend zu modificiren, als durch Festhalten daran unser höchstes Gut, die Freiheit selbst, auf das Spiel zu setzen.“³⁰⁷

³⁰⁴ Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1861, S. 1167.

³⁰⁵ *Klabouch*, Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich, S. 54.

³⁰⁶ Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1861, S. 1168.

³⁰⁷ Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1861, S. 1168 f.

Karl Wilhelm beteiligte sich auch in den folgenden Sitzungen des Abgeordnetenhauses aktiv an der Debatte über den Entwurf des Reichsgemeindengesetzes. Die Regierungsvorlage wollte es der Landesgesetzgebung überlassen, ob Gemeindemitglieder auch ohne Wahl aufgrund ihrer höheren Steuerleistung an der Gemeindevertretung teilnehmen sollten. Der Ausschussbericht dagegen war der Ansicht, dass die Interessen der Höchstbesteuerten bereits durch die Bildung der Wahlkörper nach Steuerleistung ausreichend berücksichtigt würden.³⁰⁸ Karl Wilhelm fordert stets die bereits erwähnten Garantien, die gegeben sein müssten, wenn der Großgrundbesitz in der Gemeinde verbleiben beziehungsweise wieder in diese eintreten sollte.³⁰⁹ Er tritt als Verteidiger der Virilstimme für den Großgrundbesitz auf, die dieser Gruppe eine gesicherte Vertretung in der Gemeinde verschaffen sollte.³¹⁰ Wieder argumentiert er mit der hohen Steuerleistung der Großgrundbesitzer und der Ungerechtigkeit bei der Bildung der Wahlkörper. Die Wahlkörper würden dadurch gebildet, dass die Gemeindeangehörigen nach Steuerleistung in drei Gruppen aufgeteilt würden. Das Provisorische Gemeindegesetz von 1849 habe festgelegt, dass sich in einem Wahlkörper dreimal so viele Personen befinden müssten, wie zu wählen seien. Ein einziger Großgrundbesitzer könne aber in der Gemeinde gut ein Drittel der Steuerleistung in der Gemeinde aufbringen. Naturgemäß, so Karl Wilhelm, hätte dieser daher allein den ersten Wahlkörper vertreten müssen. Damit aber der Wahlkörper rechtmäßig zustande kommen könnte, müsse sich der höchstbesteuerte Großgrundbesitzer zusammentun mit „dem Pfarrer und dem Doctor, die vielleicht nicht 5 fl. [Gulden] Steuer zahlen“ und den „ersten sechs Großbauern aus dem zweiten Wahlkörper, [...] die sich von ihren Mitbürgern vielleicht durch einige Kreuzer unterscheiden“.³¹¹ Gegen diese hätten sich die Großgrundbesitzer bei den Wahlen meist nicht durchsetzen können. So hätte auch noch ihr Ruf Schaden genommen, hätte es doch den Anschein, dass jene Großgrundbesitzer nicht das Vertrauen der Gemeinde besäßen.

Dieses System bei der Bildung der Wahlkörper bezeichnet Karl Wilhelm als „eine unwürdige Comödie und keine Sicherung der Rechte der Höchstbesteuerten. Man solle aber mit den Rechten und den Interessen der Staatsbürger keine Comödie spielen“, worauf er den Beifall des Hauses erhält.³¹²

Erst im Februar 1862 gelang es dem Reichsrat, eine Einigung über das neue Reichsgemeindengesetz zu erzielen.³¹³ Die Frage des Gutsbesitzes wurde auf folgende Weise gelöst: Das Gesetz überließ es den

³⁰⁸ Die Presse vom 28.9.1861, S. 3.

³⁰⁹ Die Presse vom 14.9.1861, S. 2.

³¹⁰ Fremden-Blatt vom 28.9.1861, S. 1.

³¹¹ Die Presse vom 28.9.1861, S. 3.

³¹² Ebda.

³¹³ *Klabouch*, Die Gemeindeselbstverwaltung in Österreich, S. 61.

Landtagen, zu bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen der Großgrundbesitz aus den Gemeinden ausgegliedert werden sollte oder nicht.³¹⁴

Karl Wilhelm schließt seine oben erwähnte Rede mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Aristokratie:

*Oesterreichs Aristokratie hat eine Zukunft, wenn sie ihre Zeit begreift; die Zeit aber fordert von ihr, daß, wie sie einerseits in ihrer alten Treue gegen den angestammten Kaiser und Herrn ihre heilige Standespflicht erkennt, daß sie andererseits ihren Beruf darin erblicke, Hand in Hand mit dem Volke zu gehen, seine Wünsche, seine Bedürfnisse kennen zu lernen, bei Allem, was gemeinnützig und patriotisch ist, von unten auf Hand anzulegen, und in Allem voranzugehen in der treuen Erfüllung staatsbürgerlicher und kommunaler Pflichten.*³¹⁵

Er spricht damit die Überzeugung aus, dass es auch im konstitutionellen Zeitalter Aufgabe des Adels sei, an der politischen Entwicklung mitzuwirken. Dieser solle so Mitverantwortung an den politischen und gesellschaftlichen Weichenstellungen übernehmen, die diese Zeit des Umbruchs mit sich brachte. Dabei erkennt Karl Wilhelm die Notwendigkeit, die gesellschaftlichen Forderungen der Zeit anzuerkennen. Seine liberale Einstellung lässt sich erkennen, als er die Autonomie der Gemeinde und das Recht der Bürger auf Mitsprache befürwortet: „Jeder Gebildete muß erkennen, daß der Geist der Neuzeit, das heißt die durch Vorsehung selbst gegebene Cultur – historische Entwicklung des Volkes, die Neubildung der Staaten – auf Grundlage der freiheitlichen Gleichstellung fordert.“³¹⁶ Es sollten zwar die Interessen Aller vertreten sein, allerdings tritt er nicht für die absolute Gleichstellung aller Bürger ein, sondern fordert für den Adel, der eine besondere Stellung in der Gemeinde habe, auch besonderen Einfluss.

Das Reichsgemeindegesezt war einer der ersten bedeutenden legislativen Akte, die im Reichsrat behandelt wurden,³¹⁷ und gleichzeitig eines der ersten Themen, bei denen Karl Wilhelm mit seiner Arbeit im Abgeordnetenhaus besonders hervortrat. Bereits dieser erste Auftritt Karl Wilhelms ist beispielhaft für sein politisches Wirken, indem er für die Interessen seines Standes, des adeligen Großgrundbesitzes, eintritt.

³¹⁴ Gesetz vom 5. März 1862, Reichsgesetzblatt 1862, Nr. 18. In: Christian Vasold, Das Reichsgemeindegesezt 1862. Entstehung, Bedeutung und Inhalte. (Diplomarbeit Graz 2011), S.95. Online bei: <http://unipub.uni-graz.at/obvugrhs/download/pdf/215440?originalFilename=true>, abgerufen am 17.5.2017.

³¹⁵ Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1861, S. 1169.

³¹⁶ Ebda.

³¹⁷ Klabouch, Die Gemeindegeseztverwaltung in Österreich, S. 63.

4.4.9 Rede gegen die klerikalen Tiroler Abgeordneten

In der Adressdebatte im Jänner 1870 erregte Karl Wilhelm durch seinen Angriff auf drei Tiroler Abgeordnete, der in weiterer Folge sechs Abgeordnete zum Austritt aus dem Reichsrat bewegte, großes Aufsehen. Auch in der Presse sorgte sein Auftreten für ein längeres Echo. Diese Rede vom 26. Jänner lässt sehr gut seinen politischen Standpunkt erkennen, der beispielhaft für die Grundhaltung der Verfassungspartei ist, und veranschaulicht gleichzeitig die Gegnerschaft zwischen der liberalen und der klerikalen Partei.

Karl Wilhelm war als Berichterstatter des Ausschusses eigentlich die Aufgabe zugefallen, die Resultate der seit Tagen währenden Debatte um die neue Adresse an den Kaiser zusammenzufassen. Stattdessen aber nutzte er die Gelegenheit, um auf die antizentralistischen, nationalistischen Tendenzen der Feudalen und insbesondere der klerikalen Partei aufmerksam zu machen, welche die Verfassung und die Einheit des Reiches gefährden würden.³¹⁸

Streitpunkt der Diskussion war das Minoritätsvotum, in welchem gefordert wurde, dass in der Adresse deutlich der Wunsch nach einer Verfassungsänderung ausgedrückt werden sollte, da diese nicht in allen Teilen der Monarchie zufrieden gestellt habe. Karl Wilhelm stellt nun in seiner Rede fest, dass es unmöglich sei, für einen so vielfältig gegliederten Staat wie die Habsburgermonarchie eine Verfassung zu schaffen, die alle Teile der Bevölkerung vollständig zufrieden stellen könne. Er fragt nach den Gründen für diese Unzufriedenheit und findet sie in der Abneigung gegen die deutsche Sprache sowie im Nationalismus der einzelnen Länder, welchen er als den „Irrthum unseres Jahrhunderts“ bezeichnet.³¹⁹ Der Nationalismus, so Karl Wilhelm, würde die Errungenschaften der Aufklärung gefährden, indem in der Nationalität eine Grundlage zur Staatenbildung erblickt werde und von daher die Tendenz käme, dass die einzelnen Angehörigen bestimmter Nationalitäten vergessen würden, dass sie zuerst Menschen und Staatsbürger seien und dann erst für die Interessen ihrer Nationalität zu sorgen hätten.

Er weist auf die föderalistischen Bestrebungen gerade in den Ländern mit gemischten Nationalitäten hin. Die nationalen Parteien würden nicht nur – berechtigterweise – für die besonderen Interessen der eigenen Nationalität eintreten, sondern hätten auch die Bestrebung, Abänderungen der Verfassung im föderalistischen Sinne herbeizuführen.

Er gesteht den Ländern durchaus zu, bei den Landesangelegenheiten eine individuelle Gesetzgebung zu fordern. Die Möglichkeit der Regierung, die Landesgesetzgebung zu uniformieren, sei ein Fehler der

³¹⁸ ALEX Historische Rechts- und Gesetzestexte Online, Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, V. Session: 14.12.1869–21.05.1870, Sitzungsprotokolle, S. 228 f. Online bei: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spa&datum=0005&size=45&page=3>, abgerufen am 7.7.2017.

³¹⁹ Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1870, S. 230.

Verfassung, der beseitigt werden müsse. Die Tendenzen der nationalen Parteien würden aber über den Wunsch der Länder nach Autonomie hinausgehen, da sie beabsichtigten, den einzelnen Königreichen und Ländern Hoheitsrechte zu verleihen, welche nur dem Gesamtstaat zustünden. Dadurch würden diese Länder zu Staaten werden und die Monarchie zum Bundesstaat, was nach seiner Überzeugung zur Auflösung des Reichs führen müsste. Die Rückkehr zu einer Einzelgesetzgebung betrachtet er als Rückschritt.

Karl Wilhelm spricht sich entschieden gegen die föderalistischen Bestrebungen aus, die innerhalb der feudalen und klerikalen Partei bestanden. Da bereits ein Kollege auf der Linken über die feudale Partei gesprochen hatte, machte er sich daran, jene Tendenzen bei den Klerikalen und den „gränzenlosen Hochmuth“ ihrer Partei unter Beschuss zu nehmen.³²⁰ Hierzu zitierte er Wortmeldungen von drei Anhängern der klerikalen Partei aus dem Tiroler Landtag, wo die Hauptstütze der klerikalen Opposition lag.³²¹ Aus einem der Beiträge ging hervor, dass der Abgeordnete die Verfassung für unvereinbar mit der staatsrechtlichen Stellung Tirols hielt, und darüber hinaus forderte, dass die Schul- und Ehegesetze nicht im Widerspruch mit der Kirche stehen dürften. Ein weiterer Abgeordneter hatte erklärt, dass er das Oktoberdiplom nicht anerkenne, und der Dritte hatte verkündet, der Reichsrat habe über die Völker und Landesrechte verfügt, ohne ein Mandat zu haben.

Nun setzte Karl Wilhelm zum Gegenschlag gegen die Tiroler Klerikalen an, als er die Aussage eines der Abgeordneten zitierte: „er spreche im Namen des Volkes von Tirol [...] er sei ein Deutscher“, und ihm darauf folgende Worte entgegenschleuderte:

*Sie sind kein Deutscher, Sie und Ihresgleichen sind es nicht; Sie sind auch kein Oesterreicher, denn Ihre Heimat ist Rom, Ihr Vaterland ist die Kirche, Ihr Kaiser ist der Papst. Sie wollen kaiserlicher sein, als es Seine Majestät der Kaiser ist und verweigern ihre Anerkennung Gesetzen, denen seine Majestät Ihre Unterschrift beigefügt hat.*³²²

Dieser verließ daraufhin gemeinsam mit seinem Kollegen den Saal.

Karl Wilhelm spricht dem genannten Abgeordneten ab, Österreicher zu sein, da er der Autorität der Kirche größere Bedeutung zumessen würde als jener des Kaisers; er wirft ihm vor, nicht das Wohl der Monarchie an erster Stelle zu sehen. Er wendet sich damit gegen jene Partei, die nicht für die Interessen des Reiches eintreten, sondern durch nationale und religiöse Sonderbestrebungen dessen Einheit gefährden würde. Karl Wilhelm war der Ansicht, dass das damalige konstitutionelle System, also die Reichseinheit in den höchsten Angelegenheiten der Gesetzgebung und Verwaltung neben der

³²⁰ Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1870, S. 233.

³²¹ Karl *Vocelka*, *Verfassung oder Konkordat? Der publizistische und politische Kampf der österreichischen Liberalen um die Religionsgesetze des Jahres 1868* (Wien 1978), S. 130.

³²² Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1870, S. 234.

weitestgehenden Autonomie der einzelnen Reichsteile, die einzig richtige Verfassungsform für Österreich sei. Der Föderalismus, den anzustreben er seinen Gegnern vorwirft, löse das Reich auf.³²³

Mit diesen Ansichten sprach er den Grundgedanken der Verfassungspartei aus, die treu zur Verfassung hielt, aber Abänderungen in dieser, wenn sie auf verfassungsmäßigem Wege erfolgten, nicht grundsätzlich ablehnte. Karl Wilhelm sieht sich auf dem Standpunkt der Verständigung, da er durchaus der Meinung ist, dass, wenn Wünsche nach einer Abänderung aufkämen, diese genau geprüft, und bei schweren Missständen umgesetzt werden sollten. Er warnt allerdings davor, zu leichtfertig an eine Verfassungsabänderung heranzugehen und tritt für die volle Unterstützung der Regierung ein. Von ihr erwartet er, dass sie geeint und, ohne sich von die Reichseinheit gefährdenden Tendenzen beeinflussen zu lassen, die Staatsgrundgesetze durchführen sollte.

Seine Klage gegen die klerikalen Tiroler Abgeordneten, in der er diesen absprach, „echte“ Österreicher zu sein, sorgte bei der Presse für eine Welle der Entrüstung. Nicht nur die konservativen Blätter, selbst die liberale „Presse“ kritisierte sein Auftreten, zumal er als Berichterstatter ja nicht gerade unparteiisch agiert hatte.³²⁴ Allein die „Neue Freie Presse“ lobte überschwänglich seine Rede gegen die Klerikalen und zählte sie „nicht bloß zu seinen, sondern auch überhaupt zu den besten parlamentarischen Leistungen.“³²⁵

Im weiteren Verlauf dieser Rede machte er den Klerikalen noch den Vorwurf, dass sie aus allen Äußerungen der Liberalen Partei religiöses Kapital schlagen und ihr die Schuld für den Verfall der religiösen Sitten geben würden. Die liberale Partei, so Karl Wilhelm, achte sehr wohl den Glauben; es sei vielmehr, kontert er den Klerikalen,

*das Treiben Ihrer Partei, welche den Geist des Jahrhunderts zurückdrängen will in die Zeiten des finsternen Mittelalters, welche den Verstand des Menschen knechten will unter der geistlichen Herrschaft, welche die Freiheit des Geistes unterdrücken will, die dem Menschen von einem Höheren gegeben ist, als Sie es sind, denn sie ist ihm angeboren. Dies glaubte ich sagen zu müssen und ich glaube, im Namen von 100 000 Katholiken zu sprechen, und ich glaube vor Gott und der Welt Recht gethan zu haben.*³²⁶

³²³ Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1870, S. 236.

³²⁴ Die Presse vom 28.1.1870, S. 1.

³²⁵ Neue Freie Presse vom 27.1.1870, S. 1 f.

³²⁶ Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, Sitzungsprotokolle 1870, S. 234 f.

4.4.10 Die Konkordatsfrage

Karl Wilhelm trat mit seiner Rede gegen die Klerikalen in jener Zeit auf, in der die Liberalen im Kampf gegen den Einfluss der Kirche im Staat einige Erfolge verzeichneten. Das Konkordat von 1855 hatte die Kirchenherrschaft im Neoabsolutismus begründet. Es entzog dem staatlichen Machtbereich Eherecht, Schulwesen und Klerus und bevorzugte die katholische Kirche. Dies war unvereinbar mit dem Prinzip des Konstitutionalismus und auch mit einigen konkreten Bestimmungen des Grundrechtskatalogs der Verfassung von 1867. Die Liberalen kämpften daher dafür, der Kirche die ihr im Konkordat zum Teil überlassenen Gebiete der staatlichen Gesetzgebung wieder zu entziehen.

Dies erreichten sie in einem ersten Schritt durch die Maigesetze 1868, welche die Durchführung des Konkordats in wichtigen Punkten unterband, und 1870 schließlich durch dessen einseitige Kündigung durch den Kaiser.³²⁷

Zu diesen beiden Maßnahmen ließen sich in den Quellen keine Beiträge von Karl Wilhelm im Abgeordnetenhaus finden, allerdings wird seine Haltung zur Kirche 1862 gut deutlich, als er sich an den Diskussionen um das Konkordat beteiligt. Er betont, dass die Kirche in rein geistlichen Angelegenheiten unbedingt die oberste Gesetzgeberin sein sollte, aber spricht sich gegen die Einflussnahme der Kirche auf staatliche Angelegenheiten aus – „dem Kaiser was des Kaisers und Gott was Gottes ist“ – und fordert, dass Bischöfe und Priester sich denselben Gesetzen wie die übrige Bevölkerung unterzuordnen hätten.³²⁸ Er weist darauf hin, dass einige Bestimmungen des Konkordats unvereinbar mit dem Prinzip der Gleichberechtigung der Glaubensbekenntnisse und aller Staatsbürger seien. Das Konkordat erkennt er als gültiges Reichsgesetz an, das er aber nicht für unabänderlich halte. Der Reichsrat habe aus seiner Sicht nicht die Kompetenz zu einer Aufhebung oder Abänderung, aber er hoffe, dass die Debatten im Reichsrat die Regierung dazu veranlassen mögen, die Initiative zu ergreifen.³²⁹

Karl Wilhelm wehrt sich jedoch gegen das Vorgehen einiger Ultramontanen, die Gegner des Konkordats als Feinde der katholischen Kirche darzustellen. Er bezeichnet sich selbst als guten Katholiken und spricht mit lobenden Worten für die Rechte des Papstes, dem er treu ergeben sei. Zudem versichert er, dass ihm gegenüber eine große Zahl frommer Priester die Ansicht geäußert hätten, dass sie nicht mit allen Bestimmungen des Konkordats einverstanden sein könnten.³³⁰ Karl Wilhelm besaß zudem auch den Titel des Päpstlichen Geheimen Kämmerers.³³¹

³²⁷ Wilhelm *Brauneder*, Österreichische Verfassungsgeschichte (Wien 1998), S. 157 f.

³²⁸ Die Presse vom 30.5.1862, S. 10.

³²⁹ Fremden-Blatt vom 31.5.1862, S. 1.

³³⁰ Feldkircher Zeitung vom 18.6.1862, S. 1.

³³¹ *Witting*, Die Wappen des Adels in Niederösterreich (Siebmachers großes Wappenbuch), S. 364.

4.5 Der Unternehmer

4.5.1 Adelige als Unternehmer im Zeitalter der Industrialisierung

Die Wurzeln adeligen Unternehmertums sind schon im vorindustriellen Zeitalter zu suchen. Schon in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts, als in der Habsburgermonarchie erstmals gezielt die Ansiedlung von Industriebetrieben gefördert wurde, traten einheimische Adelige als Gründer hervor. Ein Jahrhundert später wurde der Adel von der Krone sogar direkt dazu aufgefordert, sich unternehmerisch zu betätigen. Besonders der Adel der böhmischen Länder beteiligte sich aktiv an der Industrialisierung. Viele kapitalkräftige, meist höhere Adelige errichteten erfolgreich Betriebe; daneben gelang aber auch einer wachsenden Zahl von bürgerlichen Unternehmern der Aufstieg in den Adel.³³² Die meisten Wirtschaftsunternehmen des Adels existierten im Bereich der Land- und Forstwirtschaft.³³³ Gerade hier scheint die kapitalistische Modernisierung und die Gründung von Industriebetrieben naheliegend – bildete doch der Grundbesitz in der Regel die finanzielle Basis adeliger Familien. Da bereits ein Kapitel der Landwirtschaft gewidmet ist,³³⁴ soll im Folgenden jedoch vor allem die Rolle des Adels im industriell-gewerblichen Unternehmertum untersucht werden.

Der Grad der Industrialisierung und die adelige Besitzstruktur unterschied sich je nach Region teils beträchtlich – in Böhmen und Mähren etwa gab es viele ausgedehnte, geschlossene Besitzungen und große landwirtschaftliche Industrien und Bergbaubetriebe; der Adel spielte zumindest bis in die 1870er Jahre in verschiedenen Industriezweigen eine wichtige Rolle. In den Alpen- und Küstenländern dagegen waren die Güter kleiner und der Industrialisierungsgrad geringer.³³⁵ Auf dem Gebiet des heutigen Österreich waren Wien und das Wiener Becken, die Obersteiermark sowie Vorarlberg die industriell am stärksten entwickelten Regionen.³³⁶

Mit der Gründerzeit ab der Mitte des 19. Jahrhunderts begann in der Habsburgermonarchie eine Phase schnellen Wirtschaftswachstums, die bis zum Börsenkrach 1873 andauerte. Die liberale Wirtschaftspolitik dieser Zeit beförderte das Gründungsgeschäft und Spekulationen. Auch einige Adelige nutzten die Einkommenschancen, die sich infolge der Industrialisierung boten. Die Entschädigungs- und Ablösungskapitalien, die ihnen im Zuge der Aufhebung der Grundherrschaft

³³² Thomas *Winkelbauer*, Ökonomische Grundlagen adeliger Lebensführung in der Frühen Neuzeit. In: Gerhard *Ammerer*, Elisabeth *Lobenwein*, Martin *Scheutz* (Hg.), *Adel im 18. Jahrhundert. Umriss einer sozialen Gruppe in der Krise* (Querschnitte 28. Einführungstexte zur Sozial-, Wirtschafts- und Kulturgeschichte, 2015), S. 109 f.

³³³ Manfred *Rasch*, Peter *Weber* (Hg.), *Europäischer Adel als Unternehmer im Industriezeitalter* (Essen 2017), S. 7.

³³⁴ Kapitel 4.2.1 Der Adel als landwirtschaftlicher Unternehmer.

³³⁵ *Stekl*, *Der erbländische Adel*, S. 973 f.

³³⁶ Alois *Niederstätter*, *Geschichte Österreichs* (Stuttgart 2007), S. 203.

zufielen, boten dabei einen Startvorteil und wurden für die Intensivierung der agrarischen Produktion, manchmal aber auch für Investitionen im Bereich der Industrie und zur Anlage in Form von Aktien genutzt.³³⁷ Gerade einige höhere, wohlhabende Adelige engagierten sich im großen Stil in den neuen Leitsektoren der Wirtschaft.³³⁸ Die Reichsten beteiligten sich an der Gründung von Banken.³³⁹ Andere gründeten Fabriken, engagierten sich im Baugeschäft oder investierten in Eisenbahnlinien – und erhofften sich von Letzterem oft nicht nur Kapitalgewinne, sondern auch die günstige Verkehrserschließung ihrer Besitzungen.³⁴⁰

4.5.2 Anteil des Adels an der Industrialisierung

Über den Anteil Adelliger als Unternehmer in Zisleithanien liefert Hubert Weitensfelder einige Zahlen:³⁴¹ Eine Untersuchung von Wolfgang Meixner zählte unter 2.592 Unternehmern, die zwischen 1721 und 1979 lebten, 382 Adelige, also 14,7 %. Nur ein Teil der Erfassten war von Geburt an adelig, die Anderen hatten ihren Titel in Folge ihrer Karriere erhalten. Einen hohen Adelstitel erwarben bürgerliche Wirtschaftstreibende allerdings nur selten. 69,9 % der in der Untersuchung erfassten Unternehmer gehörten dem hohen Adel an, wozu auch die Freiherren gerechnet wurden. Eine von Herbert Matis unternommene Studie über Manufaktur- und Fabriksbesitzer für die Region südlich von Wien vom 18. Jahrhundert bis 1848 kommt mit 16,1 % zu einer ähnlichen Zahl für den Anteil des Adels.³⁴² Diese Studien lassen zunächst darauf schließen, dass der Adel in der Unternehmensgeschichte überproportional vertreten sei; Weitensfelder liefert aber noch weitere Ergebnisse, die von einem deutlich geringeren Anteil Adelliger ausgehen: Von 4.204 Patenten, die in der Habsburgermonarchie im Zeitraum von 1820 bis 1847 erteilt wurden, wurden nur 243, also 5,8 % von Adelligen in Anspruch genommen.³⁴³ Der Anteil des Adels an der Gewerbeausstellung in Wien 1845 beträgt 4,4 %, jener an der Wiener Weltausstellung von 1873 5 % und jener in einem Gesamtwerk über die Großindustrie Cisleithaniens 1898 ebenfalls rund 5 %, wenn auch noch ein versteckter Anteil adeliger Beteiligung zu vermuten ist.³⁴⁴

³³⁷ *Stekl*, *Der erbländische Adel*, S. 972.

³³⁸ *Stekl*, *Der erbländische Adel*, S. 1010.

³³⁹ *Stekl*, *Der erbländische Adel*, S. 977.

³⁴⁰ *Stekl*, *Der erbländische Adel*, S. 977.

³⁴¹ Hubert *Weitensfelder*, „Geschäfte macht kein Windisch-Graetz“. *Adel und Industrialisierung in Cisleithanien*. In: Manfred *Rasch*, Peter *Weber* (Hg.), *Europäischer Adel als Unternehmer im Industriezeitalter* (Vereinigte Adelsarchive im Rheinland e.V. Schriften 5, Essen 2017), S. 213–232.

³⁴² *Weitensfelder*, „Geschäfte macht kein Windisch-Graetz“, S. 214 f.

³⁴³ *Weitensfelder*, „Geschäfte macht kein Windisch-Graetz“, S. 218.

³⁴⁴ *Weitensfelder*, „Geschäfte macht kein Windisch-Graetz“, S. 218 f.

4.5.3 Adeliges Selbstverständnis

Ein Teil des Adels nahm also durchaus Anteil an der Industrialisierung. Im Hinblick auf den finanziellen Rückhalt durch den Grundbesitz und auch seinen immer noch herausragenden gesellschaftlichen Status hatte er aber einen Startvorteil gegenüber bürgerlichen „Aufsteigern“ – es stellt sich die Frage, warum sein Anteil nicht höher war.

Ein wichtiger Grund hierfür dürfte im Selbstverständnis des Adels und in seiner Traditionsgebundenheit liegen. Zunächst scheint der Adel durchaus zum Unternehmereidasein berufen gewesen zu sein. Vor dem Beginn der Industriellen Revolution gab es Wirtschaftsunternehmen des Adels nahezu ausschließlich im Rahmen der Land- und Forstwirtschaft auf seinen Gütern, auf denen agrarische Nebenbetriebe, Manufakturen und Bergbaubetriebe errichtet wurden.³⁴⁵ Das änderte sich mit dem Übergang zur industriellen Verarbeitung der Rohstoffe, indem sich die Veredelungsbetriebe mehr und mehr von den Gutsbetrieben lösten und verselbständigten. Der Adel, für dessen Identität das Erben und die Weitergabe von Traditionsvermögen von zentraler Bedeutung waren, stand einer neuen Form des Unternehmertums im Industriezeitalter gegenüber, das ganz andere und ungewohnte Umgangsformen pflegte.³⁴⁶ Noch dazu wurde es maßgeblich vom aufstrebenden Bürgertum getragen, zu dem der Adel stets gesellschaftliche Distanz wahrte. Somit stellte das neue industrielle Unternehmertum eine Lebensweise dar, mit der sich der konservative Adel nur wenig identifizieren konnte.

Scheinbar kamen aber die verschiedenen Wirtschaftssektoren der Standesidentität des Adels in unterschiedlichem Maß entgegen. Die Industrie stellte für den Adel keinen grundsätzlich neuen Sektor dar, hatte er sich doch seit der Frühen Neuzeit im Bergbau, in Manufakturen und in der Lebensmittelproduktion engagiert. Manche Bereiche wie der Bergbau und die Zuckerindustrie, aber auch die Eisenbahn, arbeiteten sogar direkt mit dem Grundbesitz oder der Landwirtschaft zusammen und kamen womöglich dadurch der adeligen Identität eher entgegen als die neuere Industrie, Bankengründungen und Aktienspekulationen.³⁴⁷ Auch in den neuen Produktionsbranchen und vielen Bereichen der technischen Innovation, wie etwa dem Maschinen- und Werkzeugbau, der Elektrotechnik oder der Telefonie und Telegraphie, schien ein gewisser Konservatismus den Adel von größerem Engagement abzuhalten.³⁴⁸

³⁴⁵ Herbert *Matis*, Charlotte *Natmeßnig* (Hg.), *Von der frühen Industrialisierung zum Computerzeitalter. Wirtschaftshistorische Wegmarkierungen. Ausgewählte Schriften* (Wien 2006), S. 43.

³⁴⁶ Manfred *Rasch*, Peter *Weber* (Hg.), *Europäischer Adel als Unternehmer im Industriezeitalter* (Vereinigte Adelsarchive im Rheinland e.V. Schriften 5, Essen 2017), S. 7.

³⁴⁷ Thierry *Jacob*, *Das Engagement des Adels der preußischen Provinz Sachsen in der kapitalistischen Wirtschaft 1860–1914/18*. In: Heinz *Reif* (Hg.), *Adel und Bürgertum in Deutschland*, Bd. 1: *Entwicklungslinien und Wendepunkte im 19. Jahrhundert* (Berlin 2008), S. 282.

³⁴⁸ *Weitensfelder*, „Geschäfte macht kein Windisch-Graetz“, S. 227 f.

Die ambivalente Haltung des Adels gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung des Industriezeitalters tritt in einem bekannten Ausspruch des Fürsten Alfred I. von Windisch-Graetz zutage. Dieser hatte sich 1855 an der Gründung der „Österreichischen Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe“ beteiligt. Bereits 1856 verzichtete er auf die Realisierung seiner Gewinne aus Aktien dieser Bank und soll dazu bemerkt haben: „Geschäfte macht kein Windisch-Graetz“. Noch im selben Jahr jedoch beteiligte er sich wiederum an der Gründung einer Chemischen Fabrik in Böhmen.³⁴⁹

Thierry Jacob plädiert dafür, den Ausspruch des Fürsten von Windisch-Graetz nicht dahingehend zu interpretieren, dass sich Adelige generell von gewinnorientiertem Unternehmertum fernhielten, sondern dass sie vielmehr jene Betätigungen mieden, die offensichtlich mit Geldverkehr und Spekulation, also mit „Geschäften“, verbunden waren. Sein Standesbewusstsein hätte den Adel daran gehindert, diese Barriere zu überschreiten und den Sprung in die Welt der Finanzen und des Geldes zu wagen.³⁵⁰ Allerdings gab es dennoch eine Reihe Angehöriger des hohen Adels, die sich am Gründungsgeschäft von Banken beteiligten – oder auch mit der Finanzierung einer Entwicklungsbank so manche Beteiligungen tarnten.³⁵¹ Auch sie fanden sich an der Spitze von Aktiengesellschaften und in den Aufsichtsräten.³⁵²

4.5.4 Karl Wilhelm als Unternehmer

Karl Wilhelm war ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts rege im Unternehmertum beschäftigt. Nach meiner Zählung, die auf den Wirtschaftsnachrichten der Tageszeitungen beruht, engagierte er sich für mindestens 16 Unternehmen. Allerdings belegen die meisten dieser Nachrichten nur, dass er Mitglied der Verwaltungsräte war. Eine Beteiligung Karl Wilhelms mit eigenem Kapital muss damit nicht zwingend verbunden sein.

Er engagierte sich in unterschiedlichen Unternehmenssparten. Bei jenen 16 Unternehmen handelt es sich um sechs Banken und Kreditgesellschaften, vier Eisenbahn- beziehungsweise Transportgesellschaften, zwei Bergbauunternehmen, zwei Versicherungsgesellschaften sowie ein Bau- und ein Brauereiunternehmen.

³⁴⁹ *Weitensfelder*, „Geschäfte macht kein Windisch-Graetz“, S. 224.

³⁵⁰ *Thierry Jacob*, *Das Engagement des Adels in der preußischen Provinz Sachsen*, S. 282.

³⁵¹ *Stekl*, *Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung*, S. 21.

³⁵² *Matis, Natmeßnig*, *Von der frühen Industrialisierung zum Computerzeitalter*, S. 44.

Unternehmen	Mitgliedschaft im Verwaltungsrat ³⁵³	(Vize-)Präsidentschaft ³⁵⁴
Anglo-Österreichische Bank	1863–1869	
Österreichische Hypothekenbank	1867–1884	
Allgemeine Depositen-Bank	1871–1884	1871–1884
Bodenkredit-Gesellschaft	1879–?	
Ungarische Bodenkredit-Aktien-Gesellschaft	1879–?	
Österreichische Zentral-Bodenkreditbank	1879–1884	1879–1883
Wiener Tramway-Gesellschaft	1868–1868	
Südbahn-Gesellschaft	1873–1884	1874–1884
Wien-Pottendorf-Wiener Neustädter Eisenbahn	1874–1884	1876
Allgemeine Österreichische Transportgesellschaft	1879–?	
Brooder Kohlenbergbau-Gesellschaft	1872	
Trifailer Kohlegewerkschaft	1880–?	
Wiener Baugesellschaft	1869–1884	1869–1884
Liesinger Brauerei	1876–?	1872–1884
Ungarisch-Französische Versicherungsgesellschaft	1879–1884	
Versicherungsgesellschaft „Oesterreichischer Phönix“	1880–1884	

Tabelle 1: Karl Wilhelm als Mitglied des Verwaltungsrates bzw. (Vize-)Präsident verschiedener Unternehmen

Quelle: Adlgasser, Die Mitglieder der Österreichischen Zentralparlamente, S. 1294; Zeitungen.

4.5.5 Karl Wilhelm im Bankgeschäft

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Gründerzeit war ein gesteigertes Kreditbedürfnis in der Habsburgermonarchie verbunden, und es entstanden mehrere Bank- und Kreditgesellschaften. In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zeigten britische Finanzkreise zunehmend Interesse an einer Tätigkeit auf dem europäischen Festland, wo es zu einer Reihe von Gründungen kam. Eine dieser „foreign banks“ war die Anglo-Österreichische Bank, die 1863 mit britischem und österreichischem Kapital mit Sitz in Wien gegründet wurde.³⁵⁵ Sie widmete sich in den 1860er und 1870er Jahren intensiv dem Anleihegeschäft und der Vermittlungstätigkeit zwischen österreichischen und englischen Finanzkreisen, daneben war sie am Ausbau des Eisenbahnnetzes der Habsburgermonarchie und der Finanzierung von Unternehmungen unter anderem im Bergbau und in der Eisen- und Stahlindustrie sowie an mehreren Bankgründungen beteiligt.³⁵⁶

³⁵³ Soweit bekannt.

³⁵⁴ Soweit bekannt.

³⁵⁵ Charlotte *Natmeßnig*, Britische Finanzinteressen in Österreich. Die Anglo-Oesterreichische Bank (Studien zur Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik, Bd. 5, 1998), S. 114 f.

³⁵⁶ *Natmeßnig*, Britische Finanzinteressen in Österreich, S. 127 f.

Am Beginn von Karl Wilhelms Karriere in der Geschäftswelt steht sein Engagement für die Anglo-Österreichische Bank. Er schloss sich dem Komitee der Gründer dieser Bank an und war eines der acht Mitglieder des österreichischen Komitees des Verwaltungsrates.³⁵⁷ Das Startkapital betrug 20 Millionen Silbergulden in 100.000 Aktien.³⁵⁸ In den Statuten war festgelegt, dass jeder Verwaltungsrat 100 Aktien zu deponieren habe und jährlich eine fixe Remuneration von 3.000 Silbergulden erhalten sollte.³⁵⁹ Karl Wilhelm war also offenbar mit eigenem Kapital an den Geschäften dieser Bank beteiligt.

Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten verzeichnete die Anglo-Österreichische Bank bis zum Börsenkrach 1873 gute Erfolge. Die Bilanzsumme stieg von 1864 bis Ende 1868 von 22,6 Millionen Gulden um nahezu das Vierfache auf die Rekordhöhe von 89,5 Millionen Silbergulden, eine Summe, die danach lange Zeit nicht mehr erreicht wurde.³⁶⁰

In dieser erfolgreichen Phase gehörte Karl Wilhelm dem Verwaltungsrat der Bank an. Als dieser ihn aufforderte, wie die anderen Mitglieder täglich dort zu erscheinen, schied er 1869 aus mit der Begründung, dass er andernfalls seinen Pflichten als Abgeordneter nicht mehr nachkommen könne.³⁶¹

Karl Wilhelm war auch in einigen Unternehmen involviert, die unter Mitwirkung der Anglo-Österreichischen Bank gegründet wurden. Hierzu zählt unter anderem die Österreichische Hypothekbank, die 1867 in Wien ins Leben gerufen wurde.³⁶² Auch diesmal gehörte, neben der Anglo-Österreichischen Bank selbst, unter anderem Karl Wilhelm zu den Konzessionswerbern.³⁶³ Da er wieder zu den Mitgründern zählte, ist es naheliegend, dass er selbst Anteile an der Bank hatte. Er wurde von der Anglo-Österreichischen Bank in den Verwaltungsrat bestellt und 1870, nachdem er jene verlassen hatte, als neugewählter Verwaltungsrat eingetragen.³⁶⁴ Diese Stelle hatte er bis zu seinem Tod im Jahr 1884 inne.³⁶⁵

1871 trat Karl Wilhelm in den Verwaltungsrat der neugegründeten Allgemeinen Depositenbank mit Sitz in Wien und wurde zu dessen Präsidenten gewählt.³⁶⁶ Bei der konstituierenden Generalversammlung wurde beschlossen, dass jedes Mitglied des Verwaltungsrats ein jährliches Fixum

³⁵⁷ Die Presse vom 11.7.1863, S. 5; Gerichtshalle vom 31.12.1863, S. 12.

³⁵⁸ *Natmeßnig*, Britische Finanzinteressen in Österreich, S. 118; Das Vaterland vom 15.12.1863, S. 3.

³⁵⁹ Das Vaterland vom 15.12.1863, S. 3.

³⁶⁰ *Natmeßnig*, Britische Finanzinteressen in Österreich, S. 122.

³⁶¹ Morgen-Post vom 16.12.1869, S. 4.

³⁶² *Natmeßnig*, Britische Finanzinteressen in Österreich, S. 128; Die Presse vom 15.11.1867, S. 8.

³⁶³ Die Presse vom 26.10.1867, S. 12; Die Debatte vom 1.11.1867, S. 3.

³⁶⁴ Die Presse vom 27.2.1868, S. 6; Die Presse vom 6.5.1870, S. 8.

³⁶⁵ Die Presse vom 23.9.1884, S. 11.

³⁶⁶ Die Presse vom 22.4.1871, S. 7.

von 2.000 Gulden Österreichischer Währung erhalten solle.³⁶⁷ Als Präsident führte er bis zu seinem Tod regelmäßig den Vorsitz bei den Generalversammlungen.

1879 erscheint Karl Wilhelm im Verwaltungsrat der Bodenkredit-Gesellschaft sowie der Ungarischen Bodenkredit-Aktien-Gesellschaft; bei Letzterer stand ihm eine Remuneration von jährlich 2.000 Gulden zu.³⁶⁸ Ab 1879 war er außerdem Präsident des Verwaltungsrats der Österreichischen Zentral-Bodenkreditbank, dem er bis zu seinem Tod angehörte.³⁶⁹

4.5.6 Weitere Unternehmen

Karl Wilhelm engagierte sich für vier Bahn- beziehungsweise Transportunternehmen. Am Beginn steht die Wiener Tramway-Gesellschaft, die sich 1868 konstituierte und den Bau und den Betrieb von Pferdestraßenbahn-Linien in Wien zum Ziel hatte. An der Gründung war die Anglo-Österreichische Bank mitbeteiligt, die Karl Wilhelm in den Verwaltungsrat entsandte; unter den Gründern wird in den Quellen auch Karl Wilhelm genannt.³⁷⁰ Als der Verwaltungsrat im selben Jahr beschloss, einen Prozess gegen die Kommune Wien zu beginnen, trat Karl Wilhelm noch 1868 davon zurück.³⁷¹

1873 trat Karl Wilhelm in den Verwaltungsrat der Südbahn-Gesellschaft, die zahlreiche bedeutende Bahnlinien in der Habsburgermonarchie betrieb. Er wurde zum Vizepräsidenten gewählt und gehörte dem Unternehmen bis zu seinem Tod an.³⁷² Ein Jahr darauf schloss er sich dem Verwaltungsrat der Wien-Pottendorf-Wiener Neustädter Eisenbahn an und führte als Präsident regelmäßig den Vorsitz bei den Generalversammlungen der Gesellschaft.³⁷³ 1879 wurde er in den Verwaltungsrat der Allgemeinen Österreichischen Transportgesellschaft gewählt.³⁷⁴

Daneben war Karl Wilhelm bei zwei Bergbauunternehmen involviert: 1872 stand er an der Spitze des Konsortiums der Brooder Kohlenbergbau-Gesellschaft, welche Kohlenlager bei Brood ankaupte, um im großen Stil Bergbau in Slawonien zu betreiben,³⁷⁵ und 1880 wurde er in den Verwaltungsrat der Trifailer Kohlegewerkschaft berufen.³⁷⁶

³⁶⁷ Die Presse vom 21.4.1871, S. 8.

³⁶⁸ Neue Freie Presse vom 23.6.1879, S. 3; Die Presse vom 20.10.1879, S. 3.

³⁶⁹ *Adlgasser*, Die Mitglieder der Österreichischen Zentralparlamente, S. 1294; Neue Freie Presse vom 11.5.1880, S. 9.

³⁷⁰ Die Presse vom 16.5.1868, S. 8; Neue Freie Presse vom 16.3.1872, S. 11.

³⁷¹ Neues Fremden-Blatt vom 10.10.1868, S. 9.

³⁷² Deutsche Zeitung vom 16.2.1873, S. 10.

³⁷³ Gerichtshalle vom 18.6.1874, S. 5.; Wiener Zeitung vom 23.5.1876, S. 6.

³⁷⁴ Neue Freie Presse vom 25.6.1879, S. 10.

³⁷⁵ Die Presse vom 19.2.1872, S. 7.

³⁷⁶ Das Vaterland vom 30.7.1880, S. 7.

Karl Wilhelm gehörte auch zum Konsortium der Gründer der Wiener Baugesellschaft.³⁷⁷ Dieses Unternehmen wurde 1869 unter maßgeblicher Beteiligung der Anglo-Österreichischen Bank ins Leben gerufen. Es befasste sich mit dem Erwerb größerer, günstig gelegener Grundstückskomplexe und Häuser sowie deren Bebauung, Umbau und Verkauf.³⁷⁸ Karl Wilhelm stand der Wiener Baugesellschaft fast sechzehn Jahre lang als Präsident vor.³⁷⁹

1872 wählte ihn der Verwaltungsrat der Liesinger Brauerei zum Präsidenten, für den er neun Jahre hindurch regelmäßig den Vorsitz der Generalversammlungen führte.³⁸⁰ 1879 beziehungsweise 1880 schloss er sich der Verwaltung der Ungarisch-Französischen Versicherungsgesellschaft und der Versicherungsgesellschaft „Oesterreichischer Phönix“ an.³⁸¹

4.5.7 Fazit

Der wirtschaftliche Aufschwung der Gründerzeit bot Unternehmern die Möglichkeit, an der industriellen Entwicklung teilzuhaben und innerhalb relativ kurzer Zeit reich zu werden. Während das Bürgertum der Hauptträger dieser Entwicklung war, fanden sich auch einige Adelige in den Reihen der Unternehmer.

Auch Karl Wilhelm nutzte die Chancen, die sich ihm durch die Industrialisierung boten. Er engagierte sich für zahlreiche Unternehmen unterschiedlicher Branchen und scheute offenbar auch nicht die Beteiligung an Bankgeschäften. Die Quellen legen nahe, dass er zumindest bei der Anglo-Österreichischen Bank, bei der Österreichischen Hypothekbank, bei der Wiener Tramway-Gesellschaft und der Brooder Kohlegewerks-Gesellschaft mit Aktien selbst beteiligt war, da er als Gründer beziehungsweise Mitglied des Konsortiums aufscheint. Jedenfalls aber dürfte er die Verdienstmöglichkeiten genutzt haben, die sich ihm durch seine Tätigkeit als vielfacher Verwaltungsrat boten.

Es ist aber durchaus denkbar, dass der finanzielle Aspekt nicht der einzige Grund für sein Engagement in der Geschäftswelt war. Auch patriotische Motive dürften ihn dazu angetrieben haben, an der wirtschaftlichen Entwicklung der Monarchie selbst mitzuwirken. Im Abgeordnetenhaus befasste er sich ebenso mit volkswirtschaftlichen Angelegenheiten; durch seine Arbeit in verschiedenen

³⁷⁷ Neue Freie Presse vom 31.3.1869, S. 8.

³⁷⁸ *Die Industriellen Oesterreichs* (Hg.), Die Groß-Industrie Oesterreichs. Festgabe zum glorreichen fünfzigjährigen Regierungs-Jubiläum seiner Majestät des Kaisers Franz Josef I., dargebracht von den Industriellen Oesterreichs, Bd. 6 (Wien 1898), S. 81.

³⁷⁹ Die Presse vom 23.4.1869, S. 7; Neue Freie Presse vom 12.5.1885, S. 9.

³⁸⁰ *Adlgasser*, Die Mitglieder der Österreichischen Zentralparlamente, S. 1294; Neue Freie Presse vom 22.3.1876, S. 10, u.a.

³⁸¹ Wiener Sonn- und Montagszeitung vom 20.10.1879, S. 5; Grazer Volksblatt vom 27.10.1880, S. 8.

Unternehmen nutzte er im Grunde die Möglichkeit, jene liberale Wirtschaftspolitik, die er als Abgeordneter im Reichsrat mitgestaltete, auch selbst umzusetzen und damit als Beispiel voranzugehen. So arbeitete er auch für seinen gesellschaftlichen Status.

Durch seine Mitbeteiligung am wirtschaftlichen Aufschwung der Gründerzeit erscheint Karl Wilhelm als einer jener Adelligen, die sich in einen für ihren Stand in der Form neuen und ungewohnten Tätigkeitsbereich wagten, der zu einem großen Teil vom Bürgertum bestimmt wurde. Im Zusammenhang mit dieser fortschrittlichen Einstellung könnte durchaus die Heirat seiner Tochter Mathilde mit Franz Freiherrn von Mayr-Melnhof 1883 stehen, der aus einer Industriellenfamilie stammte, die erst vor einer Generation in den Adelsstand erhoben worden war.³⁸² Sie dürfte ein Beispiel darstellen für die Lockerung der strikten sozialen Abgrenzung gegenüber der „Zweiten Gesellschaft“ gegen Ende des 19. Jahrhunderts.

5 Karl Gustav Freiherr von Tinti

5.1 Porträt

Karl Gustav wurde am 25. September 1859 als ältester Sohn Karl Wilhelms und der Mathilde, geborener Freiin von Lederer-Trattner, geboren und übernahm nach dem Tod seines Vaters das Fideikommiss der Familie.³⁸³ Er begann, wie viele Angehörige seiner Familie, zunächst eine Karriere beim Militär und diente bis zum Leutnanten im 5. Landwehr-Ulanen-Regiment, laut Zeitungen auch im 3. Dragoner-Regiment in der Reserve.³⁸⁴ 1890 heiratete er Henriette, Tochter des Reichsgrafen Ferdinand von Wurmbrand-Stuppach. Aus der Ehe gingen drei Kinder hervor: Karl Ferdinand (geboren 1891), Adelma (geboren 1892) und Hugo Hermann (geboren 1894).³⁸⁵

Nur sehr wenige Quellen sind erhalten, die über Karl Gustavs Leben erzählen. Er war in der Öffentlichkeit, jedenfalls über die lokale Sphäre hinaus, im Gegensatz zu seinem Vater wenig präsent. Karl Gustav widmete sich mit Vorliebe der Jagd und leistete sich auf der Schallaburg, wie ein

³⁸² *Witting*, Die Wappen des Adels in Niederösterreich (Siebmachers großes Wappenbuch), S. 364; Peter *Frank-Döfering*, Adelslexikon des Österreichischen Kaisertums 1804–1918 (Wien 1989), S. 413.

³⁸³ Matricula Online, Taufbuch Pfarre Loosdorf 1850 – 1870, Sig. 01/06, Eintrag für Karl Gustav Freiherr von Tinti, fol. 140 v. Online bei: <http://data.matricula-online.eu/de/oesterreich/st-poelten/loosdorf-melk/01%252F06/?pg=143>, abgerufen am 14.7.2017; *Witting*, Die Wappen des Adels in Niederösterreich (Siebmachers großes Wappenbuch), S. 364.

³⁸⁴ *Witting*, Die Wappen des Adels in Niederösterreich (Siebmachers großes Wappenbuch), S. 364; *Von Hueck*, Genealogisches Handbuch des Adels, S. 527; Prager Tagblatt vom 31.10.1884, S. 10; Linzer Tages-Post vom 1.11.1884, S. 3.

³⁸⁵ *Witting*, Die Wappen des Adels in Niederösterreich (Siebmachers großes Wappenbuch), S. 364.

Zeitgenosse berichtet, ein „herrschaftliches Leben“³⁸⁶ – offenbar allerdings über seine Verhältnisse. Über das Leben auf der Schallaburg geben Aufzeichnungen des Bürgermeisters von Anzendorf und eines ehemaligen Oberförsters der Schallaburg Auskünfte, daneben gibt es einige wenige Erwähnungen Karl Gustavs in den Tageszeitungen. Einzig über Karl Gustavs – von finanziellen Schwierigkeiten stark erschwertes – Unterfangen, den Arkadenhof der Schallaburg zu renovieren (1906–1908), findet sich im Archiv des Bundesdenkmalamtes umfangreiches Material.

Karl Gustav starb am 18. Mai 1914 auf Schloss Schallaburg.³⁸⁷



Abbildung 8: Die Familie Tinti unter den Arkaden der Schallaburg. Josef Wlha: Schallaburg, großer Arkadenhof im Detail, ca. 1900, aus: Ralph Andraschek-Holzer, *Die Schallaburg im Bild. Vom Barock bis zur Gegenwart* (Weitra 2013), S 23.

Im Folgenden wird versucht, möglichst alle vorhandenen Informationen zu berücksichtigen. Entsprechend der Quellenlage liegt der Schwerpunkt auf den Renovierungsmaßnahmen auf der Schallaburg, ein weiteres Kapitel widmet sich Karl Gustavs Leben auf dem Schloss; am Ende widmet

³⁸⁶ Anton *Anerl*, Chronik über die Ortsgemeinde Anzendorf und Schloß Schallaburg, maschinschriftliches Manuskript, S. 1.

³⁸⁷ Wiener Landwirtschaftliche Zeitung vom 23.5.1914, S. 4.

sich ein Kapitel der den finanziellen Problemen Karl Gustavs und seiner Söhne, welche letzten Endes zum Verlust der Güter Schallaburg und Plankenstein führen sollten.

5.2 Der gescheiterte Politiker

Offenbar dem Vorbild seines Vaters folgend, versuchte auch Karl Gustav in die Politik zu gelangen. Seine Bemühungen waren jedoch nicht von Erfolg gekrönt: Zwischen 1890 und 1912 trat er laut meiner Zählung, welche auf den Wählerlisten der „Wiener Zeitung“ basiert, mindestens elf Mal zu Wahlen, teils des Abgeordnetenhauses, großteils des niederösterreichischen Landtages, an – allerdings ohne ein einziges Mal gewählt zu werden.³⁸⁸

5.3 Die Renovierung des großen Arkadenhofs der Schallaburg

Die finanzielle Lage der Familie Tinti wird deutlich erkennbar an den Problemen bei der Restaurierung des großen Arkadenhofes der Schallaburg 1906–1908, dessen Erhaltungszustand bereits Anlass zur Sorge gab. Karl Gustav konnte den Kostenaufwand nicht selbst bestreiten. In mehrmaligen Bittbriefen wandte er sich an die k.k. Zentralkommission für die Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale – den Vorgänger des Bundesdenkmalamtes –, um eine staatliche Subvention für die Restaurierungsarbeiten zu erhalten.

Karl Gustav hatte im Frühling 1906 mit den Restaurierungsarbeiten begonnen und trat ab Mai mit der Zentralkommission in Kontakt. Das Gutachten, das daraufhin über Auftrag der Zentralkommission und persönliches Ersuchen durch Karl Gustav angefertigt wurde,³⁸⁹ gibt eine Vorstellung vom baulichen Zustand des Arkadenhofs:³⁹⁰ Es bestätigte, die Restaurierung sei „unbedingt notwendig, wenn das herrliche Werk nicht allmählig zugrunde gehen sollte“. Der Verfall durch die Zeit, aber auch vorangegangene, unsachgemäße Restaurierungsversuche hätten der Bausubstanz, insbesondere der Terrakottaausstattung, stark zugesetzt. Die Terrakottafiguren, welche die Pfeiler der Galerie zieren, waren laut Gutachten „von bedenklichem Halt“, und „an der Außenseite der Pfeiler [...] waren einzelne so gelockert, dass ihnen der Absturz drohte“. Auch darüber hinaus sei der optische Eindruck unbefriedigend gewesen: „Sämtliche Terrakotten waren durch einen dunkelroten Ölanstrich ihrer Schönheit beraubt; die weißgetünchten Zwischenfelder verletzen das Auge“.

³⁸⁸ Wiener Zeitung vom 26.8.1890, S. 1 f.; Wiener Zeitung vom 8.2.1891, S. 1 f., u.a.

³⁸⁹ Laut Aktennotizen der Zentralkommission handelte es sich dabei aber um ein „privates Gefälligkeitsgutachten“. Archiv des Bundesdenkmalamtes, Mappe Schallaburg I, Akt 1310/1906, Aktennotiz vom 2.6.1906. Ein weiteres Gutachten über den Erhaltungszustand des Arkadenhofs ist nicht vorhanden.

³⁹⁰ ABDA, Mappe Schallaburg I(1906–1917), Akt 1310/1906, Schreiben des Konservators Hager an die k.k. Zentralkommission für Kunst- und historische Denkmale Wien vom 30.5.1906.

Es scheint, dass Karl Gustav zunächst vorgehabt hatte, die Restaurierungskosten aus eigenen Mitteln zu bestreiten, bis sich Probleme einstellten. Im Frühling hatten die Arbeiten begonnen. Bereits in jenem ersten auffindbaren Schreiben Karl Gustavs vom 14. Mai 1906, in dem er sich an einen Prälaten wendet mit der Bitte, einen Fachkundigen zu finden, der ein Gutachten über die Notwendigkeit der Arbeiten ausstellen solle, weist er darauf hin, dass die Fideikommissbehörde eine Deckung benötige.³⁹¹



Abbildung 9: Die Familie Tinti im kleinen Arkadenhof. Aus: Ralph Andraschek-Holzer, *Schallaburg-Ansichten zwischen 1650 und 1970*. In: *Schallaburg Kulturbetriebsges.m.b.H (Hg.), Peter Aichinger-Rosenberger (Red.): Die Schallaburg. Geschichte, Archäologie, Bauforschung (Weitra 2011), S. 379.*

Offenbar war Karl Gustavs erster Versuch, eine Subvention für die Restaurierungsarbeiten zu erhalten, erfolglos. Erst knapp ein Jahr später, im April 1907, wendet er sich erneut mit einem Schreiben an die Zentralkommission, welches ein Bild seiner prekären finanziellen Situation vermittelt:³⁹² Er erklärt, dass sich schon zu Beginn der Arbeiten unvorhergesehene Schwierigkeiten und Kosten herausgestellt hätten, die sich zusehends deutlicher bemerkbar gemacht hätten. Nun sei er an dem Punkt angelangt,

³⁹¹ ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 1191/1906, Schreiben Karl Gustavs an einen Prälaten vom 14.5.1906.

³⁹² ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 845/1907, Schreiben Karl Gustavs an die Zentralkommission vom 4.4.1907.

an dem er die Kosten selbst nicht mehr länger tragen könne, und er, wenn ihm keine Unterstützung gewährt würde, die Restaurierungsarbeiten in einem unvollendeten Stadium einstellen müsse. Auch macht er darauf aufmerksam, dass er im vorangegangenen Jahr aus der unweit gelegenen Ruine Hohenegg ein aus Marmor gemeißeltes Wappen sowie zwei Portale „mit thatsächlicher Lebensgefahr“ bergen habe lassen, um sie auf die Schallaburg zu bringen – vielleicht, um die Zentralkommission von seiner Einsatzfreude bei der Erhaltung von historischen Denkmälern zu überzeugen –, und lobt die Zielsetzung der Zentralkommission bei der Erhaltung von Kulturgut. Mit Hinweis auf die kunstgeschichtliche Bedeutung der Schallaburg für die Öffentlichkeit und die Nachwelt legt er ihr nahe: „Wenn jemals eine schöne Gelegenheit sich geboten hat, welche Ihnen ein dankbares Feld zur Bethätigung Ihrer Aufgabe eröffnete, so ist es *diese*“.

Die bis zu diesem Zeitpunkt aufgewendeten Kosten beziffert er mit nahezu 18.000 Kronen, für die weitere Arbeit rechnet er mit einem Kostenaufwand von noch mindestens 10.000 Kronen. Er bittet die Zentralkommission um Unterstützung mit einem Betrag von 8.000 Kronen.

Diese stellt nach Erhebungen fest, dass das Fideikommissgut Schallaburg stark mit Schulden belastet sei,³⁹³ und dass „die misslichen Vermögensverhältnisse“ Karl Gustavs ihm tatsächlich die Weiterführung der Restaurierungsmaßnahmen aus eigenen Mitteln unmöglich machten. Eine Unterbrechung der Arbeiten sei vom Standpunkt der Denkmalpflege nicht wünschenswert und würde bei fortschreitendem Verfall in absehbarer Zeit nur noch größere Summen für die Erhaltung nach sich ziehen. Die Zentralkommission befürwortet daher die erbetene Subvention und stellt beim für diese Angelegenheiten zuständigen Ministerium für Kultus und Unterricht den Antrag, diese zu bewilligen.

³⁹⁴

Die Zentralkommission stellte für die Gewährung einer staatlichen Subvention folgende Bedingungen: Karl Gustav müsse die weiteren Restaurierungsarbeiten nach einem mit ihr vereinbarten Programm ausführen, welches hauptsächlich auf die Sicherung und Erhaltung der vorhandenen Bausubstanz abziele und Ergänzungen nur gestatte, wenn sie unvermeidbar seien. Zweitens hätten er und seine Rechtsnachfolger eine Erklärung abzugeben, an den mittels staatlicher Subvention restaurierten Teilen in Zukunft nur mit staatlicher Bewilligung weitere Veränderungen vorzunehmen. Drittens schließlich müsse Karl Gustav sich verpflichten, den Arkadenhof „in beschränkter Weise“ – zum Beispiel gegen Lösung einer Eintrittskarte an einzelnen, genau bestimmten Tagen – dem Publikum zur Besichtigung zugänglich zu machen.³⁹⁵

³⁹³ ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 1252/1907, Schreiben (Verfasser unbekannt) an die Zentralkommission vom 14.5.1907.

³⁹⁴ ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 1252/1907, Aktennotiz vom 23.5.1907.

³⁹⁵ Ebda.

Karl Gustav erklärt sich in einem neuerlichen Schreiben an die Zentralkommission „den Umständen entsprechend gerne“ bereit, diese Bedingungen zu akzeptieren.³⁹⁶

Er musste aber in den folgenden Monaten weiterhin mit der Zentralkommission und dem Ministerium um die Auszahlung der Subvention ringen. Das Ministerium erklärte zunächst, dass die sofortige Auszahlung der 8.000 Kronen unmöglich sei und im besten Fall in fünf Jahresraten gewährt werden könne.³⁹⁷ Wieder schreibt Karl Gustav an die Zentralkommission und bittet mit Nachdruck um die einmalige Auszahlung des gesamten Betrages, weil eine Zahlung in Raten für ihn Schwierigkeiten bedeuten würden. Er müsse dann nämlich den gesamten Betrag bei der Sparkasse entlehnen, was zu finanziellen Verlusten führen würde.³⁹⁸

In einem weiteren Schreiben an die Zentralkommission vom 20. Juli erklärt er schließlich, dass das Ministerium ihm gegenüber noch immer keine Entscheidung über die Subvention ausgesprochen habe. Da er die unvorhergesehenen Kosten der Arbeiten unmöglich länger bestreiten könne, müsse er bekanntgeben, dass er sie Ende der kommenden Woche einstellen werde, wenn er bis dahin keine Sicherheit bezüglich der Gewährung der Subvention haben würde.³⁹⁹

Ob er die Arbeiten tatsächlich (einstweilen) einstellen ließ, geht aus den Akten nicht hervor, da kein weiteres Schreiben Karl Gustavs aus diesem Jahr erhalten ist; das Ministerium ließ sich noch bis zum 24. Dezember Zeit, den Kostenvoranschlag zu prüfen und endgültig über die Gewährung der Subvention zu entscheiden: Es bewilligte den staatlichen Beitrag von 8.000 Kronen unter den bereits erwähnten Bedingungen und verfügte, dass Karl Gustav unverzüglich 4.000 Kronen ausgezahlt werden sollten, und er um die Auszahlung der zweiten Hälfte ansuchen solle, sobald die Renovierungsarbeiten vollendet seien und er die Erfüllung der gestellten Bedingungen nachweisen könne.⁴⁰⁰

Die Restaurierungsmaßnahmen erfolgten nach den damals verfügbaren, aus heutiger Sicht technologisch unzureichenden Methoden. Es wurden die Spuren älterer, ebenfalls ungeeigneter Renovierungsarbeiten beseitigt und Ergänzungen an den Terrakotten mit Gips- und Zementmörtel vorgenommen. Einige Stücke wurden durch Kopien aus gebranntem Ton oder, wie auch die meisten Pilasterwandplatten des Osttraktes, aus Gips ersetzt. Auch die schlecht erhaltenen Pfeiler der oberen

³⁹⁶ ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 1031/1907, Schreiben Karl Gustavs an die Zentralkommission vom 21.4.1907.

³⁹⁷ ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 1749/1907, Schreiben Karl Gustavs an die Zentralkommission vom 22.6.1907.

³⁹⁸ ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 1749/1907, Schreiben Karl Gustavs an die Zentralkommission vom 22.6.1907; Akt 2068/1907, Schreiben Karl Gustavs an die Zentralkommission vom 20.7.1907.

³⁹⁹ ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 2068/1907, Schreiben Karl Gustavs an die Zentralkommission vom 20.7.1907.

⁴⁰⁰ ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 3743/1907, Abschrift eines Erlasses des Ministers für Kultus und Unterricht an die k.k. Statthalterei vom 24.12.1907.

Arkadenbögen sowie die Sandsteinsäulen der unteren Arkaden mussten teilweise erneuert werden. Für den Brand der Tonfiguren wurde eigens ein Ofen im Kellergeschoß des Westtraktes errichtet; beim Brennen ergaben sich allerdings Schwierigkeiten, da die Stücke wiederholt zu Bruch gingen und daraufhin durch Kunststein ersetzt werden mussten.⁴⁰¹

Offenbar war Karl Gustav aufmerksam am Schauplatz zugegen und brachte sich sogar teilweise selbst bei den Arbeiten ein: „Selbst auf dem Gebiete der Plastik und Malerei dilettierend, geht er den Einzelfragen recht verständnisvoll nach und überwacht mit einem über den Standpunkt des Besitzers hinausgehenden Interesse die Ausführung der Arbeiten, für die er seit längerer Zeit beträchtliche Opfer bringt“.⁴⁰² Seine Mitwirkung bestätigen Signaturen, die später auf einzelnen Terrakottafiguren gefunden wurden.⁴⁰³



Abbildung 10: Die Arkaden nach der Restaurierung. Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, Arkaden im großen Hof im Schloss Schallaburg, Niederösterreich, Detail. 1909. Inventarnummer L 2701 D.

Schon im Sommer 1908 gab Karl Gustav dem Ministerium bekannt, dass die Arbeiten nahezu abgeschlossen seien, und suchte um Auszahlung der zweiten Subventionsrate an.⁴⁰⁴ Ob diese dann

⁴⁰¹ Wilhelm Zotti, Die Baugeschichte der Schallaburg. In: Rupert Feuchtmüller (Hg), Schloss Schallaburg (St. Pölten/Wien 1975), S. 27; ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 1252/1907, Aktennotizen über die Besichtigung der Restaurierungsmaßnahmen; ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 2517/1908, Aktennotizen über die Besichtigung der Restaurierungsmaßnahmen.

⁴⁰² ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 1252/1907, Aktennotizen über die Besichtigung der Restaurierungsmaßnahmen.

⁴⁰³ Zotti, Die Baugeschichte der Schallaburg, S. 27.

⁴⁰⁴ ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 2124/1908, Schreiben des Ministeriums an die Zentralkommission.

gewährte wurde, ist aus den Akten nicht ersichtlich; die Zentralkommission jedenfalls befürwortete die Auszahlung der zweiten Rate, da das von ihr eingeholte Gutachten bestätigte, dass die Arbeiten dem vereinbarten Programm entsprechend durchgeführt worden waren und für die weitere Zukunft den Bestand des Arkadenhofs gewährleisten würden.⁴⁰⁵

5.4 Das Leben auf der Schallaburg

Anders als sein Vater stand Karl Gustav kaum im Blickpunkt der Öffentlichkeit. Er führte ein eher zurückgezogenes Leben auf der Schallaburg. Laut Aufzeichnungen des damaligen Bürgermeisters von Anzendorf führte er dort mit seiner Familie „ein Herrschaftliches Leben, eine Dienerschaft von 20 bis 25 Personen sorgten für das Wohl der Herrschaft“.⁴⁰⁶

1890 heiratete Karl Gustav die Gräfin Henriette Wurmbbrand-Stuppach. Womöglich war diese Heirat mit der in erster Ehe kirchlich geschiedenen Gräfin der Anlaß, der Karl Gustavs Mutter Mathilde zum Auszug aus der Schallaburg bewegte. Sie nahm viele der zu ihrem Privatvermögen gehörenden Einrichtungsgegenstände mit. Nach ihrem Auszug dürfte das Schloss nur mehr sehr dürftig eingerichtet gewesen sein.⁴⁰⁷

Allerdings war die neue Schlossherrin, so erzählt der damalige Schlossverwalter, „eine gute Partie“ – sie brachte mit ihrer Aussteuer wieder eine teils sehr wertvolle Einrichtung mit, und ihr Vater, der ebenfalls auf der Schallaburg einzog, stiftete eine umfangreiche Sammlung von Möbeln, Teppichen, Bildern und dazu die gesamte kostbare Einrichtung seines Jagdhauses in Siebenbürgen. Die Baronin führte – „nach übereinstimmenden Aussagen aller unter ihrem Szepter Bediensteten“ – den Schlosshaushalt persönlich, und dies sehr wirtschaftlich und genau.⁴⁰⁸

Einen beliebten Zeitvertreib stellte für Karl Gustav, wie traditionell für die aristokratische Gesellschaft, die Jagd dar. Er hatte die Jagdgebiete Anzendorf und Schollach gepachtet und veranstaltete jährlich große Treibjagden, zu denen hohe Prominenz geladen war. Die Tageszeitungen bezeugen seine zumindest gelegentliche Teilnahme an Jagdgesellschaften und entsprechenden Ballveranstaltungen.⁴⁰⁹ Den zu seinem Gut gehörigen Hiesberg ließ er einzäunen und ca. 20 Hirsche

⁴⁰⁵ ABDA, Mappe Schallaburg I, Akt 2517/1908, Aktennotiz.

⁴⁰⁶ Anton *Anerl*, Chronik über die Ortsgemeinde Anzendorf und Schloß Schallaburg, maschinschriftliches Manuskript, S. 1.

⁴⁰⁷ Johann *Schlesinger*, Aufzeichnungen des ehemaligen Oberförsters Johann Schlesinger, maschinschriftliches Manuskript, (Loosdorf 1972/73), S. 7.

⁴⁰⁸ Ebd., S. 7 f.

⁴⁰⁹ Linzer Volksblatt vom 1.7.1898, S. 4; Grazer Volksblatt vom 22.8.1907, S. 6; Neue Freie Presse vom 25.1.1910, S. 12; Wiener Salonblatt vom 11.2.1911, S. 14.

einstellen. Als er nach zehn Jahren feststellte, dass diese den Fichtenwald schädigten, wurden sie wieder abgeschossen.⁴¹⁰

Karl Gustav dürfte sich auf lokaler Ebene auch für wohltätige Zwecke eingesetzt haben – zumindest zweimal berichtet das „Neuigkeits-Welt-Blatt“ von seinen großzügigen Beiträgen für Bedürftige bei Weihnachtsfesten.⁴¹¹

Karl Gustav starb am 18. Mai 1914, nur wenige Wochen vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs, auf Schloss Schallaburg.⁴¹² Er wurde, wie auch sein Vater, nur 55 Jahre alt.⁴¹³

6 Der Anfang vom Ende und Ausblick

Der finanzielle Engpass, der Karl Gustav bei der Renovierung der Schallaburg in eine verzwickte Lage brachte, sollte letztlich nur ein Vorbote des wirtschaftlichen Niedergangs der Familie Tinti im neuen Jahrhundert sein, welcher schließlich zum Verkauf der Güter Schallaburg und Plankenstein führte.

Für die Zeit Karl Gustavs sind in den Quellen bei der Familie erstmals seit den 1820er Jahren wieder finanzielle Probleme feststellbar. Es ist denkbar, dass schon sein Vater durch seine Teilhabe an Aktiengeschäften beim Börsenkrach 1873 einen Teil seines Vermögens verloren und damit Karl Gustav eine schlechtere ökonomische Basis hinterlassen hat. Aber auch ein zu aufwändiger Lebensstil dürfte Grund für die zunehmend schwierige finanzielle Lage gewesen sein. Karl Gustav leistete sich immerhin, wie schon erwähnt, „ein herrschaftliches Leben“ auf dem Schloss, unterhielt 20 bis 25 Bedienstete, frönte der Jagd; auf der anderen Seite konnten die Einnahmen aus der Gutswirtschaft allein sicherlich den Kostenaufwand seiner Lebensführung nicht decken.

Dem damaligen Verwalter zufolge begann mit Karl Gustavs Todestag „der Verfall des Schloßes als auch der Herrschaft Schallaburg“.⁴¹⁴ Unter seinem Sohn Karl Ferdinand (1891–1936) setzte sich schließlich der finanzielle Abstieg rasch fort. Verhängnisvoll waren sicherlich die wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs und die Weltwirtschaftskrise. Karl Ferdinand und sein jüngerer Bruder Hugo Hermann mussten einrücken, wodurch die Verwaltung des Schlosses und der Güter in den Folgejahren ohne nachhaltige Führung blieb.⁴¹⁵

⁴¹⁰ *Anerl*, Chronik über die Ortsgemeinde Anzendorf und Schloss Schallaburg, S. 1.

⁴¹¹ *Neuigkeits-Welt-Blatt* vom 9.1.1886, S. 16; *Neuigkeits-Welt-Blatt* vom 16.1.1906, S. 7.

⁴¹² *Wiener Landwirtschaftliche Zeitung* vom 23.5.1914, S. 4.

⁴¹³ Offenbar lag die geringe Lebenserwartung in der Familie: von Karl Wilhelms vier Geschwistern etwa erreichte keines das 50. Lebensjahr, und auch Karl Gustavs Nachfolger Karl Ferdinand starb im Alter von nur 45 Jahren.

⁴¹⁴ *Schlesinger*, *Aufzeichnungen*, S. 8.

⁴¹⁵ *Floßmann*, *Die Tinti auf der Schallaburg*, S. 95.

Mit Karl Ferdinands Rückkehr nach Ende des Krieges begann auf der Schallaburg ein leichtfertiges, schwungvolles Leben.⁴¹⁶ Feste wurden gefeiert, Freunde und Künstler eingeladen, die hier „ein fideles und sorgenloses Leben auf Kosten des Gutsherrn“ führten;⁴¹⁷ die Räumlichkeiten der Schallaburg wurden ständig umgebaut, mehrere Handwerker waren dauerhaft beschäftigt. Manche von ihnen waren angewiesen worden, im ganzen Schlossbereich nach Schätzen zu klopfen und zu graben. 1926 wurde im „Försterstöckl“ eine Taverne eröffnet und im selben Jahr im vorderen „Rehgraben“ zwei Kegelbahnen errichtet, welche aber Verluste brachten und 1936 verkauft wurden.⁴¹⁸

Als die Pacht über den Meierhof Anzendorf aufgelassen wurde, wurde dieser von der Gutsverwaltung „in Eigenregie völlig unrentabel und defizi[t]är“ weitergeführt“. ⁴¹⁹ Karl Ferdinand war nicht in der Lage, dem Pächter den gesamten Viehbestand von 80 Kühen und zehn Pferden abzulösen – man führte die Wirtschaft mit sechs Kühen und vier Pferden weiter, und es wurden Pferde von der Armee zur Verfügung gestellt, um die Felder zu bestellen.⁴²⁰ Laut „Arbeiter-Zeitung“, welche unter anderem auch die nachlässige Wirtschaftsführung der Großgrundbesitzer für die Not der Bevölkerung verantwortlich machte, herrschte auf dem Meierhof „eine gräßliche Misswirtschaft“. Man habe „im Herbst keinen Weizen angebaut, im Frühjahr keine Kartoffeln setzen lassen. Etwa dreißig Joch“ seien „jetzt gar nicht angebaut, die angebauten Felder voller Unkraut“. Nur für Eines Sorge der Wirtschaftsrat sehr gewissenhaft: „Wöchentlich zweimal wird Most, Wein und Sliwowitz eingeliefert, denn das Leben in der Burg ist lustig.“⁴²¹ Die Erträge der Forstwirtschaft wiederum reichten ebenfalls bei weitem nicht, um den Geldbedarf Karl Ferdinands auch nur annähernd zu decken, wobei auch die Weltwirtschaftskrise und das damit verbundene Sinken der Holzpreise eine Rolle spielte.⁴²²

Karl Ferdinand schenkte seine Aufmerksamkeit jedoch anderen Bestrebungen. Er verfolgte den Plan, das Schloss selbst wirtschaftlich zu nutzen. Als er 1928 auf der Schallaburg eine Kunstaussstellung veranstalten ließ, machte er sich die historische Atmosphäre seines Wohnsitzes zunutze und war damit bereits ein Vordenker der heutigen Ausstellungstätigkeit. Im Jahr darauf stellte er das Schloss für das Abschlussfestspiel der Wiener Festwochen zur Verfügung. Die Komödie „Don Quichote auf Schallaburg“ lockte hunderte Besucher an, und Karl Ferdinand bezeichnete die Aufführung als einen ersten Versuch, dem weitere Veranstaltungen folgen sollten.⁴²³

⁴¹⁶ Ebd.

⁴¹⁷ *Schlesinger*, Aufzeichnungen, S. 9.

⁴¹⁸ Ebd.

⁴¹⁹ *Anerl*, Chronik über die Ortsgemeinde Anzendorf und Schloss Schallaburg, S. 1.

⁴²⁰ Ebd.

⁴²¹ Arbeiter-Zeitung vom 29.7.1919, S. 7.

⁴²² *Schlesinger*, Aufzeichnungen, S. 10.

⁴²³ Reichspost vom 2.7.1929, S. 8; Ybbser Zeitung vom 6.7.1929, S. 15.

Er ersann indes den ehrgeizigen Plan, sein Schloss zum Sitz eines internationalen Institutes für Kunst, Wissenschaft und Forschung zu machen, dessen oberstes Ziel die Sicherung des Weltfriedens und die Verständigung der Nationen sein sollte. Angetrieben von der Überzeugung, dass die Probleme der Welt von einer intellektuellen Elite gelöst werden könnten, die gemeinsam ihre Ideen weiterentwickeln würde, wollte er dieser auf der Schallaburg ein Forum bieten, in dem sie in Ruhe und in einer ausdrücklich politikfreien Sphäre arbeiten sollten. Karl Ferdinand betrachtete dieses Institut als Antwort auf die Machtlosigkeit des Völkerbunds.⁴²⁴ Er versuchte, einflussreiche Persönlichkeiten für sein Vorhaben zu gewinnen und stellte seine Pläne etwa Sigmund Freud und Albert Einstein vor⁴²⁵ (Letzterer stellte zwar fest: „Die Idee ist poetisch und der Ort wundervoll“, konnte sich aber für die Pläne dennoch nicht erwärmen: „Je mehr kluge Leute beisammen sitzen, desto dümmer und unfruchtbarer das gemeinsame Produkt“).⁴²⁶ Ab 1929 weilte Karl Ferdinand in Amerika, um sein Projekt voranzutreiben, wo er auch Präsident Hoover seine Pläne unterbreitete.⁴²⁷

Gleichzeitig verschärfte sich Karl Ferdinands finanzielle Situation zusehends, er häufte immer mehr Schulden an. Offenbar hatte er dem Ernst der Lage aber nichts mehr entgegenzusetzen. Den Kredit in der Höhe von 200.000 Schilling, den er drei Jahre vor seiner Reise in die USA aufgenommen hatte und der in erster Linie für Verbesserungen und die Instandhaltung des Gutes bestimmt gewesen war, verwendete er größtenteils für „Spekulationen“.⁴²⁸ Laut Akten der Fideikommissbehörde hat er das Gut „sozusagen dem Notstand preisgegeben“; in einem Brief äußerte er sich, er überlasse Schallaburg „dem unaufhaltsamen Ruin“.⁴²⁹ Auch in der Familie dürfte kein Zusammenhalt gegeben gewesen sein – nach dem Tod Karl Gustavs hatte ein Streit zwischen Karl Ferdinand und seinen Geschwistern mit der Mutter um die Verlassenschaft begonnen, und das familiäre Zerwürfnis setzte sich in Folge weiter fort.⁴³⁰

Auch in den USA blieben Karl Ferdinands Bemühungen letztlich erfolglos. Offenbar verausgabte er sich finanziell bei der Verfolgung seines Projekts. In einem Brief aus Chicago schreibt er 1934, er habe oft über Tage nichts zu essen,⁴³¹ und er wurde abhängig von der Unterstützung von Freunden, um die

⁴²⁴ Albert Einstein Archives, Akt 52052, A Plan for Implementing the World's Desire for Peace; Chicago Tribune, Newspapers.com, Chicago Daily Tribune vom 12.7.1932, S. 15.

⁴²⁵ Sigmund Freud, Brief an Karl Ferdinand Freiherr von Tinty vom 10.7.1934. In: Ernest Jones, Das Leben und Werk von Sigmund Freud, Bd. 3 (Wien/Stuttgart/Bern 1982), S. 531; AEA, Akt 52051–52055, Akt 52057, Briefwechsel mit Albert Einstein.

⁴²⁶ AEA, Akt 52053, Brief Albert Einsteins an Karl Ferdinand vom 24.3.1936.

⁴²⁷ New York Evening Post, fultonhistory.com, New York Evening Post vom 7.1.1931, S. 13; The Telegraph, Google news, The Telegraph vom 9.12.1931, S. 8; Schlesinger, Aufzeichnungen, S. 10.

⁴²⁸ Niederösterreichisches Landesarchiv, N.ö. Fideikommißstelle, Tinti, Karl, F.St 29, Bd. 1 (1936–1937), Bartholomäus Freiherr von Tinti'sches Fideikommiß, Regelungsverfahren vom 7.3.1936, F.St. 29/25, S. 2.

⁴²⁹ Ebda, S. 3.

⁴³⁰ Schlesinger, Aufzeichnungen, S. 8 f.

⁴³¹ Schlesinger, Aufzeichnungen, S. 10.

Behandlungskosten für sein Herzleiden tragen zu können. Karl Ferdinand starb am 25. November 1936 mittellos in einem Krankenhaus in Chicago im Alter von 45 Jahren.⁴³²

Da Karl Ferdinand keine Kinder hinterließ, ging das Erbe der Schallaburg an seinen jüngeren Bruder Hugo Hermann (1894–1954). Diesem gelang es nicht mehr, die finanzielle Notlage des Gutes zu verbessern. 1939 überschritt die Schuldenbelastung die Höhe von über 300.000 Reichsmark.⁴³³ Er schrieb Schallaburg und Plankenstein zum Verkauf aus; mit Kaufvertrag vom 30. März 1940 gingen beide Güter in den Besitz von Josef Freiherr von Nagel-Doornick über.⁴³⁴

7 Zusammenfassung

Am Beginn von Karl Wilhelms zahlreichen Tätigkeiten steht die intensive Beschäftigung mit seinem Gut Schallaburg, wo er sich mit der Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Methoden auseinandersetzte. Seine Artikel für die „Allgemeine Land- und Forstwirtschaftliche Zeitung“ belegen seinen persönlichen Einsatz und seine Kenntnisse der Wirtschaftsführung wie auch der aktuellen Entwicklungen. Die Landwirtschaft war der erste Bereich, in dem Karl Wilhelm sich, vor allem in der lokalen Sphäre und in den Kreisen der adeligen Großgrundbesitzer, Bekanntheit verschaffte.

Während die Quellen ab der zweiten Hälfte der 1850er Jahre hauptsächlich landwirtschaftlichen Fragestellungen gewidmet sind, verschiebt sich der Fokus gegen Anfang der 1860er Jahre hin zur Arbeit für die Bezirksvereine und die Landwirtschaftsgesellschaft. Hier beteiligte er sich am Diskurs über Fragen des landwirtschaftlichen Fortschritts und setzte sich für die Bewusstseinssteigerung bei seinen Kollegen im Großgrundbesitz und bei der bäuerlichen Bevölkerung ein. Er übernahm zahlreiche repräsentative Aufgaben und nutzte auch seine Doppelstellung als Mitglied des Landtags sowie des Reichsrats, um seinen Anliegen Gehör zu verschaffen. Gegen Ende der 1860er Jahre versiegen die Nachrichten über Karl Wilhelm im landwirtschaftlichen Vereinswesen – vermutlich aufgrund seiner zahlreichen weiteren Beschäftigungen.

So war er schon in den Anfängen des Hilfsvereinswesens in Österreich 1859 Teil dieser humanitären Bewegung. Sowohl durch seine Bemühungen für die Weiterentwicklung der Organisation als auch durch das Übernehmen repräsentativer Aufgaben erarbeitete sich Karl Wilhelm einen angesehenen Status in der Bewegung. Er fungierte bei dem jeweils für die Dauer eines Krieges geschaffenen Patriotischen Hilfsverein als Vizepräsident.

⁴³² NÖLA, Oberlandesgericht Wien, Fideikommissabhandlung Karl Ferdinand Tinty, A 14/38, Todfalls-Aufnahme Karl Ferdinand Freiherr von Tinty, A 266/36.

⁴³³ *Schlesinger*, Aufzeichnungen, S. 1.

⁴³⁴ *Schlesinger*, Aufzeichnungen, S. 11.

Bereits im Zusammenhang mit der ersten Gründung 1859 wird Karl Wilhelms Name in den erhaltenen Quellen erwähnt, bei den folgenden Gründungen 1864 und 1866 jedoch schreiben diese ihm den größten Anteil an der Entstehung und Entwicklung zu, ebenso bei der Umwandlung in einen dauerhaften Verein. Auch die Einigung der über die Monarchie verstreuten, eigenständigen Vereine zu einer übergeordneten Organisation war eine seiner Bestrebungen, die er spätestens seit 1870 verfolgte. Zehn Jahre später schließlich konnte sie in die Tat umgesetzt werden, als er eine zentrale Rolle bei der Gründung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz spielte und die letzten Jahre seines Lebens als dessen Präsident wirkte.

Auch in der Politik zeigte Karl Wilhelm besonderes Engagement. Er war der Überzeugung, dass der Adel als privilegierter Stand auch eine gesellschaftliche Verpflichtung zur Mitwirkung an der politischen Entwicklung habe. Als 1861 das konstitutionelle Zeitalter begann, gelangte er gleich bei den ersten Wahlen in den Landtag und ins Abgeordnetenhaus, wo er insbesondere in den 1860ern an den politischen Geschicken der Monarchie Anteil nahm. 1879 wurde er schließlich auf Lebenszeit in das Herrenhaus berufen.

Er war Angehöriger des verfassungstreuen Großgrundbesitzes und als solcher ein überzeugter Anhänger der Verfassung und des konstitutionellen Prinzips sowie kaiser- und regierungstreu gesinnt. Seine Rede gegen die klerikalen Tiroler Abgeordneten lässt diesen Standpunkt deutlich erkennen, als er gegen deren föderalistische Bestrebungen auftrat, welche aus seiner Sicht die Verfassung und Einheit des Reichs gefährdeten.

Neben den Interessen der Gesamtmonarchie, insbesondere aber der österreichischen Reichshälfte, setzte er sich auch in besonderem Maße für die Belange des Großgrundbesitzes ein. So tat er sich bei den Diskussionen um eine Revision des Gemeindegengesetzes besonders hervor, indem er das Verbleiben des Großgrundbesitzes in den Gemeinden befürwortete, jedoch seine gesicherte politische Vertretung in dieser forderte. Damit kämpfte er gegen den Verlust der politischen Mitsprache und forderte für den Adel, der noch immer eine besondere Stellung in der Gemeinde habe, besonderen Einfluss sowie Unabhängigkeit auf dem eigenen Gut.

Karl Wilhelm machte sich daneben auch den Wirtschaftsaufschwung der Gründerzeit zunutze und engagierte sich in zahlreichen Unternehmen unterschiedlicher Sparten. Indem er sich etwa für Eisenbahn – oder Kohlebergbauunternehmen, aber auch für Banken einsetzte, hatte er selbst einen Anteil an der Industrialisierung. Zumindest bei einem Teil der Unternehmen dürfte er mit eigenem Kapital beteiligt gewesen sein, jedenfalls aber nutzte er die Verdienstmöglichkeiten, die sich ihm als Verwaltungsrat boten, und nahm teilweise als Präsident auch repräsentative Aufgaben wahr.

Anders als sein Vater war Karl Gustav nur wenig in der Öffentlichkeit präsent, was eine schlechtere Quellenlage nach sich zieht. Er führte ein eher zurückgezogenes Leben auf der Schallaburg und scheint sich vor allem für den Adel typischen Beschäftigungen wie etwa der Jagd oder gelegentlichen Ballveranstaltungen gewidmet zu haben. Seine Bemühungen, als Politiker Fuß zu fassen, waren nicht von Erfolg gekrönt, wurden womöglich aber auch nicht mit dem notwendigen Eifer verfolgt.

Während es für die Zeit Karl Wilhelms keine Hinweise auf finanzielle Probleme gibt, treten solche bei Karl Gustav offen zutage. Seine Einnahmen dürften sich großteils auf die Gutswirtschaft beschränkt haben, welche den Lebensstil der Familie nicht finanzieren konnte. Bei der Renovierung des großen Arkadenhofs der Schallaburg wird der Ernst der Lage deutlich, als Karl Gustav kurz nach Beginn der Arbeiten in Geldnot geriet und gezwungen war, mit der Zentralkommission um die dringend notwendige Subvention zu ringen. Diese stellte die starke Verschuldung des Gutes Schallaburg fest.

Dem Sohn Karl Ferdinand gelang es nicht mehr, den wirtschaftlichen Niedergang der Familie abzuwenden. Er vernachlässigte die Wirtschaftsführung und lebte über seine Verhältnisse, und auch der Erste Weltkrieg und die darauffolgende Wirtschaftskrise dürften verhängnisvoll gewesen sein. Karl Ferdinands Pläne, die Schallaburg zum Sitz eines internationalen Institutes des intellektuellen Austausches zu machen, waren letztlich erfolglos. Die Schulden stiegen weiter, sodass sich sein Bruder Hugo Hermann wenige Jahre später schließlich gezwungen sah, die beiden Güter seiner Familie, Schallaburg und Plankenstein, zu verkaufen.

8 Resümee

Wenden wir uns wieder dem zu Beginn dieser Arbeit angesprochenen Spannungsfeld von „Niedergang“ und „Obenbleiben“ des Adels zu, so drängt sich der Eindruck auf, dass die Lebenswege Karl Wilhelms und Karl Gustavs nicht unterschiedlicher hätten sein können. Bei beiden lassen sich „Strategien“ erkennen, mithilfe derer sie versuchten, ihren gesellschaftlichen Status zu behaupten und sich wirtschaftlich abzusichern – allerdings mit unterschiedlichem Engagement wie auch Erfolg.

Karl Wilhelm war äußerst aktiv bei der Verfolgung dieser Strategien. Auf seinem Gut Schallaburg entwickelte er selbst neue Methoden, um Ertrag und Effizienz zu steigern, und wachte persönlich über die Wirtschaftsführung. Auch im damals blühenden landwirtschaftlichen Vereinswesen nahm er am Diskurs über aktuelle Themen teil und erarbeitete sich, zumindest im lokalen Bereich, einen angesehenen Status in den Kreisen des Großgrundbesitzes.

Daneben spielte er eine wichtige Rolle bei der Entwicklung des Hilfsvereinswesens in Österreich. Zu seinen obersten Zielen zählte die Einigung der verschiedenen Landes- und Frauenhilfsvereine zu einer

zentralen Organisation, was ihm mit der Gründung des Österreichischen Roten Kreuzes 1880 gelang, bei der ihm der größte Anteil zugeschrieben wird.

Als Politiker wiederum engagierte er sich zunächst auf Gemeindeebene, um bald darauf im Landtag und im Reichsrat an der Gesetzgebung des beginnenden konstitutionellen Zeitalters mitzuwirken. Karl Wilhelm war ein überzeugter Anhänger des Konstitutionalismus und sah sich als Vertreter der Interessen der gesamten Monarchie, insbesondere der österreichischen Reichshälfte. Er setzte sich unter anderem für den Großgrundbesitz in besonderem Maße ein und forderte für diesen aufgrund seiner besonderen Stellung eine angemessene Interessensvertretung.

Karl Wilhelm war auch als Unternehmer aktiv. Er nutzte die Chancen, welche der wirtschaftliche Aufschwung der Gründerzeit und vermutlich auch die Ablösungskapitalien, welche die ehemaligen Grundherren nach der Aufhebung der Grundherrschaft 1848 erhielten, boten. Er war Mitglied im Verwaltungsrat einer Vielzahl von Unternehmen und investierte zumindest bei einem Teil davon eigenes Kapital.

Ein ganz anderes Bild vermittelt sein Sohn Karl Gustav. Dieser tat sich, im Gegensatz zu seinem Vater, in keinem Bereich sonderlich hervor und erlangte über die lokale Sphäre hinaus keine größere Bekanntheit. Während Karl Wilhelm, bedingt durch seine zahlreichen Beschäftigungen, wenig Zeit zu Hause verbrachte, lebte Karl Gustav zurückgezogen in die Ruhe seines Gutes Schallaburg. Bis auf die gelegentliche Veranstaltung von Treibjagden ist aus den wenigen erhaltenen Quellen kaum etwas über seine Lebensführung in Erfahrung zu bringen.

Sehr engagiert zeigte er sich allerdings bei seinem Projekt der Renovierung der Schallaburg. Hier bezeugen die Quellen jedoch bereits deutlich die schlechte finanzielle Lage Karl Gustavs. Er war gezwungen, mit der für den Denkmalschutz zuständigen Stelle um die staatliche Subvention für sein Vorhaben zu kämpfen. Diese Abhängigkeit von der Gunst einer Behörde und das mehrfache Verfassen von Bittschriften wird für ihn nicht angenehm gewesen sein – führte es ihm doch sein eigenes finanzielles Unvermögen vor Augen. Allerdings kann es auch nicht leicht gewesen sein, sein Schloss, und damit den seit Generationen im Besitz seiner Familie sich befindenden Stammsitz, langsam verfallen zu sehen.

Die so unterschiedlichen Lebenswege Karl Wilhelms und Karl Gustavs sind sicherlich nicht nur individuellen Gründen geschuldet, sondern hängen auch von äußeren Umständen ab – welche aber die Wahl und den Erfolg der persönlichen „Strategien“ wiederum stark beeinflusst haben dürften.

Einerseits ist zu bedenken, dass Vater und Sohn beim Antritt ihres Erbes unterschiedliche Bedingungen vorgefunden haben dürften. Karl Wilhelm konnte von seinem Vater ein wirtschaftlich neu organisiertes Gut übernehmen, das er selbst weiterentwickelte. Auch hat Karl Valentin seinem Sohn vermutlich

allgemein eine bessere finanzielle Lage hinterlassen, weil er selbst die Güter bald nach der Entschuldung seines Vorgängers übernommen hat und außerdem eine erfolgreiche Karriere im Staatsdienst eingeschlagen hatte. Karl Gustav wiederum könnte von den Verbesserungen der Wirtschaftsführung durch seinen Vater ebenfalls profitiert haben – allerdings hatte Karl Wilhelm dieser in den letzten Jahrzehnten seines Lebens weniger Aufmerksamkeit geschenkt. Für die Zeit Karl Gustavs gibt es keine Quellen über den Zustand der Landwirtschaft, aber schon wenige Jahre nach seinem Tod belegen diese eine starke Vernachlässigung der Bewirtschaftung des Gutes Schallaburg. Es ist darüber hinaus denkbar, dass sein Vater, der einen Teil seines Vermögens in Aktien angelegt hatte, beim Börsenkrach 1873 Verluste gemacht hatte und seinem Sohn so eine schlechtere finanzielle Ausgangsposition hinterlassen hat.

Daneben spielen auch die Umstände der Zeit eine wichtige Rolle. So kam es Karl Wilhelm entgegen, dass er vor der Entstehung der großen Massenparteien und des allgemeinen Wahlrechts wirkte, als Adelige noch aufgrund ihres Status politische Vorteile beanspruchen konnten. Zudem lebte er als liberaler Politiker genau in der richtigen Zeit, da diese Partei in den 1860er und 1870er Jahren ihre Blütezeit hatte. Auch für Karl Wilhelms Betätigung als Unternehmer boten sich in diesen beiden Jahrzehnten ideale Bedingungen: die günstige Wirtschaftslage der Gründerzeit und die Ablösezahlungen nach Aufhebung der Grundherrschaft luden viele Adelige zur Investition ein.

Jene äußeren Umstände dürften einen wichtigen Anteil an Karl Wilhelms Erfolg gehabt haben. Allerdings ist dieser offensichtlich auch seiner Einsatzfreude und seinen Fähigkeiten geschuldet. Karl Wilhelm lebte in einer Zeit, in der sich dem Adel, beziehungsweise auch dem wohlhabenden Bürgertum, vielfältige Möglichkeiten boten. Er nutzte seine vorhandenen Ressourcen wie auch die neuen Chancen. Auf seinem Gut arbeitete er an der Optimierung der Erträge, die erhaltenen Ablösezahlungen investierte er offenbar in einige Unternehmen. Seine Arbeit im Verwaltungsrat war eine weitere Einnahmequelle.

Vor allem aber erarbeitete sich Karl Wilhelm durch seine vielfältigen Tätigkeiten auch einen angesehenen gesellschaftlichen Status. Er war durchaus einer der bekannteren Politiker. Seinen Namen konnte man damals täglich in den Zeitungen lesen. Im landwirtschaftlichen Vereinswesen erarbeitete er sich ebenfalls einen Namen, und in besonderem Maße auch beim Patriotischen Hilfsverein.

Seinen Erfolg verdankt Karl Wilhelm, neben einer durchaus nicht ungünstigen Ausgangsposition, auch seinem umtriebigen Charakter. Er zeichnete sich zweifelsohne durch einen besonderen Ehrgeiz aus, der ihn unermüdlich stets an mehreren Vorhaben gleichzeitig arbeiten ließ. Auch hatte er offensichtlich ein Talent zur Führung. Karl Wilhelm verstand es, wo er auch beschäftigt war, auf sich

aufmerksam zu machen. In jedem seiner vier Haupttätigkeitsbereiche – Landwirtschaft, Politik, Patriotischer Hilfsverein und Unternehmertum – gelangte er in führende Positionen, sei es als Präsident eines Landwirtschaftlichen Bezirksvereins, Führer eines Parlamentsklubs, Präsident einer humanitären Hilfsorganisation oder eines Verwaltungsrats.

Karl Gustav scheint jenen Ehrgeiz seines Vaters nicht geerbt zu haben. Zumindest für den Bereich der Politik und des Unternehmertums ist anzumerken, dass er hier gegen Ende des 19. Jahrhunderts schlechtere Voraussetzungen als Karl Wilhelm hatte. Die Wirtschaftslage und – für einen Adligen – die politische Landschaft waren weit weniger günstig. Immerhin begnügte Karl Gustav sich im Abgeordnetenhaus und im Landtag mit einem Listenplatz. Aufgrund seiner wenig vorhandenen repräsentativen Tätigkeiten verbrachte Karl Gustav offenbar die meiste Zeit auf seinem Gut Schallaburg.

Für die Absicherung ihres Status waren für Adelige neben gesellschaftlichen Aspekten die finanziellen von zentraler Bedeutung. Die Familie Tinti war eine jener zahlreichen Familien, deren wirtschaftliches Bestehen über Generationen nahezu durchgehend in Frage stand.

In dieser Hinsicht einen Vergleich zwischen Karl Wilhelm und Karl Gustav zu ziehen, ist aufgrund der fehlenden Quellen zur wirtschaftlichen Situation schwierig. Die beiden dürften, wie bereits erwähnt, unterschiedliche Bedingungen bei Antritt ihres Erbes vorgefunden haben. In Bezug auf Karl Wilhelm ist davon auszugehen, dass die Einkünfte aus seinen vielen Beschäftigungen die Finanzlage stabilisiert oder auch verbessert haben; es ist aber auch davon auszugehen, dass Spekulationen und der Börsenkrach zu Verlusten geführt haben. Erst bei der Renovierung der Schallaburg durch Karl Gustav Anfang des 20. Jahrhunderts werden finanzielle Probleme eindeutig in den Quellen fassbar. Für Karl Gustav war womöglich die Land- und Forstwirtschaft auf seinen Gütern die einzige Einnahmequelle.

Laut Berichten führte er auf dem Schloss ein „herrschaftliches Leben“ und beanspruchte damit einen gewissen Lebensstandard. Dass Karl Gustav unter finanziellen Einbußen wegen der Spekulationen seines Vaters zu leiden hatte, ist möglich; jedenfalls reichten offensichtlich die Einnahmen aus der Gutswirtschaft nicht aus, um die Verhältnisse zu stabilisieren und den beanspruchten Lebensstandard dauerhaft zu halten – ein Problem, das die Familie Tinti mit vielen anderen verarmten Adelsfamilien teilte. Auch ein fehlender Rückhalt in der Familie aufgrund von Streitigkeiten, die sich vor allem nach Karl Gustavs Tod zuspitzten, könnte sich ungünstig auf die Lage ausgewirkt haben. In der Zeit Karl Gustavs begann – erneut – der finanzielle Abstieg, der sich bei seinen Söhnen weiter fortsetzte und letztlich zum Verlust der Besitzungen der Familie führen sollte. Karl Ferdinand scheint der zunehmend ernsten finanziellen Lage schließlich nur noch mit Verdrängung begegnet zu sein. Am Ende ereilte die Familie Tinti das gleiche Schicksal wie ihre Vorgänger auf der Schallaburg. An Karl Gustav und seinen

Söhnen zeigt sich deutlich, dass eine adelige Geburt noch keineswegs ein Garant für ein materiell sorgenfreies Leben war. Wo kein ausreichender finanzieller Rückhalt gegeben war, war die Zukunft ungewiss.

Karl Wilhelm war keiner jener Adelligen, denen Kronprinz Rudolf oder andere Adelskritiker vorwerfen hätten konnten, den „ihm zufallenden Pflichten“ nicht gerecht zu werden. Gerade seine Überzeugung, dass ihm als Adeligem gewisse gesellschaftliche Pflichten zufielen, scheint ihn in seinem Schaffen angetrieben zu haben. Sein patriotisches Grundverständnis, seine kaiser- und reichstreue Haltung machten ihn zum pflichtbewussten Staatsbürger, der seinen Status als Adelige für das Gemeinwohl einsetzte und sich in den Dienst des Staates stellte. Dies wird deutlich, als er im Abgeordnetenhaus eine höhere Beteiligung des Adels in der Politik, aber auch ein Recht der Bürger auf Mitsprache forderte; es wird deutlich an seiner Arbeit für den Patriotischen Hilfsverein und für den landwirtschaftlichen wie auch industriellen Fortschritt. Der Adelsstand brachte immer noch finanzielle Vorteile, gesellschaftliches Ansehen und Einfluss mit sich; Karl Wilhelm verstand es ausgezeichnet, dieses Potential zu nutzen.

Auch Karl Gustav machte mit der Renovierung des Stammsitzes seiner Familie und seiner Unterstützungserklärung für die Politik Versuche, an seinem gesellschaftlichen Ansehen zu arbeiten. Im Großen und Ganzen kann man aber bei Karl Gustav eher den Rückzug ins Private beobachten, oder, um mit Moritz Csaky zu sprechen, in die „Zweite Wirklichkeit“: Über die genannten Versuche hinaus ist anhand der Quellen nur noch die gelegentliche Veranstaltung von Treibjagden und der Einsatz für wohltätige Zwecke erkennbar, wobei er damit wohl nur in adeligen Kreisen verkehrte beziehungsweise seinen lokalen Status als Adelige beförderte. Ansonsten legen die Quellen nahe, dass Karl Gustav nicht sonderlich viel an die Öffentlichkeit getreten ist.

Hiermit hängen, wenn auch sicherlich nicht ausschließlich, die unterschiedlich erfolgreichen Wege Karl Wilhelms und Karl Gustavs zusammen. Der Vater zeigte sich überaus leistungswillig wie auch aufgeschlossen gegenüber neuen Entwicklungen und konnte am Ende seines Lebens auf eine beeindruckende Karriere zurückblicken. Durch seine vielen öffentlichen Tätigkeiten steigerte er den gesellschaftlichen Status und das Ansehen seiner Familie. Man könnte sagen, dass Karl Wilhelm bei der Verfolgung seiner „Strategien“ in dieser Hinsicht äußerst erfolgreich war. Auch wirtschaftlich gelang es ihm offenbar, zumindest die Versorgung seiner eigenen Generation zu gewährleisten – sein Sohn profitierte womöglich nicht mehr viel davon.

Karl Gustavs „Strategien“ der Sicherung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bestehens waren weit weniger erfolgreich. Durch seine spärliche öffentliche Präsenz trug er nur wenig zum Ansehen seiner Familie außerhalb der lokalen Sphäre bei. Im Hinblick auf die politischen und wirtschaftlichen

Entwicklungen boten sich ihm sicherlich weniger gute Chancen als seinem Vater; dennoch lassen sich bei ihm schlicht zu wenige Bemühungen erkennen, sich und seine Familie abzusichern. Abgesehen von der Gutswirtschaft lassen sich aus den Quellen keine weiteren Einnahmequellen belegen. Dazu kam ein angesichts der Lage zu hoch angesetzter Lebensstandard. All diese Faktoren leiteten den beginnenden Abstieg der Familie ein.

Für den Adel ihrer Zeit sind die Lebensgeschichten Karl Wilhelms und Karl Gustavs beispielhaft in ihrer Unterschiedlichkeit. Sie zeigen, wie sehr das Schicksal einer Familie von individuellen Zufällen, aber auch von den Umständen der Zeit abhängig sein konnte. Im Hinblick auf ihr öffentliches Auftreten und ihr Wirtschaften verkörpern Vater und Sohn die Extreme von aktivem gesellschaftlichem Engagement und Rückzug. Es sind verschiedene Reaktionen auf jene Umbruchszeit, in der der Adel mit dem Verlust seiner gesellschaftlichen Bedeutung konfrontiert war. Über „Obenbleiben“ oder „Niedergang“ entschieden mehrere Faktoren, wobei neben äußeren Umständen vernünftiges Wirtschaften, aber auch der Wille zur Leistung und zur Ergreifung von neuen Chancen eine zentrale Rolle spielten. Das Beispiel der Freiherren Karl Wilhelm und Karl Gustav von Tinti zeigt, wie nahe beide Wege aneinander liegen konnten.

9 Quellen- und Literaturverzeichnis

9.1 Ungedruckte Quellen

Albert Einstein Archives

AEA, Akt 52052, A Plan for Implementing the World's Desire for Peace.

AEA, Akt 52051–52055, Akt 52057, Briefwechsel mit Albert Einstein.

Archiv des Bundesdenkmalamtes

ABDA, Mappe Schallaburg I (1906–1917).

Matricula Online

Matricula Online, Pfarre Am Hof, Tauf-Register No 4. Von 19. August 1822 bis 31. Dezember 1832, Sig. 01–04. Online bei: <http://data.matricula-online.eu/de/oesterreich/wien/01-am-hof/01-04/?pg=126>, abgerufen am 2.8.2018.

Matricula Online, Taufbuch Pfarre Loosdorf 1850–1870, Sig. 01/06. Online bei: <http://data.matricula-online.eu/de/oesterreich/st-poelten/loosdorf-melk/01%252F06/?pg=143>, abgerufen am 14.7.2017.

Niederösterreichisches Landesarchiv

NÖLA, Das Fideikommißgut Plankenstein. In: Wiederhergestelltes Grundbuch über landtäfliche Liegenschaften, Bd. 4 (Wien 1934).

NÖLA, Das Fideikommißgut Schallaburg. In: Wiederhergestelltes Grundbuch über landtäfliche Liegenschaften, Bd. 29 (Wien 1934).

NÖLA, Das Fideikommissgut Plankenstein (Karl Ferdinand Tinty), Protokoll des k.k. Bezirksgerichts Mank vom 29. Mai 1917, Hc 108/14/39.

NÖLA, Franziszeischer Kataster, Plankenstein OG Texingtal, VB Melk, FK Mappen OW 384, 1821. Online bei:

http://www.noela.findbuch.net/php/view.php?ar_id=3695&link=464b204d617070656ex2078#&contrast=0&posY=0&zoom=0.004266552511415538&brightness=0.5&rotation=0&path=d8c7c76bd3d26b

666fc5db6fc5dbd5c76bf7d3d26bdb6fc76bf761c76bf7d3d2d530f1f1366bdb6f6beee4ed6be1e1c739f13f&posX=0, abgerufen am 10.8.2018.

NÖLA, Franziszeischer Kataster, Schallaburg OG Schollach, VB Melk, FK Mappen OW 463, 1822. Online bei:

http://www.noela.findbuch.net/php/view.php?ar_id=3695&link=464b204d617070656ex2157#&contrast=0&posX=0.06474112910776146&path=d8c7c76bd3d26b666fc5db6fc5dbd5c76bf7d3d26bdb6fc76bf76ec76bf7d3d2d530f1f1366bdb6f6bede3ee6be1e1c739f13f&zoom=0.000014220705346972278&brightness=0.5&rotation=0&posY=-0.11190817790530846, abgerufen am 10.8.2018.

NÖLA, Inventur u. Schätzung des F. K. Gutes Schallaburg.

NÖLA, N.ö. Fideikommißstelle, Tinti, Karl, F.St 29, Bd. 1 (1936–1937), Bartholomäus Freiherr von Tinti'sches Fideikommiß, Regelungsverfahren vom 7.3.1936, F.St. 29/25.

NÖLA, Oberlandesgericht Wien, Fideikommissabhandlung Karl Ferdinand Tinty, A 14/38, Todfalls-Aufnahme Karl Ferdinand Freiherr von Tinty, A 266/36.

Archiv des Österreichischen Roten Kreuzes

AÖRK, Mappe Geschichte ÖRK (Hickmann), maschinschriftliches Manuskript.

Österreichisches Staatsarchiv

Österreichisches Staatsarchiv, Nachlaß des Ministers Julius von Horst, Karton 2, Korrespondenzen 1850.1904, Briefwechsel Karl Wilhelm Freiherr von Tinti mit Julius Freiherr von Horst.

Aus Privatbesitz

Anton *Anerl*, Chronik über die Ortsgemeinde Anzendorf und Schloß Schallaburg, maschinschriftliches Manuskript.

Johann *Schlesinger*, Aufzeichnungen des ehemaligen Oberförsters Johann Schlesinger, maschinschriftliches Manuskript (Loosdorf 1972/73).

9.2 Gedruckte Quellen

Österreichische Nationalbibliothek: Zeitungen bei ANNO

Arbeiter-Zeitung

Das Vaterland

Deutsche Zeitung

Die Debatte

Die Presse

Feldkircher Zeitung

Figaro

Fremden-Blatt

Gerichtshalle

Grazer Volksblatt

Innsbrucker Nachrichten

Klagenfurter Zeitung

Linzer Volksblatt

Morgen-Post

Neue Freie Presse

Neues Fremden-Blatt

Neuigkeits-Welt-Blatt

Reichspost

Wiener Landwirtschaftliche Zeitung

Wiener Zeitung

Wiener Salonblatt

Wiener Sonn- und Montagszeitung

Ybbser Zeitung

Weitere Zeitungen

Chicago Daily Tribune: Chicago Tribune, Newspapers.com, Chicago Daily Tribune vom 12.7.1932. Online bei: <http://archives.chicagotribune.com/1932/07/12/page/15/article/bride>, abgerufen am 3.2.2018.

New York Evening Post: fultonhistory.com, New York Evening Post vom 7.1.1931. Online bei: <http://fultonhistory.com/newspaper%2011/New%20York%20Evening%20Post/New%20York%20NY%20Evening%20Post%201931%20Grayscale/New%20York%20NY%20Evening%20Post%201931%20Grayscale%20-%200196.pdf>, abgerufen am 12.8.2018.

The Telegraph: Google news, The Telegraph vom 9.12.1931. Online bei: <https://news.google.com/newspapers?nid=2209&dat=19311209&id=HRIAAAAIBAJ&sjid=haQMAAAIBAJ&pg=5167,1568003&hl=de>, abgerufen am 14.8.2017.

Archiv des Österreichischen Roten Kreuzes

AÖRK, *Rudolf Graf von Abensperg und Traun*, Freiwillige Sanitätspflege. In: Die Tätigkeit der österr. Gesellschaft vom Roten Kreuz im Weltkriege 1914–1916. Separatabdruck aus „Viribus unitis“ Österreich-Ungarn und der Weltkrieg (Wien 1916).

AÖRK, Gründung des Roten Kreuzes. Speziell Entstehung, Ausgestaltung, Vermögens- und Wertverhältnisse und die bisherigen Leistungen des österreichischen Roten Kreuzes im Krieg und Frieden; Vergleich mit dem Roten Kreuze anderer Länder. Sonderabdruck aus: Das Rote Kreuz. Offizielles Organ der unter Allerhöchstem Protektorate stehenden Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze Nr 1 (1912).

AÖRK, *Landesverein vom Roten Kreuze für Vorarlberg*, Das Rote Kreuz. Sein Wirken einst und heute (Feldkriech 1932).

AÖRK, *Österreichische Gesellschaft vom Roten Kreuze*, Gedenkschrift. Herausgegeben anlässlich des fünfzigjährigen Bestandes der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuze 1880–1930 (Wien 1930).

AÖRK, Protokoll der 50. Generalversammlung des Patriotischen Hilfsvereines vom Roten Kreuze für Niederösterreich im großen Festsale des Industriehauses zu Wien am 4. Juli 1917 (Wien 1917).

Archiv der Universität Wien

Archiv der Universität Wien, Karl I. *Freyherr von Tinti*, Nachtrag zur Geschichte unserer Familie. Abschrift eines Aktenstücks von 1848 (o.O. ca. 1995).

Gesetzestexte

ALEX Historische Rechts- und Gesetzestexte Online, Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, V. Session: 14.12.1869–21.05.1870, Sitzungsprotokolle. Online bei: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?aid=spa&datum=0005&size=45&page=3>, abgerufen am 7.7.2017.

ALEX Historische Rechts- und Gesetzestexte Online, Stenographische Protokolle des Abgeordnetenhauses, I. Session: 29.04.1861–18.12.1862, Sitzungsprotokolle. Online bei: <http://alex.onb.ac.at/cgi-content/alex?apm=0&aid=spa&datum=00010003&seite=00000001>, abgerufen am 17.5.2017.

Gesetz vom 5. März 1862, Reichsgesetzblatt 1862, Nr. 18. In: Christian *Vasold*, Das Reichsgemeindengesetz 1862. Entstehung, Bedeutung und Inhalte (Diplomarbeit Graz 2011), S. 95. Online bei: <http://unipub.uni-graz.at/obvugr/hs/download/pdf/215440?originalFilename=true>, abgerufen am 17.5.2017.

Kaiserliches Patent vom 17. März 1849, Reichsgesetzblatt 1849, Nr. 170. Online bei: http://www.gemeindeverband-tirol.at/uploads/gemeindengesetz_prov_1849_kaiserl_pat_v_17.03.18490.pdf, abgerufen am 16.5.2017.

9.3 Literatur

Tinti, Karl Freiherr von. In: Franz *Adlgasser*, Die Mitglieder der Österreichischen Zentralparlamente 1848–1918. Konstituierender Reichstag 1848–1849. Reichsrat 1861–1918. Ein biographisches Lexikon, Bd. 2 (Wien 2014), S. 1294–1295.

Gerhard *Ammerer*, Elisabeth *Lobenwein*, Martin *Scheutz* (Hg.), Adel im 18. Jahrhundert. Umriss einer sozialen Gruppe in der Krise (Querschnitte 28, Innsbruck/Wien 2015).

Viktor *Bibl*, Die Niederösterreichischen Stände im Vormärz. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Revolution des Jahres 1848 (Wien 1911).

Rudolf *Braun*, Konzeptionelle Bemerkungen zum Obenbleiben. Adel im 19. Jahrhundert. In: Hans-Ulrich *Wehler* (Hg.), *Europäischer Adel 1750–1950 (Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, Sonderheft 13, Göttingen 1990)*, S. 87–95.

Wilhelm *Brauneder*, *Österreichische Verfassungsgeschichte* (Wien ⁷1998).

Wilhelm *Brauneder*, Die Verfassungsentwicklung in Österreich 1848 bis 1918. In: Helmut *Rumpler*, Peter *Urbanitsch* (Hg.), *Verfassung und Parlamentarismus 1 (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 7, Wien 2000)*.

Carl *Brockhausen*, *Die österreichische Gemeindeordnung. Grundgedanken und Reformideen* (Wien 1905).

Liberalismus. In: Ernst *Bruckmüller* (Hg.), *Österreich-Lexikon, Bd. 2* (Wien 2004), S. 313–314.

Otto *Brunner*, *Adeliges Landleben und europäischer Geist. Leben und Werk Helmhards von Hohberg 1612–1688* (Salzburg 1949).

Bertrand Michael *Buchmann*, Politik und Verwaltung. In: Peter *Csendes*, Ferdinand *Oppl* (Hg.), *Wien. Geschichte einer Stadt, Bd. 3* (Wien 2006), S. 85–128.

Peter *Burke*, *Kultureller Austausch* (Frankfurt am Main 2000).

Moritz *Csaky*, Adel in Österreich. In: Harry *Kühnel* (Hg.), *Das Zeitalter Kaiser Franz Josephs. Niederösterreichische Landesausstellung Schloß Grafenegg, Bd. 1* (Wien 1984), S. 212–219.

Heinz *Flamm*, Das Österreichische Rote Kreuz und österreichische Bakteriologen in den Balkankriegen 1912/13 – Zentennium des ersten Einsatzes der Bakteriologie auf Kriegsschauplätzen. In: *Wiener Medizinische Wochenschrift* 162/7–8 (2012), S. 132–147.

Gerhard *Floßmann*, Besitz- und Herrschaftsgeschichte. In: Rupert *Feuchtmüller* (Hg.), *Schloss Schallaburg* (St. Pölten/Wien ²1975), S. 29–38.

Gerhard *Floßmann*, Die Tinti auf der Schallaburg. In: Schallaburg Kulturbetriebsges.m.b.H (Hg.), Peter *Aichinger-Rosenberger* (Red.): *Die Schallaburg. Geschichte, Archäologie, Bauforschung* (Weitra 2011), S. 89–98.

Peter *Frank-Döfering* (Hg.), *Adelslexikon des Österreichischen Kaisertums 1804–1918* (Wien 1989).

Georg *Franz-Willing*, Liberalismus. Die deutschliberale Bewegung in der habsburgischen Monarchie (München 1955).

Sigmund *Freud*, Brief an Karl Ferdinand Freiherr von Tinty vom 10.7.1934. In: Ernest *Jones*, Das Leben und Werk von Sigmund Freud, Bd. 3 (Wien/Stuttgart/Bern 1982), S. 531.

Andreas *Gottsmann*, Der Reichstag 1848/49 und der Reichsrat 1861 bis 1865. In: Helmut Rumpler, Peter Urbanitsch (Hg.), Verfassung und Parlamentarismus 1 (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 7, Wien 2000).

Lothar *Höbelt*, Adel und Politik seit 1848. In: Erwein *Eltz*, Arno *Strohmeyer* (Hg.), Die Fürstenberger. 800 Jahre Herrschaft und Kultur in Mitteleuropa. Niederösterreichische Landesausstellung. Schloß Weitra 1994 (Korneuburg 1994), S. 365–377.

Lothar *Höbelt*, „Verfassungstreue“ und „Feudale“. Die beiden österreichischen Adelsparteien (1861–1918). In: *Etudes Danubiennes* 7 (1991), S. 103–114.

Walter *von Hueck*, Genealogisches Handbuch des Adels, Freiherrliche Häuser. Bd. 102, Freiherrliche Häuser XVI (Limburg an der Lahn 1992).

Die Industriellen Oesterreichs (Hg.), Die Groß-Industrie Oesterreichs. Festgabe zum glorreichen fünfzigjährigen Regierungs-Jubiläum seiner Majestät des Kaisers Franz Josef I., dargebracht von den Industriellen Oesterreichs, Bd. 6 (Wien 1898).

Thierry *Jacob*, Das Engagement des Adels der preußischen Provinz Sachsen in der kapitalistischen Wirtschaft 1860–1914/18. In: Heinz *Reif* (Hg.), Adel und Bürgertum in Deutschland Teilbd. 1 (Elitenwandel in der Moderne 1, Berlin 2000), S. 273–330.

Hermann *Kallbrunner*: Der Väter Saat. Die österreichische Landwirtschafts-Gesellschaft von 1807 bis 1938 (Wien 1963).

Hans Gustl *Kernmayr*, Die Waffenlose Macht. Werden und Wirken des Roten Kreuzes in aller Welt (Passau 1953).

Jiri *Klabouch*, Die Gemeindegewaltverwaltung in Österreich 1848–1918 (Wien 1968).

Ernst Heinrich *Kneschke* (Hg.), Neues allgemeines deutsches Adels-Lexicon, Band 9 (Steinhaus–Zwierlein) (Leipzig 1870), S. 231–233.

Klaus *Margreiter*, Nobilitierungen und neuer Adel im 18. Jahrhundert. In: Gerhard *Ammerer*, Elisabeth *Lobenwein*, Martin *Scheutz* (Hg.), Adel im 18. Jahrhundert. Umriss einer sozialen Gruppe in der Krise (Querschnitte 28, Innsbruck/Wien 2015), S. 41–54.

Herbert *Matis*, Charlotte *Natmeßnig* (Hg.), Von der frühen Industrialisierung zum Computerzeitalter. Wirtschaftshistorische Wegmarkierungen. (Wien/Köln/Weimar 2006).

Vasilij *Melik*, Wahlen im alten Österreich. Am Beispiel der Kronländer mit slowenischsprachiger Bevölkerung (Anton Gindely Reihe zur Geschichte der Donaumonarchie und Mitteleuropas 3, Wien/Köln/Weimar 1997).

Charlotte *Natmeßnig*, Britische Finanzinteressen in Österreich. Die Anglo-Oesterreichische Bank (Studien zur Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik 5, Wien/Köln/Weimar 1998).

Alois *Niederstätter*, Geschichte Österreichs (Stuttgart 2007).

Joachim *Radkau*, Die wortreiche und die stumme Geschichte. Mensch und Wald. In: Politische Ökologie 132 (2013), S. 26–35.

Manfred *Rasch*, Peter *Weber* (Hg.), Europäischer Adel als Unternehmer im Industriezeitalter (Vereinigte Adelsarchive im Rheinland e.V. Schriften 5, Essen 2017).

Herbert *Schnehen*, Beiträge zur Geschichte der Fideikommissherrschaft Schallaburg und zur Genealogie der Freiherrn von Tinti. In: Adler. Zeitschrift für Genealogie und Heraldik 10/24 (1974), S. 65–69.

Renate *Schulze*, Entstehung und Entwicklung der Genfer Konvention im Rahmen der internationalen Politik 1863–1906, (Diss., Hamburg 1973).

Sichtenberg. In: Franz Xaver Joseph *Schweickhardt*, Darstellung des Erzherzogthums Oesterreich unter der Ens, Bd. 8 (Wien 1837), S. 221–223.

Reinhard *Stauber*, Der europäische Adel am Übergang von der ständischen zur bürgerlichen Gesellschaft, In: Gerhard *Ammerer*, Elisabeth *Lobenwein*, Martin *Scheutz* (Hg.), Adel im 18. Jahrhundert. Umriss einer sozialen Gruppe in der Krise (Querschnitte 28, Innsbruck/Wien 2015), S. 20–40.

Hannes *Stekl*, Der Erbländische Adel. In: Helmut *Rumpler*, Peter *Urbanitsch* (Hg.), Soziale Strukturen 1/1 (Die Habsburgermonarchie 1848–1918 9, Wien 2010), S. 951–1013.

Hannes *Stekl*, Zwischen Machtverlust und Selbstbehauptung. Österreichs Hocharistokratie vom 18. bis ins 20. Jahrhundert. In: Hans-Ulrich *Wehler* (Hg.), Europäischer Adel 1750–1950 (Göttingen 1990), S. 144–165.

Walter *Vilt*, Die Entwicklung der Österreichischen Gesellschaft vom Roten Kreuz von den Anfängen bis in die Gegenwart (Wien 1981).

Walter *Vilt*, Aus der Geschichte des Österreichischen Roten Kreuzes (Wien 1985).

Karl *Vocelka*, Verfassung oder Konkordat? Der publizistische und politische Kampf der österreichischen Liberalen um die Religionsgesetze des Jahres 1868 (Studien zur Geschichte der österreichisch-ungarischen Monarchie 17, Schriften des DDr. Franz Joseph Mayer-Gunthof-Fonds 12, Wien 1978).

Berthold *Waldstein-Wartenberg*, Aus dem Adelsrecht 1804 bis 1918. In: Reinhard *Binder-Krieglstein*, Österreichisches Adelsrecht 1868–1918/19. Von der Ausgestaltung des Adelsrechts der cisleithanischen Reichshälfte bis zum Adelsaufhebungsgesetz der Republik unter besonderer Berücksichtigung des adeligen Namensrechts (Rechtshistorische Reihe 216, Frankfurt am Main/Wien 2000).

Hubert *Weitensfelder*, „Geschäfte macht kein Windisch-Graetz“. Adel und Industrialisierung in Cisleithanien. In: Manfred *Rasch*, Peter *Weber* (Hg.), Europäischer Adel als Unternehmer im Industriezeitalter (Vereinigte Adelsarchive im Rheinland e.V. Schriften 5, Essen 2017), S. 213–232.

Thomas *Winkelbauer*, Ökonomische Grundlagen adeliger Lebensführung in der Frühen Neuzeit. In: Gerhard *Ammerer*, Elisabeth *Lobenwein*, Martin *Scheutz* (Hg.), Adel im 18. Jahrhundert. Umriss einer sozialen Gruppe in der Krise (Querschnitte 28, Innsbruck/Wien 2015), S. 91–116.

Tinti. In: Johann Baptist *Witting* (Hg.), Die Wappen des Adels in Niederösterreich 2. (S–Z) (Siebmachers großes Wappenbuch 26, Neustadt an der Aisch 1983), S. 362–364.

Tinti, Karl Wilhelm Freiherr. In: Constant *von Wurzbach*, Biographisches Lexikon des Kaiserthums Österreich, Teil 45 (Wien 1882), S. 167–170.

Wilhelm *Zotti*, Die Baugeschichte der Schallaburg. In: Rupert *Feuchtmüller* (Hg.), Schloss Schallaburg (St. Pölten/Wien 1975), S. 27–31.

Tinti. In: Genealogisches Jahrbuch des deutschen Adels für 1848, 5. Jg. (Stuttgart 1848), S. 517–518.

Hitschmann, Hugo Heinrich. In: Österreichisches Biographisches Lexikon. Online bei: http://www.biographien.ac.at/oeb1/oeb1_H/Hitschmann_Hugo-Heinrich_1838_1904.xml, abgerufen am 2.7.2017.

9.4 Abbildungen

Abbildung 1: Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, Karl Wilhelm Freiherr von Tinti. Tinti, Karl Frh. v. Bildnis (halbe Figur, halb rechts). Harmsen – Wien. Sig. 100.635:B(2E)..... 20

- Abbildung 2:** Die Schallaburg 1894. Otto Schmidt: Schallaburg, 1894, aus: Ralph Andraschek-Holzer, Die Schallaburg im Bild. Vom Barock bis zur Gegenwart (Weitra 2013), S. 28. 23
- Abbildung 3:** Karl Wilhelm in jungen Jahren. Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, Tinti, Karl Frh. v. Bildnis (ganze Figur stehend, halb links; leicht seitl. über die linke Schulter; Arme vor der Brust verschränkt). Photo Harmsen – Wien. Sig. 100.635:B(1E). 37
- Abbildung 4:** Wappen der Österreichischen Gesellschaft vom Rothen Kreuze. Online bei: https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%96sterreichisches_Rotes_Kreuz#/media/File:%C3%96sterreichische_Gesellschaft_vom_Rothen_Kreuz_Wappen.png, abgerufen am 11.7.2018. 49
- Abbildung 5:** Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, Tinti, Karl Frh. v. Bildnis (Brust, halb rechts, m. Vollbart). Foto Szekely – Wien. Sig. 100.635:B(3E). 58
- Abbildung 6:** Karl Wilhelm. Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, Tinti, Karl Frh. v. Bildnis (ganze Figur sitzend, halb rechts). Angerer – Wien. Sig. 100.635:B(3). 64
- Abbildung 7:** „Johann, gib mir die Geheimrathsuniform, damit ich in die richtige Stimmung komme.“ Diese Karikatur im „Figaro“ vom 15. Jänner 1870 dürfte Karl Wilhelm ein wenig Selbstüberschätzung unterstellen: die Würde eines Geheimen Rates – eine hohe kaiserliche Auszeichnung, deren Träger die Spitze des Hofstaates bildeten – wurde ihm erst 1882 verliehen..... 65
- Abbildung 8:** Die Familie Tinti unter den Arkaden der Schallaburg. Josef Wlha: Schallaburg, großer Arkadenhof im Detail, ca. 1900, aus: Ralph Andraschek-Holzer, Die Schallaburg im Bild. Vom Barock bis zur Gegenwart (Weitra 2013), S 23. 88
- Abbildung 9:** Die Familie Tinti im kleinen Arkadenhof. Aus: Ralph Andraschek-Holzer, Schallaburg-Ansichten zwischen 1650 und 1970. In: Schallaburg Kulturbetriebsges.m.b.H (Hg.), Peter Aichinger-Rosenberger (Red.): Die Schallaburg. Geschichte, Archäologie, Bauforschung (Weitra 2011), S. 379. 90

Abbildung 10: Die Arkaden nach der Restaurierung. Österreichische Nationalbibliothek, Bildarchiv, Arkaden im großen Hof im Schloss Schallaburg, Niederösterreich, Detail. 1909. Inventarnummer L 2701 D. 93

10 Abstracts

10.1 Abstract (Deutsch)

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, einen Beitrag zur Erforschung der Familie Tinti zu leisten. Karl Wilhelm (1829–1884) und sein Sohn Karl Gustav (1859–1914) Freiherr von Tinti, als Fideikommissherren Besitzer der Güter Schallaburg und Plankenstein, werden in ihrem Leben und Wirken vorgestellt. Danach wird ein kurzer Ausblick auf die nachfolgende Generation mit Karl Ferdinand (1891–1936) und Hugo Hermann (1894–1954) geworfen. Anhand der Lebenswege dieser Persönlichkeiten soll außerdem beispielhaft gezeigt werden, vor welche Herausforderungen Adelige damals gestellt waren, und welche Chancen sie wahrnehmen konnten. Die Wandlungsprozesse der Zeit stellten ihren althergebrachten privilegierten Status zunehmend infrage. Ausgehend von den Forschungskonzepten des „Niedergangs“ (Otto Brunner) und „Obenbleibens“ (Werner Sombart) des Adels im 19. Jahrhundert wird daher insbesondere untersucht, welche Strategien Karl Wilhelm und Karl Gustav gewählt haben, um sich gesellschaftlich zu behaupten und finanziell abzusichern. Es zeigt sich, dass Vater und Sohn sehr unterschiedliche Wege eingeschlagen haben – mit unterschiedlichem Erfolg.

Zunächst werden ein Überblick über die Situation des Adels im 19. und frühen 20. Jahrhundert gegeben und traditionelle adelige Betätigungsfelder vorgestellt, danach die Geschichte und Herkunft der Familie Tinti kurz skizziert. Anschließend folgen die Darstellungen der Lebenswege Karl Wilhelms und Karl Gustavs.

Karl Wilhelm engagierte sich in vier Bereichen mit großem Erfolg: So verbesserte er die Wirtschaftsführung auf seinem Gut Schallaburg und erarbeitete sich einen angesehenen Status im landwirtschaftlichen Vereinswesen. Daneben beteiligte er sich an der Entwicklung der Patriotischen Hilfsvereine und war ein wichtiger Wegbereiter der Gründung des Österreichischen Roten Kreuzes, sowie dessen erster Präsident. Auch war er als Angehöriger des Verfassungstreuen Großgrundbesitzes ein damals bekannter Politiker in der Hochphase des Liberalismus in Österreich. Zudem nutzte er den Wirtschaftsaufschwung der Gründerzeit, um sich als Unternehmer zu betätigen.

Sein Sohn Karl Gustav erlangte dagegen keine größere Bekanntheit. Hier liegen die Schwerpunkte auf seinem Leben auf dem Schloss abseits der Öffentlichkeit und auf der Renovierung des großen Arkadenhofs der Schallaburg. Die finanziellen Probleme, die sich dabei einstellten, waren bereits ein Vorbote des wirtschaftlichen Abstiegs unter der letzten Generation auf dem Schloss, der schließlich zum Verlust der Besitzungen der Familie führte.

10.2 Abstract (English)

This master's thesis aims to contribute to research on the noble family von Tinti whose main line owned the estates Schallaburg (with its attached castle) and Plankenstein, in Melk, Lower Austria. It focuses on two members of this line: Karl Wilhelm (1829–1884) and his son Karl Gustav (1859–1914), and also provides a prospect on the next generation represented by Karl Ferdinand (1891– 1936) and Hugo Hermann (1894–1954). Their lives serve as an example of the challenges aristocrats had to face and the opportunities they had in the 19th and early 20th centuries.

The first part outlines the nobilities' status in that period. Second, the origin and history of the Tinti family are outlined. Thereafter Karl Wilhelm and Karl Gustav are portrayed, with a focus on the strategies they pursued to maintain their social and financial status.

Karl Wilhelm was actively involved in four scopes: He improved the state economy of Schallaburg and committed himself in agricultural clubs and societies. In addition, he made a major contribution to the formation of the Austrian Red Cross and its predecessors, and came to be its first President. Confident of the aristocracy's political responsibility, Karl Wilhelm was engaged as a liberal politician from the beginning of the constitutional era and especially dedicated himself to the interests of the constitution, the noble-dominated large estate and Greater Austria in general. Lastly, he took advantage of the economic upturn and participated in corporations of several industrial branches.

His son Karl Gustav, in contrast, never gained a great degree of prominence. Nonetheless, historical sources made it possible to outline his life retreated from the wider public and his endeavors to renovate Schallaburg's arcade court. The financial straits that became apparent during the renovations intensified under his sons, eventually leading to the loss of the families' estates.